

**Vandana Shiva:**

## **Völkermord an Bauern**

Die alternative Nobelpreisträgerin im Interview

40

**Ein Vergleich:**

## **Deutschland – Österreich**

Das Verhältnis der beiden Nachbarn hat sich verändert

48

**Rudi Kaske:**

## **Weniger im Börsel**

Der Eindruck trügt nicht, sagt der vda-Vorsitzende

26

# Arbeit & Wirtschaft

**Doppelnummer  
64 Seiten!**

**Herausgegeben von AK und ÖGB**

N° 3–4 | März/April 2007 | 61. Jahrgang | € 2,- | [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Interview mit Christoph Klein:**

## **Falsche Signale**

Seite 34

**Vermögen in Österreich:**

## **Erben und schenken**

Seite 14

## **Grundsicherung**

Seite 18

## **Bedingungsloses Grundeinkommen**

Seite 22

**»... nicht mehr betteln gehen«:**

## **100 Jahre Pensionsversicherung**

Seite 28

## **Teuflische %**

Seite 54

Bei einer mageren Zunahme des realen Durchschnittseinkommens je Beschäftigten **um ganze 1 Prozent in sechs Jahren** (kumuliert, nicht pro Jahr!) war es auch unvermeidlich, dass nach den Daten der Sozialversicherung für den Zeitraum von 2000 bis 2005 gut die Hälfte **Realeinkommenseinbußen von 2 bis 3 Prozent** hinnehmen mussten. Im Transferbereich entwickelten sich die Pensionen deutlich unter der Nulllinie

**Wende von der Wende?** Seite 8

## Schwerpunkt:

### Wende von der Wende?

8

Eine realistische Evaluierung des Programms der neuen Bundesregierung.

### Falsche Signale

34

Eine Reihe sozialpolitischer Herausforderungen wartet auf die neue Bundesregierung. »Interessante Zeiten«, meint Christoph Klein, Bereichsleiter für Soziales in der AK Wien.



## Hintergrund:

### Die Erbschafts- und Schenkungssteuer darf nicht sterben

14

Die Besteuerung von Vermögen ist in Österreich im internationalen Vergleich sehr gering ...

### Die Grundsicherung der Armutskonferenz

18

### Das bedingungslose Grundeinkommen

22

2009 soll die »bedarfsorientierte Mindestsicherung« in Österreich umgesetzt werden. Mit dem »bedingungslosen Grundeinkommen« wird eine tiefer gehende Reform gefordert.

### 100 Jahre gesetzliche Pensionsversicherung in Österreich

28

Als die Arbeiterbewegung Ende des 19. Jahrhunderts die oben zitierte Forderung erhob, stand am Ende eines langen Arbeitslebens unausweichlich die Altersarmut.

### Völkermord an Bauern

38

100.000 indische Bauern haben sich schon das Leben genommen, sagt die Alternativ-Nobelpreisträgerin Vandana Shiva.

### »Welfare Mix« auf neuen Pfaden?

40

Wie machen es die anderen? Der Vergleich von Sozialsystemen führt zu Aha-Erlebnissen! Diesmal betrachten wir Kanada ...

### Berlin – Hauptstadt im Wandel

48

Deutschland – Österreich: Ein Vergleich. Das Verhältnis der beiden Nachbarn hat sich verändert.

### Teuflische Prozente

54

»Statistiken sind Argumente«, sagen wir immer: Aber die Tricks, Irreführungen und Schwindeleien sind in diesem Bereich enorm.

## Meinung

- 4 | Standpunkt: Wir werden es schaffen!
- 5 | Leserforum
- 11 | Kommentar: Arbeitslosenzahlen menschlich betrachtet (Christian Winkler)
- 15 | Mehr Kontrolle über die eigene Zukunft (John Monks – EGB)
- 40 | Nach der Wahl ist vor der Wahl? (Barbara Blaha)

## Aus Arbeiterkammern&Gewerkschaften

- 6 | Armut: Reich wird reicher
- 7 | Kik: Demokratiefunde am Werk
- 7 | Öffnungszeiten:  
Petition der Handelsangestellten
- 7 | Studiengebühren: Nein zu Zwangsarbeit
- 13 | Einkommensverluste: AK-Kritik bestätigt
- 13 | Wiener Supermärkte:  
Mängel bei der Grundpreisauszeichnung
- 13 | Weiterbildung: Bringschuld der Arbeitgeber

## Wirtschaft&Arbeitsmarkt

- 21 | Verbraucherpreise
- 61 | Attac begrüßt Vorschlag für Vermögensteuer:  
Ängste vor Kapitalabwanderung sind völlig unbegründet

## Gesellschaftspolitik

- 26 | Schule: Nachteile durch neues Aufnahmeverfahren
- 26 | vida-Vorsitzender Kaske:  
»Eindruck trägt nicht, weniger im Börsel«
- 47 | Jeder Fünfte wechselt nach der Ausbildung den Beruf
- 47 | Mexiko/USA: Sprit statt Nahrung
- 59 | Europäische Kommission:  
Hilfe für ein rauchfreies Leben
- 60 | Frauenpolitik: Risiko Frau sein
- 60 | Beruf und Familie: Auszeit statt Ausbrennen
- 60 | Niederlande-Asien: Netzbetreiber: Herhören

## Internationales

- 43 | Australien: Letzrangig
- 43 | Europäische Union: Im öffentlichen Interesse
- 43 | Venezuela: Chávez verstaatlicht Ölindustrie
- 53 | Arbeitsplätze:  
Protest gegen Massenentlassungen
- 53 | Metaller: Neues Werkzeug für Beschäftigte
- 53 | Genf: Netzwerke stärken

## Bücher

- 44 | Walter Göhring: Verdrängt und vergessen.  
Friedensnobelpreisträger A. H. Fried.

### Nicht jährlich, sondern insgesamt ...

Redaktion intern

Allen um die Zukunft dieser Zeitschrift besorgten Leserinnen und Lesern möchten wir mitteilen, dass es nur technische Gründe bzw. personelle Ausfälle sind, die uns dazu zwingen, diesmal eine Doppellnummer (zum Ausgleich aber mit vermehrtem Umfang) herauszubringen. An der Erscheinungsweise von »Arbeit&Wirtschaft« ist jedoch bis auf weiteres keine Änderung beabsichtigt. Als Aufmacherbild auf der Titelseite haben wir diesmal eine Textstelle gewählt, wohl auch deshalb, weil wir signalisieren wollen, dass es bei

dieser Zeitschrift mehr um Texte und Inhalte als um Bilder und Blickfänge geht. Das heißt, wir möchten Ihre Aufmerksamkeit, liebe Leserinnen und Leser, für unsere Texte, für unsere Inhalte, für die Sie sich mehr Zeit nehmen müssen als es kostet, ein paar Bilder oder Karikaturen zu betrachten. Der Umstand, dass nach Aussagen von hochrangigen Experten, unser reales Durchschnittseinkommen je Beschäftigten um ganze 1 Prozent in 6 Jahren gestiegen ist (nicht jährlich, sondern insgesamt), ist sicher Ihre Aufmerksamkeit

wert. Die Preisfrage lautet: Wie hoch sind die Realeinkommenseinbußen für die Hälfte der unselbständig Beschäftigten? Das können Sie nach der Lektüre unserer Titelgeschichte leicht beantworten, und außerdem werden Sie vieles wissen, was das Programm unserer Bundesregierung und die Interessenslage von uns unselbständig Beschäftigten betrifft ...

*Ich wünsche Ihnen auch im Namen des Redaktionskomitees frohe Festtage und – nehmen Sie sich bitte Zeit!*

Siegfried Sorz

# Standpunkt

**Siegfried Sorz**  
Chefredakteur



## Ça ira – wir werden es schaffen, trotz alledem!

»Schauen Sie, jetzt beginnt wieder der Frühling, die Tage werden schon hell und lang, und im Felde gibt es sicherlich noch viel zu sehen und zu hören! Gehen Sie doch viel hinaus, der Himmel ist jetzt so interessant und mannigfaltig mit den jagenden, unruhigen Wolken, die noch nackte Kalkerde muß in dieser wechselnden Beleuchtung schön sein. Sehen Sie sich für mich an alledem satt ... Es ist das einzige, was man nie im Leben überkriegt, was stets denselben Reiz der Neuheit hat und einem immer treu bleibt ...«

Dies ist ein Auszug aus einem der Briefe Rosa Luxemburgs aus dem Gefängnis, in dem sie vor achtzig Jahren schon drei Jahre einsaß. Ein Auszug aus einem der Briefe, die sie in rührender Sorge an Sonja Liebknecht gerichtet hatte, der jungen Frau ihres ebenfalls inhaftierten Mitkämpfers Karl Liebknecht. Rosa Luxemburg hatte sich, auch angesichts des jämmerlichen Versagens der sozialdemokratischen Führung, energisch gegen den Krieg eingesetzt, während andere (in Deutschland wie in Österreich) den Krediten zur Finanzierung des Krieges zustimmten.

Zehn Wochen nach ihrer Haftentlassung wurde Rosa Luxemburg Anfang 1919 wieder verhaftet und ermordet. Der Gruß an den Frühling und an die Natur, die uns immer treu bleibt und nie enttäuscht, sollte uns an diese großartige Frau erinnern, auch wenn der heurige »Internationale Frauentag« schon vorbei ist und diese Ausgabe aus technischen Gründen später erscheint.

Ein weiterer Anlass zur Reminiszenz sind die 60 Jahre, die seit der Verabschie-

dung des Betriebsrätegesetzes vergangen sind.

Es war am 28. März 1947, als der österreichische Nationalrat das Betriebsrätegesetz beschloss. Die bereits kurz nach der Befreiung vom Faschismus im Jahr 1945 wiedergewählten Betriebsräte erhielten durch dieses Gesetz ihre Rechtsgrundlage. »Durch das Gesetz wurden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Lage versetzt, ihre reichen praktischen Erfahrungen in die Führung der Betriebe einzubringen. Der Betriebsrat verhandelt Betriebsvereinbarungen, sorgt für die Einhaltung der Kollektivverträge und der Betriebsvereinbarungen, macht Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Sicherheit, hat Mitspracherecht bei der Gestaltung der Arbeitsplätze, hat das Recht auf Mitsprache bei Personal- und Wirtschaftsangelegenheiten. Er hat das Recht zu Kündigungen und Entlassungen Stellung zu nehmen und diese bei Gericht anzufechten, kann unter bestimmten Voraussetzungen Versetzungen verhindern und muss über alle die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreffenden Angelegenheiten informiert werden«, heißt es in der rückblickenden Würdigung.

Heutzutage führt der steigende Druck in der Arbeitswelt in den Unternehmen zu mehr Konflikten und anderen Rechtsproblemen. In Betrieben mit Betriebsrat werden Konflikte besser gelöst. Betriebsrätinnen und Betriebsräte sind Vermittler und tragen zur Lösung von Problemen bei. Ein Erfolgsmodell, das in vielen Betrieben dringend nötig wäre und moderne Unternehmen auszeichnet.

Das Mandat der Betriebsräte wird allerdings durch Auslagerungen und Umstrukturierungen zunehmend untergraben, weswegen Arbeitnehmer/-innen, die an einem Standort arbeiten, auch dann eine einheitliche Vertretung wählen können sollten, wenn sie arbeitsrechtlich bei verschiedenen Unternehmen beschäftigt sind. Dies ist nur eine der aktuellen Forderungen zur Verbesserung der Mitbestimmung. Unsere tagtägliche Arbeit im Interesse der arbeitenden Menschen ist vielfältig und geschieht oft unter immensem Druck. Deswegen möchte ich nochmals diese starke Frau zitieren, die uns allen eindringlich zuruft, neben allem dringendem Tagewerk nicht eines zu vergessen:

»... Vergessen Sie nicht, wenn Sie noch so beschäftigt sind, wenn Sie auch nur in dringendem Tagewerk über den Hof eilen, vergessen Sie nicht den Kopf zu heben und einen Blick auf diese riesigen silbernen Wolken zu werfen und auf den stillen blauen Ozean, in dem sie schwimmen. Beachten Sie doch die Luft, die von leidenschaftlichem Atem der letzten Lindenblüten schwer ist, und den Glanz und die Herrlichkeit, die auf diesem Tage liegen, denn dieser Tag kommt nie, nie wieder! Er ist Ihnen geschenkt wie eine vollaufgeblühte Rose, die zu Ihren Füßen liegt und darauf wartet, daß Sie sie aufheben und an Ihre Lippen drücken.« Wer wäre so unempfindlich, nicht zu begreifen, dass diese Rose auch den Namen einer durch neun Gefängnisse geschleppten Frau trägt?

Siegfried Sorz

Anmerkung:  
Ça ira [sairá] = französisch wörtlich »es wird gehen« ist der Titel eines Revolutionsliedes von 1790.

# Arbeit&Wirtschaft } – Leserforum

Arbeit&Wirtschaft-Leser interessieren sich für Hintergründe aus Wirtschaft, Gesellschaft, Arbeit. Bei der Arbeit wollen sie wissen, warum die Nehmer und die Geber wollen, was sie fordern, und – was die Experten dazu sagen. Für diese interessierten Leserinnen und Leser ist dieses Forum eine Plattform. Alle können hier zu Wort kommen. Vor allem, nachdem unser geschäftsführender Präsident Rudolf Hundstorfer eine tabulose Diskussion angekündigt hat. Die einzige Einschränkung ist – der Platz. Wer sich kurz fasst, wird abgedruckt. Längere Zuschriften werden gekürzt. Adressen: aw@oegb.at / Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«, Hohenstaufengasse 10–12, 1011 Wien, Fax: 01 534 44-595

## Bedingungsloses Grundeinkommen der KPÖ

**Betrifft: »Geld ohne Arbeit« von Andreas Gjecaj in A&W 1/2007.**

Dort wird als Modell der KPÖ die »Bedarfsorientierte Mindestsicherung« angeführt. Wir möchten dazu feststellen, dass dies der Informationsstand aus dem Jahre 2000 ist und dieses Modell nicht mehr dem aktuellen Stand entspricht. Die KPÖ orientiert mittlerweile auf ein bedingungsloses Grundeinkommen, ähnlich wie es auch etwa die Katholische Sozialakademie und andere Gruppen vertreten und tritt für einen intensiven Diskurs darüber ein. Ausführliche Informationen darüber gibt es unter [www.kpoe.at](http://www.kpoe.at).

Festhalten möchten wir der Vollständigkeit halber auch, dass sich auch das von der KPÖ vor sieben Jahren vertretene Modell wesentlich von jener »Bedarfsorientierten Mindestsicherung« unterscheidet, die jetzt von den Ministern Buchinger und Bartenstein geplant ist, das durch rigide Auflagen, Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen, Vermögensverwertung, Einrechnung von Wohnbeihilfen und Heizkostenzuschüssen, Regresspflicht usw. faktisch nichts anderes ist als Hartz IV auf österreichisch.

*Mit freundlichen Grüßen  
Leo Furtlehner, für den  
Bundesvorstand der KPÖ*

### Antwort der Redaktion:

In meinem Beitrag zum Themenkreis »Grundeinkommen-Grundsicherung« waren drei Schritte: Zunächst habe ich die Notwendigkeit neuer Formen der

Armutsbekämpfung beschrieben, dann bin ich auf grundsätzliche Hintergrund-Fragen eingegangen und im dritten Teil habe ich – mit Hilfe einer Internet-Recherche – ganz kurz die bestehenden Modelle beschrieben. Ich habe in diesem Teil des Beitrags Texte von den jeweiligen Homepages lediglich heruntergeladen und gekürzt. Was also über das KPÖ-Modell in meinen Artikel steht, **war im November 2006** (Zeitpunkt der Recherche) **tatsächlich auf der KPÖ-Homepage**. Auch aus anderen Bereichen haben wir die Rückmeldung erhalten, dass Homepagetexte zum Teil veraltet waren – so wird ja in der aktuellen Ausgabe die Armutskonferenz in einem Interview ihr aktuelles Modell nochmals ausführlicher beschreiben.

Da wir das Thema weiter behandeln wollen – und der Jänner-Artikel nur einen allgemeinen Einstieg eröffnete, werden wir sicher einen Weg finden, auch die aktuellen Positionen der KPÖ – vielleicht in einer PRO/CONTRA-Diskussion – darzustellen. Auf jeden Fall ist »Grundsicherung/Grundeinkommen« ein weiterhin spannendes Thema!

*Mit freundlichen Grüßen  
Andreas Gjecaj*

### Irgendwie nicht nachvollziehen? ...

**Betrifft: Standpunkt in Heft 1/2007 »Die nackte Wahrheit ...«**

Sehr geehrter Herr Chefredakteur! Mit Befremden lese ich, dass Sie, dass die Jugend empört ist, kommentieren mit: »... jaja, da haben Sie schon recht ...« also so, als wenn Sie das irgendwie nicht nachvollziehen können. Sie schreiben dann zwar

weiter: »Mir ist ein gewisser Trost, dass fast ein Viertel der Studenten ein Stipendium bezieht und sowieso von den Gebühren befreit ist.« Ja, und das war's schon von Ihrer Seite. Was ist mit den mehr als 75%, die Studiengebühren bezahlen? Was ist mit all jenen, die geglaubt haben, was versprochen wurde und ihre Stimme deshalb Gusenbauer gaben? Man hatte es ja nicht mit Schüssel zu tun. Meine Tochter (Medizinstudentin), die noch im Oktober vor Freude über das Wahlergebnis Freuden-Tränen vergossen hat, hat diese nun vor Enttäuschung, vor allem menschlicher Enttäuschung, vergossen. Gerade die Jungen, die noch Ideale haben, noch das glauben oder glauben wollen, was ihnen erzählt wird, sind besonders enttäuscht. Bei der nächsten Wahl wird sich das auch am Ergebnis niederschlagen! Was ich verstehe.

*Klaudia Wanko  
Betriebsrätin und Leserin, Wien*

### Antwort der Redaktion:

Liebe Kollegin Wanko!

In das Wörtchen »schon« haben Sie aber sehr viel hinein interpretiert. Ich persönlich habe volles Verständnis für die Anliegen der Studenten, und auch bei den beiden Institutionen die dieses Heft herausgeben ist es nicht anders. Ich hoffe, Sie haben im letzten Heft den Kommentar von Barbara Blaha von der österreichischen Hochschülerschaft gelesen (Heft 2/2007, Seite 40). Das war's aber noch lange nicht von unserer Seite. Davon können Sie sich monatlich überzeugen. Ich verstehe Ihre Empörung, aber seien Sie versichert: Sie schlagen auf den falschen Sack!

*Mit freundlichen Grüßen  
Siegfried Sorz*

## IMPRESSUM

**Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:**

Laurenzberg 2, 1011 Wien,  
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,  
Siegfried Sorz (Chefredakteur): Klappe 304,  
Sekretariat: Sonja Adler, Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

**E-Mail:** aw@oegb.at

**Internet:** [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154-156,  
Telefon (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;  
E-Mail: [karin.stieber@oegbverlag.at](mailto:karin.stieber@oegbverlag.at)

**Redaktionskomitee:**

Arthur Ficzo (Vorsitz), Annemarie Kramser (Stellvertretender Vorsitz), Thomas Angerer, Günther Chaloupek, Ortrun Gauper, Karl Kollmann, Georg Kovarik, Sabine Letz, Fritz Luger, Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Alexander Schneider, Siegfried Sorz, Andreas Gjecaj, Erik Türk

**Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:**

Siegfried Sorz (Chefredakteur), Kai Biehl, Martin Bolkovac, Hellmut Butterweck, Günther Chaloupek, Astrid Fadler, Andreas Gjecaj, Thomas Lachs, Wilfried Leisch, Rudolf Kaske, Christoph Klein, Karl Kollmann, Naama Magnus, Eva Maria Nesvadba, Gabriele Müller, Thomas Plaßmann, Bruno Rossmann, Reinhold Russinger, Tansel Terzioglu, Günther Sandner

**Gestaltung:**

Medienservice, Stephanie Guberner (Artdirector);  
Dietmar Kreuzberger (Grafik & Layout), Thomas Reimer  
(Fotoredaktion, ÖGB-Archiv)

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,  
Prinz-Eugen-Straße 20-22, und Österreichischer  
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Laurenzberg 2

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154-156,  
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,  
E-Mail: [Renate.Wimmer@oegbverlag.at](mailto:Renate.Wimmer@oegbverlag.at),  
Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:**

Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien**Herstellungsort:** Wien**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;  
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und  
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,  
Altmannsdorfer Straße 154-156,  
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder Autor trägt die Verantwortung für seinen Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingelangte Manuskripte.  
Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.  
Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

**Armut:**

# Reich wird reicher

Unter dem Motto »A r M U T« – Es ist genug für alle da«, haben in Oberösterreich AK, ÖGB, Armutsnetzwerk, Betriebsseelsorge ein »Leseheft« herausgebracht.

Ein Mensch wird als armutsgefährdet bezeichnet, wenn ihm weniger als 848,- Euro netto inklusive aller Sozialleistungen (Wert für 2004) monatlich zur Verfügung stehen. In Österreich sind das knapp über eine Million Menschen! Armut ist vor allem weiblich.

Das durchschnittliche Einkommen dieser Gruppe liegt nur bei 679,- Euro, was die Situation verschärft. Gleichzeitig macht das gesamte Privatvermögen aller Österreicher im Jahr 2006 ca. 1000 Milliarden Euro aus, allerdings höchst ungleich verteilt: die reichsten ein Prozent der Bevölkerung haben mehr Anteil (340 Milliarden) am Gesamtvermögen als die untersten 90 Prozent (317 Milliarden). Von den reichsten ein Prozent hat ein Reicher durchschnittlich 5,4 Millionen

Euro. Dazu passt, dass Österreich eine Steueroase für Gewinne und Vermögen ist. Während die Arbeitnehmer immer mehr leisten und immer weniger bekommen, explodieren die Gewinne der Großkonzerne.

Arme werden doppelt so oft krank als Nicht-Arme, und jedes zehnte Kind in Österreich wächst in Armut auf und erhält zu wenig medizinische Betreuung. Ergebnis: Armut kostet Leben – im Schnitt macht die Differenz der Lebenserwartung zwischen Pflicht- und Hochschulabgängern etwa vier Jahre aus.

Als Konsequenz wird eine gerechte Umverteilung unseres Reichtums verlangt. Nähere Informationen unter:

[www.armutskonferenz.at](http://www.armutskonferenz.at)

W. L.

**OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ § 25**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154-156.

**Unternehmensgegenstand:** Herstellung und Verbreitung literarischer Werke aller Art, Ausübung des Gewerbes der Drucker, Datenverarbeitung für Dritte. **Geschäftsführung:** Johannes Richarz

**Einziger Gesellschafter:** Österreichischer Gewerkschaftsbund. **Sitz:** Wien

**Betriebsgegenstand:** Herstellung und Verbreitung sowie der Verlag literarischer Werke aller Art, insbesondere von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, Kunstblättern, Lehrmitteln und Buchkalendern; die Ausübung des Gewerbes der Drucker sowie des graphischen und diesem verwandter Gewerbe; Erbringung von Dienstleistungen im graphischen Gewerbe sowie in der Informationstechnik, der Handel mit dem Betriebsgegenstand dienenden Waren.

**Die Blattlinie** entspricht jenen Grundsätzen, die in den Statuten und der Geschäftsordnung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (Fassung gemäß Beschluss durch den 16. Bundeskongress des ÖGB) festgehalten sind. "

**Textildiskonter Kik:**

## Demokratiefeinde am Werk

**Obwohl 98 Prozent der Belegschaft einen Betriebsrat wollen, ließ der Textildiskonter Kik keine demokratische Betriebswahl zu. Belegschaft und Gewerkschaft wehren sich.**

Schon **eineinhalb Jahre** geht die Auseinandersetzung bei Kik («Kunde ist König!»). Als der Spitzenkandidat der Liste »Wir sind KiK«, Andreas Fillei, von der Geschäftsleitung entlassen wurde und ihm ein Hausverbot erteilt wurde, erhob sich ein Proteststurm. Innerhalb von nur zwei Wochen gingen 8000 Protestmails ein. Per einstweiligem Gerichtsbeschluss wurde dann auch das Hausverbot vom Arbeitsgericht aufgehoben. Als der Abwick-

lung der Betriebswahl nichts mehr im Wege stand, strich der KiK-Wahlvorstand, der aus Leuten von der Geschäftsleitungsebene bestand, die Liste »Wir sind KiK« von Andreas Fillei vom Wahlzettel. Auch das Arbeitsgericht stellte fest, dass der Ausschluss der Liste »Wir sind KiK«, völlig zu Unrecht erfolgte. Die Gewerkschaft GPA-DJP machte klar, dass sie die Wahl anfechten werde. Nach der Betriebsratswahl teilte der KiK-Wahlvor-

stand mit, dass die gewählten BetriebsrätInnen die Wahl nicht angenommen haben. Die Belegschaft lässt sich also nicht spalten und entsolidarisieren. Zuletzt hat die Gewerkschaft mit dem KiK-Management Gespräche zur Durchführung einer neuen Wahl des Betriebsrates gestartet. Ziel ist, dass die Beschäftigten einen demokratisch gewählten Betriebsrat erhalten, der auch tatsächlich ihr Vertrauen hat. *W. L.*

**Öffnungszeiten:**

## Petition der Handelsangestellten

**Gegen die Ausweitung der Öffnungszeiten im Handel und für die Einhaltung bestehender Rechte haben 5000 Handelsangestellte eine Petition an das Parlament gerichtet.**

»Die Angestellten im Handel sind schon jetzt bezüglich der Qualität ihrer Arbeitszeit gesellschaftlich benachteiligt, und die Flexibilität der Teilzeitangestellten wird nur unzureichend abgegolten«, kritisiert Wolfgang Katzian, Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-DJP) die schon jetzt triste Situation vor dem Hintergrund neuer Versuche von Handelsverband und einzelnen Handelsunter-

nehmen, die Öffnungszeiten im Handel weiter auszuweiten.

Am 12. Februar 2007 wurde deshalb Nationalratspräsidentin Barbara Prammer eine Petition von mehr als 5000 Handelsangestellten übergeben. »Wir werden jede Gesetzesänderung bekämpfen, die ohne gleichzeitige Einführung von Zuschlägen für Teilzeitbeschäftigte und Maßnahmen zur besseren Rechtsdurchsetzung erfolgt.

Wir werden ab sofort alle Agitationen von Handelsunternehmern gegen die Interessen der Handelsangestellten mit Informationsveranstaltungen auf der betrieblichen Ebene und rund um die großen Einkaufszentren beantworten«, kündigt Wolfgang Katzian an und meint: »Es geht nicht mehr an, dass Handelsangestellte andauernd die in der heutigen Arbeitswelt längst üblichen Rechte vorenthalten werden.« *W. L.*

**Studiengebühren:**

## Nein zu Zwangsarbeit

**Die von der neuen Regierung für Studierende vorgesehene Ersatzarbeit, um sich von den Studiengebühren zu befreien, wird von der Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) abgelehnt.**

»Die Beibehaltung der unsozialen Studiengebühren ist nicht akzeptabel, und die Möglichkeit, sich durch Zwangsarbeit davon freizukaufen, ist eine zusätzliche Belastung, vor allem für arbeitende Studierende«, kritisiert der ÖGJ-Vorsitzende, Jürgen Michlmayr. Tatsächlich sind bereits zwei Drittel der Studierenden berufstätig. Studium und Beruf unter einen Hut zu bekommen, wird immer schwieriger.

Umso mehr, als das Studium in immer kürzerer Zeit absolviert werden soll, um nicht von der Politik, der Gesellschaft oder bei der Jobsuche als Bummelstudent abgestempelt zu werden. Haben schon jetzt die Studiengebühren vor allem die finanziell schwächeren Schichten der Bevölkerung belastet und eine weitere Erhöhung des Studierenden-Anteils von Kindern aus Klein- und Mittelverdienerfamilien ver-

hindert, wird dies durch den Vorschlag zur Ersatzarbeit noch verschärft, kritisiert Michlmayr. Zweifel hegt der ÖGJ-Vorsitzende auch an der praktischen Durchführbarkeit: »Welche Organisation soll einen unausgebildeten, schlecht motivierten Zwangsarbeiter aufnehmen?« Zudem drohen Lohndumping und unfaire Konkurrenz zu normalen Arbeitsverhältnissen im Sozialbereich. *W. L.*

# Wende von der Wende?

*Eine realistische Evaluierung des Programms der neuen Bundesregierung. Es zeigt sich, betont der Autor, dass langfristig ein auf Kooperation und Konsens aufbauendes System der Entscheidungsfindung mehr Tragfähigkeit hat als die angeblich überlegenen Alternativen, die kurzfristig durch eine zeitgeistige Rhetorik hochgepusht worden waren.*

Autor: Günther Chaloupek

Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen  
Abteilung der AK Wien

Nach der Nationalratswahl vom 1. Oktober 2006 ist in den Leitartikeln und Kommentaren der österreichischen Medien viel über die politischen Bestimmungsfaktoren des weithin als Überraschung empfundenen Wahlergebnisses geschrieben worden. Etwas in den Hintergrund gedrängt wurden dadurch die sozialökonomischen Faktoren, die maßgebliche Gründe dafür liefern, warum so viele Wähler gefunden haben, dass es nicht so weiter gehen soll wie bisher.

Die Arbeitsmarktlage hat sich nach dem Jahr 2000 deutlich verschlechtert, was nicht nur in den abstrakten statistischen Kennziffern zum Ausdruck kommt. **Zwischen 6 und 7 Prozent Arbeitslosigkeit über mehrere Jahre** bedeutet für eine wachsenden Teil der Bevölkerung negative Betroffenheit, sei es für diejenigen, die nach Jobverlust immer schwerer einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben, oder für die jungen Menschen, die nach Abschluss ihrer Ausbildung ins Erwerbsleben eintreten wollen.

## Durchschnittseinkommen in sechs Jahren um ein Prozent gestiegen!

Ebenso spürbar hinter der Fassade von immer neuen, rein statistisch nicht bezweifelbaren »Beschäftigungsrekorden«

war der massive Rückgang an Vollzeitbeschäftigten, der auch in der Einkommensentwicklung seine Spuren hinterlassen hat. **Bei einer mageren Zunahme des realen Durchschnittseinkommens je Beschäftigten um ganze 1 Prozent in sechs Jahren (kumuliert, nicht pro Jahr!) war es auch unvermeidlich, dass nach den Daten der Sozialversicherung für den Zeitraum von 2000 bis 2005 gut die Hälfte Realeinkommenseinbußen von 2 bis 3 Prozent hinnehmen mussten.**

Im Transferbereich entwickelten sich die **Pensionen deutlich unter der Nulllinie**, und die mehrfachen »Treffsicherheitspakete« und Pensionsreformen waren trotz Umbenennung in »Pensionssicherungsreform« nicht geeignet, Gefühle einer verbesserten sozialen Sicherheit hervorzurufen.

Gegen diese Tatsachen nützte es wenig, wenn die Regierung immer wieder die angeblich »hervorragende wirtschaftliche Entwicklung Österreichs im europäischen Vergleich« herauszustreichen versuchte. Selbst der Konjunkturaufschwung des Jahres 2006, der das Bild in mancher Hinsicht wieder etwas verbesserte, konnte der alten Regierung nicht mehr wirklich helfen.

Als Konsequenz wurde in Österreich am 1. Oktober 2006 wie zuvor in vielen anderen europäischen Ländern die amtierende Regierung abgewählt, weil sie die mit Wahlversprechungen großzügig genährten Erwartungen nicht erfüllen konnte und in den Augen auch einer längst desillusionierten Bevölkerung mit den Problemen nicht ausreichend zu Rande kam.

## Die Ausgangslage für die neue Bundesregierung

Die neue von SPÖ und ÖVP gebildete Bundesregierung ist in einer Situation angetreten, in der nach fünfjähriger Wachstumsschwäche in Österreich und in Europa 2006 endlich ein Konjunkturaufschwung in Gang gekommen ist. Erstmals seit 2000 hat das Wirtschaftswachstum in Österreich 2006 wieder die 3-Prozent-Grenze überschritten. Die Arbeitslosenquote ist vom Spitzenwert 7,3% im Jahr 2005 auf 6,8% 2006 gesunken.

Die kurzfristigen Wirtschaftsprognosen gehen für das Jahr 2007 von einer Fortsetzung des Konjunkturaufschwunges aus. Die neuen mittelfristigen Prognosen sind nach den Erfahrungen der mageren Jahre noch vorsichtig und gehen bis 2010 im Durchschnitt von 2,5% Wachstum aus. Wenig für eine fühlbare Senkung der Arbeitslosenrate, die nur in einem nachhaltigen, das heißt über mehr als drei Jahre gehenden Konjunkturaufschwung erreicht werden kann.

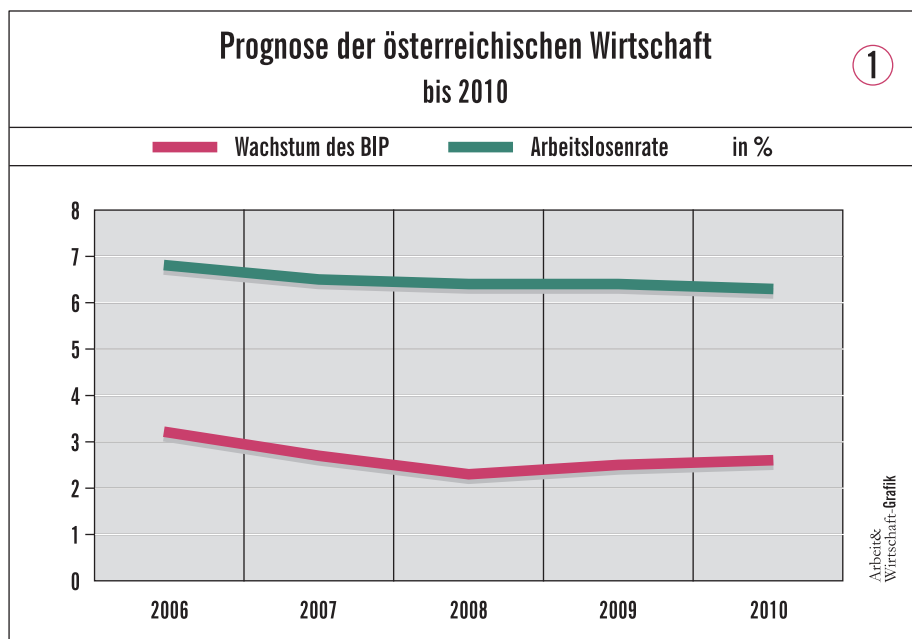
## Wachstumssteigerung erfordert angebots- und nachfrageseitige Maßnahmen

Daher ist die von der neuen Bundesregierung angekündigte Offensiven für mehr Wachstum der Wirtschaft mit dem Ziel der Vollbeschäftigung eine Voraussetzung dafür, dass die wirtschaftliche Dynamik gesteigert und die soziale Lage in Österreich in den nächsten Jahren wieder verbessert werden kann (**siehe Grafik 1: »Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2010«**).





**Günther Chaloupek:**  
»Auch abgesehen von den politischen Reizthemen Studiengebühren und Eurofighter, auf die sich nach enttäuschten Erwartungen die Proteste konzentrierten, wurde in manchen politischen Stellungnahmen zum Programm der SPÖ-ÖVP-Regierung ein deutlicher ausgeprägter Kurswechsel im Verhältnis zur Wirtschaftspolitik der Vorgängerregierungen vermisst.«



gelingen wird, die Arbeitslosenrate auf unter 6% zu senken, hängt nicht nur vom Wirtschaftswachstum, sondern auch von der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots ab. Nach dem Jahr 2000 hat sich die Zuwanderung stark erhöht, gleichzeitig hat sich gezeigt, dass die Migrationsströme nur begrenzt beeinflussbar sind. Die im Regierungsübereinkommen angekündigten partiellen Liberalisierungen sind kritisch zu sehen, weil sie den Angebotsdruck auf dem Arbeitsmarkt erhöhen.

**Die jüngste Debatte über einen angeblichen »Facharbeitermangel«** ist ein Beispiel dafür, dass auch bei mehr als 6% Arbeitslosigkeit die Unternehmer nach billigeren Arbeitskräften aus dem Ausland rufen. Die angekündigte »offensive Nutzung« der Übergangsfristen zur Vorbereitung auf die Öffnung des Arbeitsmarktes setzt zusätzliche Budgetmittel voraus, wird aber am starken Einkommensgefälle nichts ändern, welches das wichtigste Motiv für die Arbeitskräftewanderung bildet.

Von den direkt wirksamen Maßnahmen zur Steigerung der Beschäftigung ist die Erhöhung der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik für die gesamte Legislaturperiode positiv zu bewerten. Für andere Maßnahmen zur Steigerung von Investitionen in Qualifikation und Qualität muss die budgetäre Bedeckung erst sichergestellt werden. Gleichzeitig muss bei der Umsetzung des Regierungsprogramms darauf geachtet werden, dass **die Mittelerrhöhung im Arbeitsmarkt-service** für die dringend notwendige Erhöhung von Qualifikationen und Kompetenzen von Beschäftigten und Arbeit Suchenden und **nicht für die Schönung der Statistik durch mehr Teilnehmer an Kurzzeitschulungen oder für wenig steuerbare Lohnsubventionen an Arbeitgeber** eingesetzt werden.

### Bildungsgarantie bis 18

Die Verbesserung der Ausbildung der Jugendlichen durch eine Bildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr ist zur Aufrechterhaltung der Chancen in Wirtschaft und Gesellschaft dringend notwendig. Die Bildungsgarantie sollte nicht auf ein bestimmtes Lebensjahr ausgerichtet sein, sondern auf den Abschluss einer weiterführenden Ausbildung nach der Pflichtschule.

Auch nach dem Einsetzen des europäischen Konjunkturaufschwungs im Jahr 2006 besteht unvermindert die Notwendigkeit eines neuen expansiven policy mix auf europäischer Ebene, um dem Aufschwung zusätzliche Dynamik und Nachhaltigkeit zu verleihen. In dieser Hinsicht werden im Regierungsübereinkommen **neue Töne angeschlagen**, wenn die neue Bundesregierung dafür einzutreten will, dass sich die EU, die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner im Interesse eines Abbaus der Arbeitslosigkeit verstärkt koordinieren.

Der Handlungsspielraum auf nationalstaatlicher Ebene sollte so genutzt werden, dass ein gewisser Wachstumsvorsprung gegenüber dem EU-15-Durchschnitt wieder erreicht werden kann.

Einen Wechsel in der Gesamtstrategie bedeutet die Rückkehr zu einem kombinierten angebots- und nachfrageseitigen Ansatz in der Wirtschaftspolitik im Unterschied zur Dominanz der Angebotsseite der beiden Vorgängerregierungen.

Die Stärkung des Wirtschaftswachstums in Österreich soll nach den Aussagen des Regierungsprogramms durch eine Reihe von Maßnahmen bewirkt werden, die sowohl auf der Angebots- wie auch auf der Nachfrageseite ansetzen. Angebotsseitig sind positive Wachstumspulse mittelfristig von der vorgesehenen Erhöhung der Mittel für Wissenschaft, Forschung und Technologie sowie von

der Infrastrukturoffensive zu erwarten.

Die bildungspolitischen Maßnahmen werden sich überwiegend erst längerfristig auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Auf der Nachfrageseite sind kurzfristige Wachstumseffekte von den Infrastrukturinvestitionen zu erwarten. Auch die Maßnahmen zur **Armutsbekämpfung** und zur **Verbesserung der niedrigen Einkommen** wirken über eine höhere Konsumneigung wachstumssteigernd.

Nicht befriedigend erscheint der Umstand, dass zur **Steuerpolitik**, die als wichtiger Hebel einer Wachstumspolitik im eigenen nationalstaatlichen Handlungsspielraum anzusehen ist, substantielle und konkrete Aussagen im Programm fehlen. Dies betrifft sowohl die nach Ansicht von AK und ÖGB dringend gebotene Änderung der Steuerstruktur durch eine Entlastung des Faktors Arbeit als auch die Setzung von Impulsen für den privaten Konsum durch eine Entlastung der niedrigen und der mittleren Einkommen.

### Beschäftigungswirkungen der Wachstumssteigerung

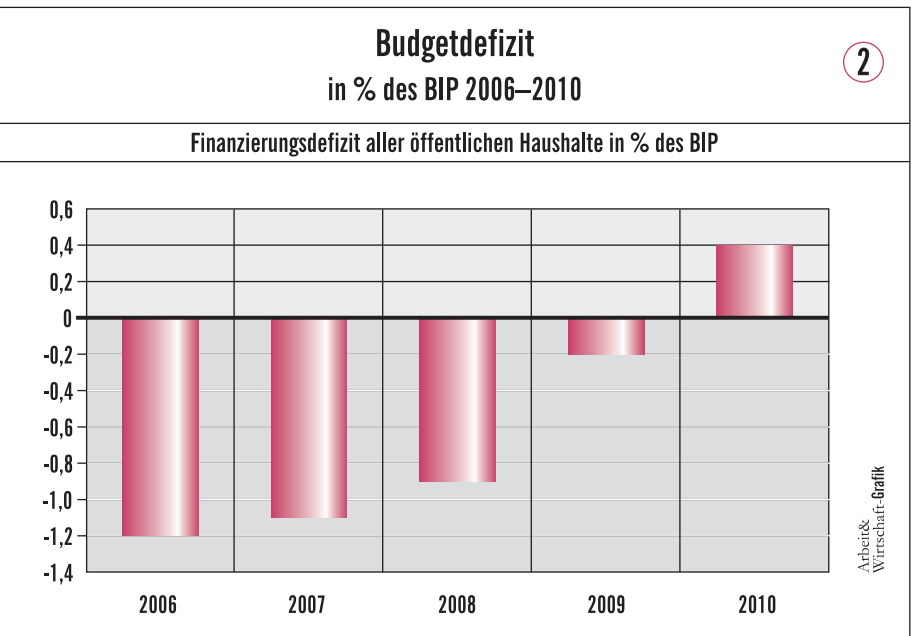
Ähnlich wie in der Sozialpartnerdeklaration »Austria 2016« will die neue Bundesregierung die Verbesserung der Arbeitsmarktlage durch eine Wachstumsstrategie erreichen. Ob es bis 2010

Eine positive Haltung der neuen Regierung zur **Sozialpartnerschaft** kommt schon darin zum Ausdruck, dass die Sozialpartner eingeladen wurden, gemeinsame Vorschläge in die Koalitionsverhandlungen einzubringen, die sich vor allem im Abschnitt »Arbeitsmarkt und Arbeitswelt« des Regierungsprogramms wiederfinden. Wenn an mehreren Stellen des Programms die Sozialpartner zur Erstellung von Lösungsvorschlägen aufgefordert werden, so kommt darin die Bereitschaft der neuen Regierung zum Ausdruck, bei wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen den Konsens mit den primär betroffenen Bevölkerungsgruppen zu suchen. Gleichzeitig wird damit die Funktionsfähigkeit der Sozialpartnerschaft auf die Probe gestellt

### Verteilungswirkungen und sozialer Zusammenhalt

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit seit dem Jahr 2000, die **Kürzung von Sozialleistungen** und **Belastungen durch Steuern und Gebühren** haben in den letzten Jahren zu einer Zunahme der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ungleichheit und zu einem Verlust an sozialem Zusammenhalt geführt. Auch in diesem Punkt unterscheidet sich das Programm der neuen Bundesregierung von jenen ihrer Vorgängerinnen deutlich, da die Bekämpfung der Armut und eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts neben der Belebung des Wachstums einen Schwerpunkt ihres Programms bilden.

Wenn eine möglichst breite Partizipation der Bevölkerung am Erwerbsleben der wichtigste Bestimmungsfaktor des sozialen Zusammenhalts ist, so kommt der Steigerung der Beschäftigung bzw. dem Abbau von Arbeitslosigkeit auch in diesem Zusammenhang die entscheidende Bedeutung zu. Gefördert wird der soziale Zusammenhalt durch **Erhöhung der sozialen Durchlässigkeit im Schulwesen** sowie durch die Maßnahmen zur Verbesserung der Schulqualität. Verstärkte Integrationsbestrebungen für Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache sind begrüßenswert. Nicht enthalten im Regierungsprogramm ist ein verpflichtendes Vorschuljahr für alle Kinder, das es ermöglicht hätte, die sozial und pädago-



gisch oder auch sprachlich förderbedürftigen Kinder zu erreichen.

Wegen der gestiegenen Verarmungsgefahr für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit längerer und/oder häufigerer Arbeitslosigkeit ist die **Erhöhung der Notstandshilfe auf die Höhe des Ausgleichszulagen-Richtsatzes** zur Erhöhung des sozialen Zusammenhalts dringend geboten. Im Bereich der **bedarfsorientierten Mindestsicherung** durch die Bundesländer (bisherige Sozialhilfe) muss eine entsprechende **Aufstockung der Sozialhilfetransfers** erst durch Verhandlungen mit den Bundesländern sichergestellt werden.

### Budgetrestriktionen und Finanzierungsvorbehalte

Schon bei Beginn der Verhandlungen zur Bildung der neuen SPÖ-ÖVP-Bundesregierung war deutlich geworden, dass die Projektion des budgetären Gesamtrahmens **bis 2010 keine großen Sprünge** mit neuen Programmen und Vorhaben erlauben würde. Die Liste der wünschenswerten Projekte schrumpfte daher im Laufe der Koalitionsverhandlungen immer mehr zusammen. Es ist sicherlich unbefriedigend, dass im Regierungsprogramm angeführte Vorhaben nur zum Teil budgetär bedeckt sind und aus heutiger Sicht wohl nicht wenige dem »Finanzierungsvorbehalt« zum Opfer fallen

könnten, z. B. Maßnahmen für Bildung. Allein die **Senkung der Klassenschülerhöchstzahl** wird alle zusätzlich vorgesehenen Mittel benötigen. Finanziell nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt sind auch die Punkte **Pflege und Gesundheit**, welche Kosten von einigen hundert Millionen erwarten lassen.

Es stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit des im Regierungsübereinkommen vorgezeichneten Budgetpfades. Nach der generellen Aussage des Regierungsübereinkommens soll »ein über den Konjunkturzyklus ausgeglichener Haushalt« angestrebt werden. Als antizyklische Budgetpolitik verstanden, bedeutet dies Überschüsse in Aufschwungs- und Defizite in Abschwungsphasen des Konjunkturzyklus. Wörtlich im unmittelbaren Sinn kann das nicht gemeint sein, denn die Konsequenz wäre dann, dass 2006 und 2007 Überschüsse zu erzielen (gewesen) wären, was aber scharfe diskretionäre Maßnahmen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite erfordert hätte.

Ein solcher Crash-Kurs (wie zuletzt 2001 mit Spar- und »Treffsicherheits«-Paketen) ist aber nicht beabsichtigt, vielmehr werden von 2006 bis 2008 gesamtstaatliche Defizite von jeweils rund 1 Prozent des BIP in Kauf genommen. Wenn man weiters davon ausgeht, dass selbst bei guter Wirtschaftsentwicklung 2010 wieder eine Wachstumsabschwächung und in diesem Jahr daher kein au-

tomatischer Budgetüberschuss zu erwarten ist, so würde dies im Ergebnis über den gegenwärtigen Konjunkturzyklus ein Budgetdefizit von durchschnittlich rund 1 Prozent bedeuten. In realistischer Sichtweise wird daher der Haushaltsausgleich in dieser Legislaturperiode noch nicht realisiert, und dies ist im Sinne einer wachstums- und beschäftigungsfördernden Politik positiv zu bewerten. Mag sein, dass bei längerfristiger Normalisierung im nächsten Konjunkturzyklus ein Haushaltsausgleich möglich ist – dazu wäre es aber verfrüht, jetzt schon Festlegungen zu treffen (**siehe Grafik 2: »Budgetdefizit in % des BIP 2006–2010«**).

Wenn diese Budgetpolitik als zu lax kritisiert wird, so muss dem entgegengehalten werden, dass bei forciertem Defizitabbau das Wachstum leiden würde. Bei vernünftiger Auslegung erfordert der europäische Wachstums- und Stabilitätspakt kein Nulldefizit, sondern ein Defizit im Durchschnitt über den Konjunkturzyklus von 1 bis 2%. Damit ist auch eine **allmähliche Absenkung der Staatsschuldenquote in Österreich von derzeit rund 62% des BIP auf weniger als 60%**. Eine solche Vorgabe ist akzeptabel und langfristig sinnvoll. Sie erhöht langfristig den Gestaltungsspielraum im Budget. Größere Defizite erhöhen kurzfristig den Ausgabenspielraum, bringen aber mittel- und längerfristig erhebliche Risiken für den Sozialstaat mit sich, wie die Erfahrung vielfach gezeigt hat.

### Wie viel Wende, wie viel Kontinuität?

Auch abgesehen von den politischen Reizthemen **Studiengebühren und Eurofighter**, auf die sich nach enttäuschten Erwartungen die Proteste konzentrierten, wurde in manchen politischen Stellungnahmen zum Programm der SPÖ-ÖVP-Regierung ein deutlicher ausgeprägter Kurswechsel im Verhältnis zur Wirtschaftspolitik der Vorgängerregierungen vermisst. Aus Arbeitnehmersicht wären stärkere beschäftigungs- und verteilungspolitische Akzente wünschenswert gewesen, vor allem in der Steuerpolitik und in der Bildungspolitik. In der Umweltpolitik wären stärker verbindliche Zielsetzungen und weniger Maßnahmen, die mehr der Agrarförderung als dem Klimaschutz dienen, wünschenswert gewesen.

### Törichte Parole

Bei einem Vergleich mit der Politik der letzten Jahre darf aber auch nicht übersehen werden, dass die zuletzt von ÖVP und BZÖ getragene Regierung de facto sich immer mehr von den aggressiven Ansagen der Anfangszeit entfernt hat. Budgetdefizite von 1,5% strafen die ohnehin **törichte Parole »keine neuen Schulden«** Lügen.

Während 2001 die Forderung nach einer konjunkturstützenden Infrastrukturoffensive noch als vorgestrig und nutzlos zurückgewiesen wurde, hat diese Regierung in letzter Zeit sich das Verdienst zugerechnet, mit einer Erhöhung der Investitionen in den Ausbau von Bahn und Straßen Zehntausende Arbeitsplätze geschaffen zu haben.

Die in der Androhung einer »Verbetrieblichung der Lohnverhandlungen« steckende Kampfansage an die kollektivvertragliche Lohnpolitik wurde versenkt, und am Ende musste die ursprünglich hart kritisierte und zurückgedrängte Sozialpartnerschaft wieder als Modell her-

vorgeholt werden, um der österreichischen EU-Präsidentschaft wirtschaftspolitisch auch ein österreichisches Profil zu verleihen.

### Realistische Evaluierung

All dies war nicht nur Ausdruck eines abnehmenden politischen Selbstvertrauens. Es zeigte sich, dass langfristig ein **auf Kooperation und Konsens aufbauen-des System** der Entscheidungsfindung mehr Tragfähigkeit hat als die angeblich überlegenen Alternativen, die kurzfristig durch eine zeitgeistige Rhetorik hochgepusht worden waren.

Dass die »Wende von der Wende« nicht markanter ausgefallen ist, ist aber vor allem darauf zurückzuführen, dass die Wahl mehr oder weniger eine politische Pattstellung ergeben hat. Eindeutig daran ist die Abwahl der alten Regierung, aber sie erfolgte ohne die Erteilung eines klaren Alternativmandats. An dieser Tatsache kann eine realistische Evaluierung des neuen Regierungsprogramms nicht vorbei gehen.



**Eine Spende für Kinder, die unsere Hilfe brauchen!**

GESELLSCHAFT ÖSTERREICHISCHE  
**KINDERDOERFER**  
[www.kinderdoerfer.at](http://www.kinderdoerfer.at)

**PSK 2486 000 BLZ 60000**

**Einkommensverluste:**

## AK-Kritik bestätigt

**Die Kritik der AK, dass die letzte Steuerreform den ArbeitnehmerInnen nichts gebracht habe, wird nun von der OECD bestätigt.**

Die OECD hat in einer Studie nachgewiesen, dass die Abgabenlast für Lohnsteuer und Sozialabgaben in den letzten sieben Jahren eklatant gestiegen ist und auch deutlich über dem OECD-Durchschnitt liegt. Im Gegensatz zur seinerzeitigen Ankündigung der Regierung, dass die Steuerreform die »größte der zweiten Republik« sei und allen eine Entlastung bringe, hat die AK von Anfang an klargestellt, dass die Steuerreform der vorigen Regie-

rung die Beschäftigten mehr kostet, als sie bringt: »Die Einkommen steigen zwar leicht, die Erhöhungen werden aber von den gestiegenen Belastungen ‚aufgefressen‘. Es ist nicht nur das Gegenteil der Versprechungen eingetreten, wonach mehr netto in der Brieftasche bleibe, sondern durch die Gruppenbesteuerung und die Senkung der Körperschaftssteuer sind lediglich die Gewinne einiger Unternehmen in schwindelnde Höhen gestiegen«,

kritisiert der Präsident der AKNÖ, Josef Staudinger. Dazu käme, dass es für viele Beschäftigte kein Auskommen mit dem Einkommen gibt, zum Beispiel jede vierte Frau trotz Beschäftigung armutsgefährdet sei. Daher fordert die AK eine Stärkung der kleinen und mittleren Einkommen, eine Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen um eine Milliarde Euro und eine Verdoppelung der Negativsteuer. W. L.

**Wiener Supermärkte:**

## Mängel bei der Grundpreisauszeichnung

**Die Grundpreise am Supermarkt-Regalschild müssen einheitlich berechnet und gut lesbar sein, verlangt die AK nach Stichproben in Wiener Supermärkten.**

Es gibt die gesetzliche Pflicht zur Grundpreisauszeichnung am Regal für bestimmte Sachgüter und Lebensmittel. Nicht geregelt sind Berechnung, Schriftgröße oder Platzierung. Genau dies hat die AK stichprobenartig in sechs Wiener Supermärkten (Adeg, Billa, Edeka, Interspar, Merkur, Zielpunkt) geprüft, also, ob und wie die Grundpreise pro Liter oder Kilogramm, bei Lebensmitteln ausgezeichnet sind. Die wichtigsten Ergebnisse: Der

Grundpreis ist nicht immer gut lesbar, weil er sehr klein gedruckt ist. Manchmal ist der Grundpreis falsch berechnet oder fehlt sogar. Zudem hat er keinen einheitlichen Platz am Preisschild, ist immer kleiner als der Produktpreis geschrieben und ist die Farbe der Grundpreisauszeichnung von Supermarkt zu Supermarkt verschieden (meist schwarz, aber auch weiß). Die AK hat die betroffenen Supermärkte informiert und Nachkontrollen

angekündigt. Von der Politik verlangt die AK eine Verbesserung der Preisauszeichnungs-Verordnung: einheitliche Berechnung des Grundpreises auf Basis des Produktpreises, identische Farbe und Platzierung, gleiche Schriftgröße des Grund- und Produktpreises, auch bei Aktionspreisen eine Grundpreisauszeichnung, einen erweiterten Geltungsbereich und eine Verringerung der Ausnahmen. W. L.

**Weiterbildung:**

## Bringschuld der Arbeitgeber

**Um im Arbeitsleben zu bestehen, ist Weiterbildung erforderlich. Der ÖGB fordert einen Rechtsanspruch von zumindest 35 Stunden pro Jahr im Rahmen der Arbeitszeit.**

»Nur wer mit dem Wissen und Können der Zeit mithält, kann auch seinen Arbeitsplatz absichern. Einerseits müssen die ArbeitnehmerInnen bereit sein, sich weiteres Wissen und Können anzueignen, andererseits ist es auch eine Bringschuld der Arbeitgeber und der öffentlichen Hand, Bildungsangebote zu stellen und Kosten mit zu übernehmen«, so die Bildungssprecherin des ÖGB-Vorstandes Christine Gubitzer.

Weiterbildung sei noch immer ein Privileg für Besserverdiener. Aber gerade Menschen ohne weiterführender Ausbildung bzw. ohne Pflichtschulabschluss hätten Weiterbildung besonders nötig, um entweder in den Arbeitsmarkt zu kommen oder dort bleiben zu können. Deshalb fordert Christine Gubitzer neben der Bildungsfreistellung auch Gebührenbefreiung beim Nachholen von Bildungsschlüssen. In der Erwachsenenbildung

(lebensbegleitendes Lernen) verlangt die ÖGB-Bildungssprecherin dringend nach Studien, »die Daten und Fakten stellen, wo was an Wissen und Können gebraucht wird. Nur mit zielorientierten Bildungsangeboten können die Menschen nachhaltig profitieren.« Fehlende Ordnungsmechanismen führen zu sozialen Zugangsbarrieren, regionaler Unterversorgung oder zu gravierenden Qualitätsunterschieden bei den Angeboten. W. L.

# Die Erbschafts- und Schenkungssteuer darf nicht sterben

*Die Besteuerung von Vermögen ist in Österreich im internationalen Vergleich sehr gering und hat in den letzten Jahren mehr und mehr an Bedeutung verloren. Mit dieser Entwicklung weicht Österreich deutlich vom europäischen Trend ab.*

Autor: Bruno Rossmann

Mitarbeiter der Abteilung  
Wirtschaftswissenschaften der AK Wien

**V**ermögensbezogene Steuern wurden in Österreich schrittweise abgeschafft, darunter die Vermögensteuer. Mit der Einführung der Kapitalertragsteuer auf Zinsen und Dividenden (»Endbesteuerung«) ist in vielen Fällen die Erbschaftssteuer abgegolten.

## Bagatellsteuer

Die Reichen und Superreichen bringen ihre Vermögen in Privatstiftungen ein und bezahlen für die Erträge daraus eine »Bagatellsteuer«. Und vor wenigen Monaten wurde auch noch die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer in Diskussion gebracht.

Ausgangspunkt war, dass der Verfassungsgerichtshof die Erbschaftssteuer ins Visier genommen und im März 2006 ein Gesetzesprüfungsverfahren zur Verfassungsmäßigkeit der Einheitsbewertung eingeleitet hat. Nachgelegt hat der ehemalige Finanzminister Grassler, der die Abschaffung damit begründet hat, dass das Aufkommen dieser Steuer niedriger

sei als die dafür notwendigen Verwaltungskosten. Tatsächlich dürften etwa 300 Beamte mit der Einhebung dieser Steuer befasst sein, die etwa zehn Prozent des Aufkommens »auffressen«. Während also die einkommensschwächeren Menschen über die Massensteuern Lohn- und Umsatzsteuer »Länge mal Breite« zur Finanzierung des Sozialstaates beitragen, sollen die Vermögenden weiter entlastet werden. Grund genug, die Besteuerung von Vermögen etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

## Österreich ist Schlusslicht bei den Vermögensteuern

In Österreich machen die Steuern auf Vermögen – das sind die Grundsteuer, die Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Grunderwerbsteuer, die Bodenwertabgabe, Abgaben von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und Kapitalverkehrssteuern – im Jahr 2004 etwa 0,6 Prozent des BIP aus.

Im Durchschnitt der OECD-Staaten liegen die Vermögensteuern bei 1,9 Prozent und in den EU-15 Staaten bei 2,2 Prozent des BIP. Lediglich Mexiko und Tschechien weisen einen niedrigeren Anteil an vermögensbezogenen Steuern aus. Wählt man als Vergleichsmaßstab das Steueraufkommen, dann liegt Österreich – eines der reichsten Länder der EU – so-

gar an letzter Stelle: In der OECD betragen 2004 die vermögensbezogenen Steuern 5,6 Prozent des Gesamteueraufkommens, in den EU-15 durchschnittlich 5,3 Prozent, in Österreich hingegen nur 1,3 Prozent des Gesamteueraufkommens.

In absoluten Zahlen bedeutet das, dass Österreich im Jahr 2004 vermögensbezogene Steuern in der Höhe von 1268 Millionen Euro eingehoben hat. Davon entfallen etwa 150 Millionen Euro auf die Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Über das künftige Schicksal dieses »Bagatellbetrags« – er entspricht etwa der Höhe der Studiengebühren – wird nach Vorliegen der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs zu entscheiden sein. Das Regierungsabkommen vom Jänner 2007 schweigt dazu.

## Erhebliche Aufkommenspotenziale

Wie ist die höhere Bedeutung vermögensbezogener Steuern in den andern Staaten der EU-15 zu erklären? Der höhere europäische Durchschnitt beruht wesentlich auf den höheren Steuern auf unbewegliches Vermögen (vor allem Grundsteuern) sowie Steuern auf Finanz- und Kapitaltransaktionen einschließlich des Grunderwerbs. In Österreich wurden in den beiden letzten Jahrzehnten vermögensbezogene Steuern schrittweise abgeschafft, Mitte der 1980er-Jahre die Ge-



werbekapitalsteuer, 1994 die Vermögensteuer, 1995 die Wertpapiersteuer und schließlich 2000 die Börsenumsatzsteuer. Die Kapitalertragsteuer auf Zinsen und Dividenden (1994) hat vielfach abgeltende Wirkung bezüglich der Erbschaftsteuer, das heißt, dass die endbesteuerten

Kapitalanlagen nicht erbschaftsteuerpflichtig sind.

Die Besteuerung von Grund- und Immobilienvermögen erfolgt im Rahmen der Grund-, Grunderwerb- und Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Basis von sogenannten Einheitswerten, die von tatsächlichen Verkehrswerten erheblich nach unten abweichen. Als Richtschnur kann davon ausgegangen werden, dass die Verkehrswerte im Durchschnitt etwa zehnmal so hoch sind wie die Einheitswerte, im Einzelfall betragen die Abweichungen sogar noch ein Vielfaches davon. Dieses Auseinanderklaffen von Einheits- und Verkehrswerten ist darauf zurückzuführen, dass die Einheitswerte in den letzten drei Jahrzehnten praktisch nicht mehr an die Verkehrswerte angepasst wurden (siehe Grafik: »Vermögensbezogene Steuern in Prozent des BIP in Österreich und der EU, 2004«).

Die Grafik stellt die Anteile der einzelnen vermögensbezogenen Steuern am BIP in Österreich dem Durchschnitt der »alten« EU gegenüber. Läge der Anteil der Steuern auf das unbewegliche Vermögen am BIP in Österreich im EU-Durchschnitt (0,9 Prozent des BIP), hätte das Aufkommen statt etwa 600 Millionen Euro etwa 2,2 Milliarden Euro betragen. Aber auch Erbschafts- und Schenkungssteuern sowie vor allem Vermögensteuern spielen im Durchschnitt der EU-15-Länder eine größere Rolle. Entsprechend der Anteil der Erbschafts- und Schenkungssteuern in Österreich dem EU-Durchschnitt (0,19 Prozent des BIP), wäre statt eines Aufkommens von etwa 150 Millionen Euro eines von 450 Millionen Euro erzielt worden. Wenn wir einen Blick auf die Vermögensbestände in Österreich werfen, ist zunächst festzustellen, dass die Informationsgrundlagen zur Erfassung der Vermögen insbesondere

seit der Abschaffung der Vermögensteuer sehr dürftig sind. Dennoch wurden in den letzten Jahren verschiedene Schätzungen zum gesamten Vermögensbestand durchgeführt. Die zuletzt vom Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut durchgeführte Schätzung ergibt für das Jahr 2000 ein Nettovermögen (also abzüglich Verpflichtungen) von 994 Milliarden Euro, das ist mehr als das Viereinhalbfache des BIP. Zu ganz ähnlichen Werten gelangt auch der Bericht über die soziale Lage 2003/2004 (siehe Tabelle: »Geschätztes Reinvermögen in Österreich«).

## Verteilung des Gesamtvermögens

Betrachtet man die Verteilung des Gesamtvermögens, dann wird eine enorme verteilungspolitische Schieflage deutlich: Das oberste ein Prozent der Gesamtbevölkerung hält 34 Prozent des Vermögens. Das ist mehr als die unteren 90 Prozent, die etwa 32 Prozent des Vermögens halten.<sup>1)</sup> Die Oesterreichische Nationalbank hat in stichprobenartigen Erhebungen ein Geldvermögen von rund 330 Milliarden Euro für das Jahr 2004 festgestellt, wobei die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung fast 60 Prozent dieses Geldvermögens halten.

Ein wesentliches Ziel der Besteuerung von Vermögen besteht daher darin, diese Schieflage zumindest teilweise zu korrigieren. Angesichts der bisherigen Befunde – hohe, sehr ungleich verteilte Vermögen bei sehr geringer Besteuerung der Vermögen – stellt sich daher wohl nicht die Frage nach der Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, sondern die nach ihrer Reform.

<sup>1)</sup> Die Zahlen über die Vermögensverteilung sind vor allem wegen der mangelhaften Datenlage mit entsprechender Vorsicht zu interpretieren.

## INFORMATION

### Anlassfall für die Prüfung durch den Verfassungsgerichtshof

**Anlassfall war die** Beschwerde einer Witwe, die auf ihren Pflichtteil verzichtete und statt dessen eine Barzahlung in der Höhe von rund 800.000 Euro erhielt. Dafür musste sie Erbschaftssteuer von mehr als 87.000 Euro an den Fiskus zahlen. Das gesamte übertragene Liegenschaftsvermögen an die Erben wies einen dreifachen Einheitswert (= Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Steuer) von 6322 Euro aus. Dem steht ein tatsächlicher Wert (= Verkehrswert) von über 3.500.000 Euro gegenüber: Der Verkehrswert beträgt somit das 558-fache des dreifachen Einheitswerts.

Die Steuer hängt somit nicht nur vom Verwandtschaftsgrad und der Höhe der Erbschaft, sondern sehr stark auch davon ab, was man erbt oder wie man sich's richten kann:

■ Reiche und Superreiche bezahlen fast keine Steuer, weil sie ihr Vermögen mit einer Bagatellbesteuerung in eine Stiftung einbringen können.

■ Wertpapiere und Aktien sind praktisch zur Gänze steuerfrei. Diese Steuerbefreiungen sind durch das Endbesteuerungsgesetz verfassungsrechtlich abgesichert.

■ Wer Pech hat – wie die Witwe im vorliegenden Fall – und Bargeld erbt, zahlt dafür »Länge mal Breite«.

Es herrscht somit eine »Besteuerungswillkür«. Kurz vor Jahresende 2006 hat daher auch der Verfassungsgerichtshof Bedenken gegen die derzeit bestehende Ausgestaltung der Erbschaftssteuer geäußert und das Prüfverfahren auf die Erbschaftssteuer als solche ausgeweitet. Die zu erwartende negative Beurteilung des bestehenden einheitswertbasierten Bewertungsverfahrens sowie die zu erwartende Aufhebung der Erbschaftssteuer – nicht jedoch auch der Schenkungssteuer – wird in naher Zukunft gesetzgeberischen Handlungsbedarf auslösen.

## Geschätztes Reinvermögen in Österreich im Jahr 2000\*) in Millionen Euro

Grundvermögen	334.626
Betriebsvermögen	232.132
Geldvermögen	263.064
Land- u. forstwirtsch. Vermögen	32.441
Sonstiges Vermögen	12.165
Gesamtes Vermögen (Reinvermögen)	993.607

\*) Reinvermögen = Gesamtvermögen minus Gesamtverpflichtungen

Quelle: Österreichisches Wirtschaftsforschungsinstitut



## Gründe für die Beibehaltung der Erbschafts- und Schenkungssteuer

Die Verhinderung allzu großer Vermögenskonzentration und die damit einhergehende Schaffung von mehr Chancengleichheit ist nur ein Grund für die Beibehaltung der Erbschaftssteuer. Es gibt noch weitere:

■ Die Erbschafts- und Schenkungssteuer hat eine wichtige Funktion zur Sicherung der Einkommensteuer und stellt gewissermaßen auch eine Ergänzung dar: Erbschaften erhöhen die Leistungsfähigkeit. Die Schenkungssteuer ist eine wichtige Begrenzung gegen Übertragungen von Betriebsanteilen innerhalb von Familien, die dazu dienen, durch ein »Familienplitting« die Progression in der Einkommensteuer abzumildern.

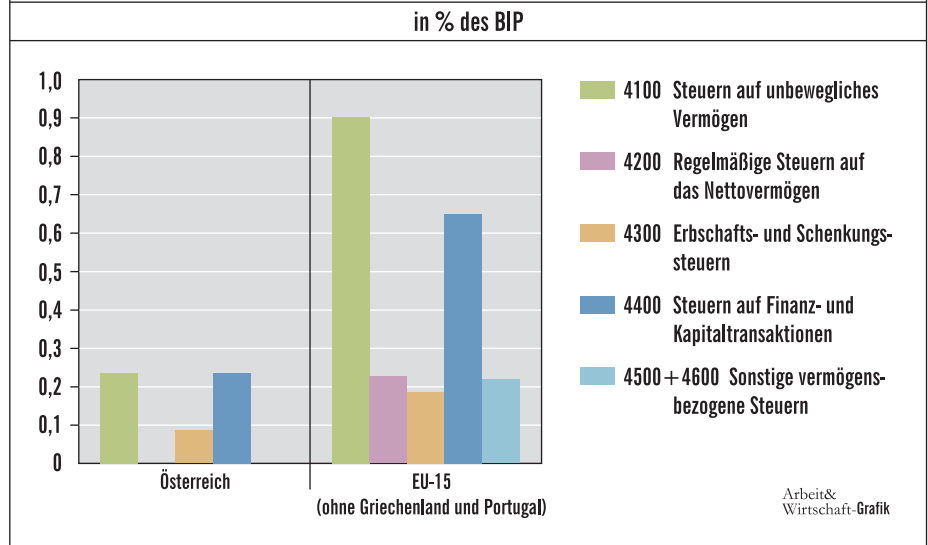
■ Eine ausgewogene Steuerstruktur braucht auch vermögensbezogene Steuern. Sie schaffen Spielraum für eine Senkung anderer Steuern, etwa der hohen Besteuerung des Faktors Arbeit. Im Vergleich zum Durchschnitt der EU-15 ist in Österreich der Faktor Arbeit merklich höher belastet als das Kapital.

■ Ein Steuersystem ist nur gerecht, wenn das gesamte Einkommen eines Steuerpflichtigen in die Besteuerung einbezogen wird und nicht einzelne Einkommensanteile ausgeklammert werden. Nur ein umfassender Einkommensbegriff vermeidet daher eine Ungleichbehandlung.

■ Schließlich stellt sie für die Finanzämter eine wichtige Kontrollmöglichkeit für den Bereich der Ertragsteuern (Einkommen-, Körperschaftsteuer) dar, weil etwa beim Wegfall der Schenkungssteuer behauptet werden könnte, dass (z. B. im Fall einer Betriebsprüfung aufgetauchtes) Schwarzgeld aus Zuwendungen Dritter stammt. Seit dem Wegfall der Vermögensteuer sind die Kontrollmöglichkeiten ohnehin stark eingeschränkt. Die Beibehaltung ist daher auch für die Aufrechterhaltung der Steuermoral von großer Bedeutung.

Die Kernfrage ist daher, in welche Richtung künftige Reformen gehen sollen. Einerseits bedarf es einer Reform der Bewertung des Grundvermögens, um die derzeit niedrigen Einheitswerte an die Verkehrswerte heranzuführen und andererseits ist die Frage zu stellen, wie die

## Vermögensbezogene Steuern in Österreich und der EU, 2004



bestehende »Besteuerungswillkür«, die die derzeitige Erbschafts- und Schenkungssteuer in Österreich kennzeichnet, überwunden werden kann.

### Erbschafts- und Schenkungssteuer neu

Die notwendige Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer sollte zum Anlass genommen werden, die Bewertungsverfahren von bebauten und unbebauten Grundstücken so zu reformieren, dass ein deutlich höherer Teil – etwa 80 Prozent – des Verkehrswertes erfasst wird als derzeit. Die niedrigen **Einheitswerte** entsprechen nicht den tatsächlichen Werten und verzerren derzeit das tatsächliche Vermögen. Im Gegenzug sollen die Freibeträge für Privathaushalte – insbesondere für die Vermögensübertragung im Familienverband – deutlich erhöht werden. Denn es geht nicht primär darum, die Erben der »Häuselbauergeneration« zu besteuern, sondern die tatsächlich Vermögenden. Für Betriebsübergänge dürften die derzeitigen Freibeträge ausreichend hoch sein.

Zu überdenken sind auch die vielen **Steuerklassen** (derzeit fünf in Abhängigkeit vom Verwandtschaftsgrad) und Steuersätze, die von zwei Prozent für Erbvermögen bis 7300 Euro bis zu 60 Prozent für Erbvermögen über 4,4 Millionen Euro eines nicht Verwandten reichen. Erben im Familienverband soll weiterhin be-

günstig und die Steuer progressiv bleiben, d. h. also mit steigendem Vermögen zunehmen.

Zu überdenken ist wohl auch, ob bisher **steuerfreie Finanzvermögen** weiterhin steuerfrei bleiben sollen. Aus der Sicht des Gleichbehandlungs- und Leistungsprinzips ist diese Ungleichbehandlung inakzeptabel. Der verfassungsrechtliche Schutz wird allerdings angesichts der herrschenden Machtverhältnisse nur schwer zu kippen sein. Die Steuerprivilegien für die hohen Vermögen, die in den **Privatstiftungen** extrem steuerschonend »geparkt« werden – immerhin rund 60 Milliarden Euro – sollen einem deutschen Vorschlag folgend regelmäßig (alle dreißig Jahre) über eine Erbsatzsteuer der Erbschaftssteuer unterworfen werden.

## RESÜMEE

Ziel einer **reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer** muss es sein, dass nur jenen etwas höhere Beiträge abverlangt werden, die es sich leisten können und die bisher steuerlich begünstigt waren. Mit der Anhebung der Steuer auf das Niveau der EU-15 ließen sich Mehreinnahmen von etwa 300 Millionen Euro erschließen. Damit würde ein kleiner, aber wichtiger Schritt zu einem gerechteren Steuersystem gemacht.

# Die Grundsicherung der Armutskonferenz

*In der Jänner-Ausgabe haben wir einen Einstieg zur aktuellen Diskussion zum Thema Grundsicherung geliefert. Mit dem Beitrag »Geld ohne Arbeit« wurden die Notwendigkeit von Armutsbekämpfung angesprochen wie grundsätzlichere Fragen der Existenzsicherung bzw. unterschiedlicher Formen von Arbeit. Jetzt wollen wir den Diskurs vertiefen und haben die Armutskonferenz gebeten, ihr Modell genauer vorzustellen.*

**Arbeit&Wirtschaft: Die Armutskonferenz schlägt seit vielen Jahren ein Modell der Grundsicherung vor. Was sind die wichtigsten Eckpunkte eures aktuellen Modells?**

**Martin Schenk:** Die Armutskonferenz schlägt ein Mindestsicherungs-ABC vor. Ein solches Mindestsicherungs-ABC umfasst die materielle Mindestsicherung (A), soziale Dienstleistungen (B) und aktive Arbeitsmarktpolitik (C).

Materielle Existenzsicherung (A) gilt es in der Pension, in Phasen der Erwerbslosigkeit, bei der Notstandshilfe, in der Sozialhilfe und im Krankenversicherungsschutz zu etablieren. Es braucht dafür einen individuellen Zugang für alle Männer und Frauen, die in Österreich aufhältig sind, einen Rechtsanspruch auf diese Leistungen, umfassenden Versicherungsschutz und ein System der Bedarfsprüfung, das nicht zur langfristigen Verfestigung der Armut führt.

Soziale Dienstleistungen (B) stellen einen bisher unterschätzten Beitrag zu Armutsbekämpfung und -vermeidung dar und sind im österreichischen Sozialsystem unterrepräsentiert. Der Zugang zu Gesundheitsdiensten, Beratungsstellen, öffentlichen Verkehrsmitteln, Bildungsmaßnahmen muss unabhängig von

Herkunft und Einkommen gesichert sein.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (C) müssen – um armutsbekämpfend zu wirken – auf Freiwilligkeit basieren, existenzsichernde Löhne garantieren und der betroffenen Zielgruppe langfristige Perspektiven eröffnen.

Besonders die Bedeutung sozialer Dienstleistungen für die Armutsbekämpfung wurde bisher unterschätzt. Das Instrument einer materiellen Mindestsicherung (A) ist nur dann wirkungsvoll, wenn es mit – für alle in gleicher Qualität zugänglichen – sozialen Dienstleistungen (B) wie Kinderbetreuung, öffentlicher Verkehr, einem durchlässigen Bildungssystem oder sozialem Wohnbau verknüpft ist.

Einer Alleinerzieherin nützt eine Grundsicherung von 700 Euro gar nichts, wenn gleichzeitig die Miete auf 600 Euro ansteigt, es keine Kinderbetreuung gibt, beim Arzt stets gezahlt werden muss, Gebühren steigen, die U-Bahn keinen Sozialtarif kennt, die Schule keine kostenlose Nachmittagsförderung für ihr Kind anbietet, die Pensionsversicherung privat gezahlt werden soll.

**Sicher habt ihr auch über ein »bedingungsloses Grundeinkommen« disku-**

**tiert. Was begründet eure Entscheidung für eine Grundsicherung?**

Wir wollen, dass sich die Lebenssituation Armutsbetroffener verbessert. Und das nicht irgendwann. Sondern jetzt. Grundsicherungsmodelle sind, weil reformistischer, wahrscheinlich schneller und leichter umsetzbar, auch in der Finanzierung. Ob man nun für ein Grundeinkommen oder eine Grundsicherung eintritt, was uns in der Armutskonferenz eint, ist: Wenn Maßnahmen armutsbekämpfend wirken, unterstützen wir sie.

**Bei allen Modellen tauchen immer zwei Fragen auf. Erstens: Wie soll euer Modell finanziert werden?**

Erstens ist im Budget selbst Geld da. Zweitens ist Konjunktur und Produktivität gut. Drittens werden in Österreich Vermögen kaum besteuert, im Gegensatz zu fast allen Ländern in der EU. Der Anteil vermögensbezogener Steuern liegt im EU-Durchschnitt bei 2,2%, in Österreich bei 0,6%. Ein bis zwei Milliarden Euro Spielraum gibt es in jedem Fall – wenn der politische Wille da ist.

**Die zweite wichtige Frage ist jene nach Menschen mit geringem Einkommen,**



## DIE ARMUTSKONFERENZ.

*zum Beispiel bei Teilzeitbeschäftigung, Werkverträgen oder geringfügiger Beschäftigung. Wie sind hier Überschneidungen zur Grundsicherung zu lösen?*

Eine Möglichkeit wäre, Steuergutschriften für Working Poor zu etablieren, kombiniert mit einem Mindestlohn. Mit steigendem Haushaltseinkommen sinkt der Steuerbonus. Das würde sowohl die Beschäftigung für Armutsbetroffene fördern als auch für erwerbstätige Personen mit Haushaltseinkommen unter der Armutsgrenze höhere Einkommen bringen. Solche »working credit taxes« gibt es zum Beispiel in England mit stark armutsbekämpfender Wirkung. Armutsvermeidung aber ist, uns für Jobs einzusetzen, deren Einkommen ein Auskommen sichern.

*Ein Thema, das vorwiegend von NGOs gepusht wurde, hat über Nacht durch die Regierungsverhandlungen politische Brisanz erhalten. Wie beurteilt ihr die Aussagen im Regierungsabkommen?*

Das im Regierungsprogramm vorliegende Konzept ist keine Grundsicherung, sondern eine Sozialhilfereform, deren

Eckpunkte noch sehr unklar sind. Die Erhöhung der Richtsätze auf 726 Euro brutto bei Einrechnung von bisher extra gewährten Heiz- und Wohnkostenzuschüssen führt nicht unbedingt zu Verbesserungen. Ist die »Sozialhilfe neu« also nur die »Sozialhilfe alt«? Wir wissen es noch nicht. Es darf jedenfalls nicht bei den beschämenden Bedarfsprüfungen bleiben, bei der mangelnden Rechtssicherheit, bei der Armutsfalle »Regress« und der schlechten Verfahrensqualität im unteren sozialen Netz. Wenn es keine flexiblen Schonvermögen gibt, werden neue Armutsfallen geschaffen. Wer Hilfesuchenden die letzten Ressourcen nimmt, verfestigt Armut, statt sie zu bekämpfen. Und was passiert, wenn die Zumutbarkeitsbestimmungen aus dem Arbeitslosengeld in die Sozialhilfe wandern? All das sind die entscheidenden Details, wo Armutsbekämpfung endet und Hartz IV beginnt.

Die deutschen Hartz-Reformen haben Sozialhilfe und Arbeitslosengeld zusammengelegt und dabei die Arbeitslosenversicherung massiv geschwächt. Das ist die falsche Richtung zur Armutsbekämpfung. Das Almosensystem der Sozialhilfe gehört in ein stärker grundrechtsorientiertes Netz eingebunden und nicht umgekehrt.

Bei Hartz können die Betroffenen auch in nicht sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse gezwungen werden. Großer Aufwand, mageres Ergebnis. Die Ein-Jahres-Bilanz ergab: 85% finden damit keinen Job. Weiters kam es zu 700.000 Umzugsaufforderungen in billige Wohnungen für Hartz-Bezieher. Ist eine sehr sinnige Maßnahme, durch die sozial durchmischte Bezirke in soziale Ghettos verwandelt werden. All das sind Ausflüsse der restriktiven Vermögensanrechnungen.

Damit das in Österreich kein »Mini-Hartz« wird, darf die Mindestsicherung nicht ausschließlich auf die Sozialhilfe gepackt werden. Die Sozialhilfe kann in Zukunft nicht der Staubsauger für alle strukturellen Probleme sein, die in der Mitte der Gesellschaft angelegt sind: Arbeitslosigkeit, Pflegenotstand, prekäre Jobs, mangelnde soziale Aufstiegschancen im Bildungssystem. Besser ist es präventiv zu verhindern, dass Leute in die Sozialhilfe fallen. Die Sozialhilfe wurde eigentlich nur als Instrument zur Überbrückung außergewöhnlicher Notlagen konstruiert. Von daher ist sie gar nicht geeignet, regelmäßig wiederkehrende und massenhaft auftretende soziale Risikolagen wie Arbeitslosigkeit, prekäre Jobs oder Pflege aufzufangen. Die Sozialhilfe und die Gemeinden sind damit völlig überfordert.

**Sieht die Armutskonferenz in der Schaffung einer Grundsicherung den »Schlüssel« zur Lösung der sozialen Frage – oder braucht es noch weitere dringende Maßnahmen?**

Existenzsicherung nach unten ist ein wichtiger Baustein der Armutsbekämpfung. Aber eben nur einer. Die Armutsforschung hat für die reichen Länder sieben Wege der Armutsbekämpfung empirisch aufgezeigt:

- 1.** Die Höhe und Verteilungswirkung der Sozialschutzausgaben.
- 2.** Ein Bildungssystem, das soziale Aufstiegschancen unabhängig von sozialer Herkunft gewährleistet.
- 3.** Einführung eines progressiven Steuersystems.
- 4.** Die Anzahl einkommens- und existenzsichernder Jobs.
- 5.** Die Höhe der Frauenerwerbsquote und Vereinbarkeit für Eltern von Beruf und Familie.

**6.** Die Möglichkeiten der Weiterqualifizierung auf dem Arbeitsmarkt für benachteiligte Personengruppen.

**7.** Die Höhe der Mindestsicherungselemente im Sozialsystem.

Genau jene Länder, die in den sieben Punkten die besten Ergebnisse erzielen, haben die geringsten Armutsraten in Europa: Dänemark, Finnland, Schweden, Niederlande – dahinter auch Österreich.

Für die Reduzierung der Armut braucht es einen ganzheitlichen und integrierten Ansatz, die Fähigkeit in Zusammenhängen zu denken.

So vermeiden zum Beispiel die höchsten Familiengelder allein Armut nicht, sonst müsste Österreich die geringste Kinderarmut haben.

Die hat aber Dänemark, mit einer besseren sozialen Durchlässigkeit des Bildungssystems, einem bunteren Netz von Kinderbetreuung wie auch vorschulischer Förderung und höheren Erwerbsmöglichkeiten von Frauen. »Arbeit schaffen« allein vermeidet Armut offensichtlich nicht, sonst dürfte es keine Working Poor

in Österreich geben. Eine Familie muss von ihrer Arbeit auch leben können. Anti-Raucherkampagnen allein vermeiden das hohe Erkrankungsrisiko Ärmere offensichtlich nicht, sonst würden arme Raucher nicht früher sterben als reiche Raucher.

Es geht um eine doppelte Perspektive: Grundsicherung nach unten, damit niemand im dunklen Keller verschwindet.

Und Integration nach oben, damit niemand im untersten Stockwerk eingeschlossen bleibt.

Unser Haus braucht Fangnetze vor dem dunklen Keller – als Antwort auf Armut.

Das ist Armutsbekämpfung.

Das ist Existenzsicherung.

Und es braucht offene Stiegenhäuser und funktionierende Aufzüge – als Antwort auf soziale Ausgrenzung.

Das ist Armutsvermeidung.

Das ist soziale Integration.

**Herzlichen Dank für das Gespräch!**

(Das Interview mit Martin Schenk führte Andreas Gjecaj.)



# Statistiken sind Argumente

**Datenquellen:** Statistik Austria/EUROSTAT, laufender Monat;  
**Anmerkung:** Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungspolitik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.  
 ... = Bei Redaktionsschluss keine Werte bzw. für Luxemburg zum Teil nur mehr HVPI-Werte verfügbar.  
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für Interessenvertreter und jeden politisch Interessierten.

	Veränderungen in Prozenten gegenüber dem Vorjahresmonat											
	Nationale VPI						Harmonisierte VPI					
	Dez. 06	Jan. 06	Jan. 07	Feb. 07	Dez. 06	Jan. 06	Jan. 07	Feb. 07	Dez. 06	Jan. 06	Jan. 07	Feb. 07
Belgien	1,6	1,7	1,7	1,8	2,1	1,7	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8	1,8
Deutschland	...	1,6	1,6	1,6	1,4	1,8	1,8	1,8	1,9	1,8	1,8	1,9
Finnland	2,2	2,3	2,3	2,2	1,2	1,3	1,3	1,3	1,2	1,3	1,3	1,2
Frankreich	1,5	1,2	1,2	...	1,7	1,4	1,4	1,4	1,2	1,4	1,4	1,2
Griechenland	2,9	2,7	2,7	2,7	3,2	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Irland	...	5,2	5,2	...	...	2,9	2,9	2,9	...	...	...	...
Italien	1,9	1,7	1,7	1,8	2,1	1,9	1,9	1,9	2,1	1,9	1,9	2,1
Luxemburg	2,3	2,3	2,3	2,0	2,3	2,3	2,3	2,3	1,8	2,3	2,3	1,8
Niederlande	1,1	1,4	1,4	1,5	1,7	1,0	1,0	1,0	1,4	1,0	1,0	1,4
Österreich	1,5	1,6	1,6	1,7	1,6	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8
Portugal	3,1	3,1	3,1	...	2,5	2,6	2,6	2,6	2,3	2,6	2,6	2,3
Slowenien	2,8	2,7	2,7	2,1	...	2,8	2,8	2,8	2,3	2,8	2,8	2,3
Spanien	2,7	2,4	2,4	2,4	2,7	2,4	2,4	2,4	2,5	2,4	2,4	2,5
VPI-EWU	...	...	...	...	1,9	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8
Bulgarien	...	6,9	6,9	4,6	...	6,9	6,9	6,9	4,6	6,9	6,9	4,6
Dänemark	1,8	1,8	1,8	1,9	1,7	1,8	1,8	1,8	1,9	1,8	1,8	1,9
Estland	5,1	5,1	5,1	4,7	5,1	5,0	5,0	5,0	4,6	5,0	5,0	4,6
Lettland	6,8	7,1	7,1	7,3	6,8	7,1	7,1	7,1	7,2	7,1	7,1	7,2
Litauen	4,5	4,0	4,0	4,3	4,5	4,0	4,0	4,0	4,4	4,0	4,0	4,4
Malta	...	2,7	2,7	...	0,8	...	...	...	...	...	...	...
Polen	1,4	1,7	1,7	...	1,4	1,7	1,7	1,7	1,9	1,7	1,7	1,9
Rumänien	...	4,1	4,1	3,9	...	4,1	4,1	4,1	3,9	4,1	4,1	3,9
Schweden	1,6	1,9	1,9	2,0	1,4	1,6	1,6	1,6	1,7	1,6	1,6	1,7
Slowak. Rep.	4,2	3,0	3,0	2,7	3,7	2,2	2,2	2,2	2,0	2,2	2,2	2,0
Tschech. Rep.	1,7	1,3	1,3	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,7	1,4	1,4	1,7
Ungarn	6,5	7,8	7,8	8,8	6,6	8,4	8,4	8,4	9,0	8,4	8,4	9,0
UK	3,0	2,7	2,7	...	3,0	2,7	2,7	2,7	...	2,7	2,7	...
Zypern	1,6	1,6	1,6	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,2	1,4	1,4	1,2
<b>EU 25</b>	...	...	...	...	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
Island	7,0	6,9	6,9	7,4	5,9	6,3	6,3	6,3	6,7	6,3	6,3	6,7
Norwegen	2,2	1,2	1,2	1,1	2,2	1,2	1,2	1,2	0,8	1,2	1,2	0,8
<b>VPI-EWR</b>	...	...	...	...	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
Schweiz	0,6	0,1	0,1	0,0	...	...	...	...	...	...	...	...
USA	...	2,1	2,1	...	...	...	...	...	...	...	...	...

\*) nicht in der unselbständigen Beschäftigung enthalten

	Der Arbeitsmarkt im Jänner/Februar 2007					
	Stand Jan. 07	Veränderung zum Vormonat	Vorjahresmonat	Stand Feb. 07	Veränderung zum Vormonat	Vorjahresmonat
	<b>Unselbständige Beschäftigung</b>	<b>3.245.431</b>	<b>-12.779</b>	<b>68.425</b>	<b>3.265.066</b>	<b>19.635</b>
ohne KUG/Präsenzdiener	3.127.772	-13.267	69.742	3.147.724	19.952	78.788
Arbeiter	1.248.813	-10.343	32.486	1.262.468	13.655	39.595
Angestellte u. Beamte	1.996.618	-2.436	35.939	2.002.598	5.980	37.911
Männer	1.718.399	-12.697	44.391	1.732.976	14.577	51.892
Frauen	1.527.032	-82	24.034	1.532.090	5.058	25.614
Ausländer	389.286	1.989	23.380	396.678	7.392	25.611
Inländer	2.856.145	-14.768	45.045	2.868.388	12.243	51.895
<b>Vorgemerkte Arbeitslose</b>	<b>295.250</b>	<b>16.141</b>	<b>276.652</b>	<b>276.652</b>	<b>-18.598</b>	<b>-35.042</b>
Männer	189.776	16.154	175.697	175.697	-14.079	-28.774
Frauen	105.474	-13	-6.038	100.955	-4.519	-6.268
Ausländer	54.692	2.067	-6.318	50.951	-3.741	-7.027
Inländer	240.558	14.074	225.701	225.701	-14.857	-28.015
Jugendliche (bis unter 19)	10.042	-150	-789	9.242	-800	-454
Jugendliche (19 bis unter 25)	34.913	1.564	-4.196	31.931	-2.982	-4.069
Ältere (50 bis unter 55)	29.265	2.084	-2.284	27.986	-1.279	-2.792
Ältere (55 bis unter 60)	21.425	1.691	-1.527	20.822	-603	-1.982
Ältere (über 60)	4.433	229	-392	4.317	-116	-430
<b>Arbeitslosenquote</b>	<b>8,3</b>	<b>0,4</b>	<b>-1,0</b>	<b>7,8</b>	<b>-0,1</b>	<b>-1,5</b>
Offene Stellen	30.465	-1.406	6.632	34.056	3.591	7.934
Lehrstellensuchende	4.920	-228	-323	4.940	20	-275
Offene Lehrstellen	2.929	183	-168	3.098	169	-280
Geringfügige Beschäftigung *)	240.244	-1.320	6.302	241.713	1.469	6.769
Männer	72.859	-48	2.271	73.647	788	2.465
Frauen	167.385	-1.272	4.031	168.066	681	4.304
Arbeiter	133.254	-220	2.188	135.257	2.003	2.560
Angestellte	106.990	-1.100	4.114	106.456	-534	4.209

# Das bedingungslose Grundeinkommen

*2009 soll die »bedarfsorientierte Mindestsicherung« in Österreich umgesetzt werden. Die BefürworterInnen eines »bedingungslosen Grundeinkommens« fordern eine viel tiefer gehende Reform. Denn nicht nur die Erwerbsarbeit, auch unbezahlte Tätigkeiten für die Gesellschaft erhöhen die gesamte Wertschöpfung.*

Autorin: Gabriele Müller

*Dolmetscherin und freie Mitarbeiterin in Wien*

**N**irgendwo gibt es so viele Menschen, die nicht arbeiten, als dort, wo gearbeitet wird«, schreibt der Schriftsteller Franzobel. Die Hälfte der erledigten Erwerbsarbeit habe nach der klassischen volkswirtschaftlichen Auffassung schon jetzt keinen Sinn, führt das 2001 in der Schweiz gegründete »Basic Income Earth Network« ins Treffen.

Nicht nachvollziehbar sind auch die eklatanten Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern, einzelnen Berufsgruppen und Tätigkeitsbereichen.

## Vision

»Dass in einer reichen Gesellschaft wie der österreichischen immer mehr Menschen über kein existenzsicherndes Einkommen verfügen, ist ein Skandal«, heißt es im Positionspapier »Grundeinkommen 2006« vom »Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt«, das im Oktober 2002 in Wien auf Initiative der Katholischen Sozialakademie (KSOe) gegründet wurde.

Der Initiative geht es »um die Vision einer Gesellschaft mit bedingungslosem

Grundeinkommen für alle, um in Freiheit tätig zu sein«. Das hieße: Nicht jeden Job annehmen zu müssen, weil alle Lohnabhängigen eine gestärkte Verhandlungsposition hätten. Es hieße davon auszugehen, dass der Mensch fähig ist, mit zusätzlichen Freiheitsgraden umzugehen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen hieße auch, dass nicht »der Markt« darüber entscheidet, welche Art von Arbeit gesellschaftlich wertvoll ist und welche nicht. Denn nicht nur die Erwerbsarbeit, auch die unbezahlte Tätigkeit für die Gemeinschaft und sogar die (wohlverstandene) Sorge um sich selbst, tragen zur gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung bei.

## Luxus Nachdenken

Eine interessante Frage, die sich bei Diskussionen um ein bedingungsloses Grundeinkommen immer wieder stellt ist: »Und wer macht dann die Drecksarbeit?« Würde eine Gesellschaft mit geringerer sozialen Schere funktionieren? Ist der Mensch nicht an sich faul und träge, kurz: Ein Schmarotzer?

Die VerfechterInnen eines Grundeinkommens ohne Bedarfsprüfung bei Beibehaltung und Förderung sozialer Einrichtungen (wie Bildung, Weiterbildung, Wohnen oder öffentlicher Verkehr), sind nicht so naiv zu glauben, mit einer bedingungslosen Existenzsicherung das Paradies auf Erden umsetzen

zu können. Aber, so schreibt Volker Köhnen, Politikwissenschaftler und systemischer Psychologe, in seinem Beitrag »Wie, wo und wann wollen wir arbeiten? Grundeinkommen und Unternehmen«: »Es ist für eine demokratisch-aufgeklärte Gesellschaft eine vornehme Aufgabe, darüber zu reflektieren und dabei das Maß der Freiheit und die Möglichkeit der Selbstentfaltung zum Thema zu machen.«

Volkswirtschaftlich verknappt ein Grundeinkommen das Angebot an willigen Erwerbsarbeitskräften. »Die Vermutung liegt nahe, dass viele Menschen dann nicht mehr erwerbstätig sein wollen«, meint Köhnen. Das hieße, »der Preis für eine Erwerbsarbeitskraft würde steigen, Arbeitsuchende und Beschäftigte würden in eine komfortablere Lage versetzt: die Arbeit zu tun, die sie wünschen und die Machtposition bei Lohnverhandlungen zu stärken. Das würde auch die Machtarchitektur in Unternehmen zumindest rudimentär neu justieren.«

## Mythos: Böser Unternehmer

Über 50 Prozent der österreichischen UnternehmerInnen sind Kleinstunternehmer mit keinem oder bis zu drei zusätzlichen Beschäftigten. »Sie liegen zum einen mit ihrem Einkommen oft nur knapp über der Armutsgrenze und verfügen

nicht über die gleiche soziale Absicherung wie Angestellte«, meint Christine Bauer-Jelinek, Wirtschaftscoach und Leiterin des Instituts für Macht-Kompetenz. Im Unterschied zu TopmanagerInnen oder VorstandsdirektorInnen, die laut Bauer-Jelinek oft fälschlicherweise auch als Unternehmer bezeichnet würden, tragen die Mikro-UnternehmerInnen persönlich das volle unternehmerische Risiko und haften für ihre berufliche Tätigkeit als Privatpersonen.

Bislang wurde die Gruppe der Unternehmer als Bündnispartner für ein bedingungsloses Grundeinkommen weitgehend ausgespart.

Noch weitgehend unerforscht, aber bereits wahrnehmbar ist auch eine neue Spezies: Die der öko-sozialen UnternehmerInnen, die zunehmend an ethischen und sozialpolitischen Fragen interessiert sind. Sie gelten oft als naiv und utopieorientiert. Dem Chef der Drogeriemarkt-

ette DM, Götz Werner, wird man Realitätsferne kaum unterstellen können. Er ist vielmehr der Ansicht, dass es »unfair ist, dem Menschen Faulheit zu unterstellen«.

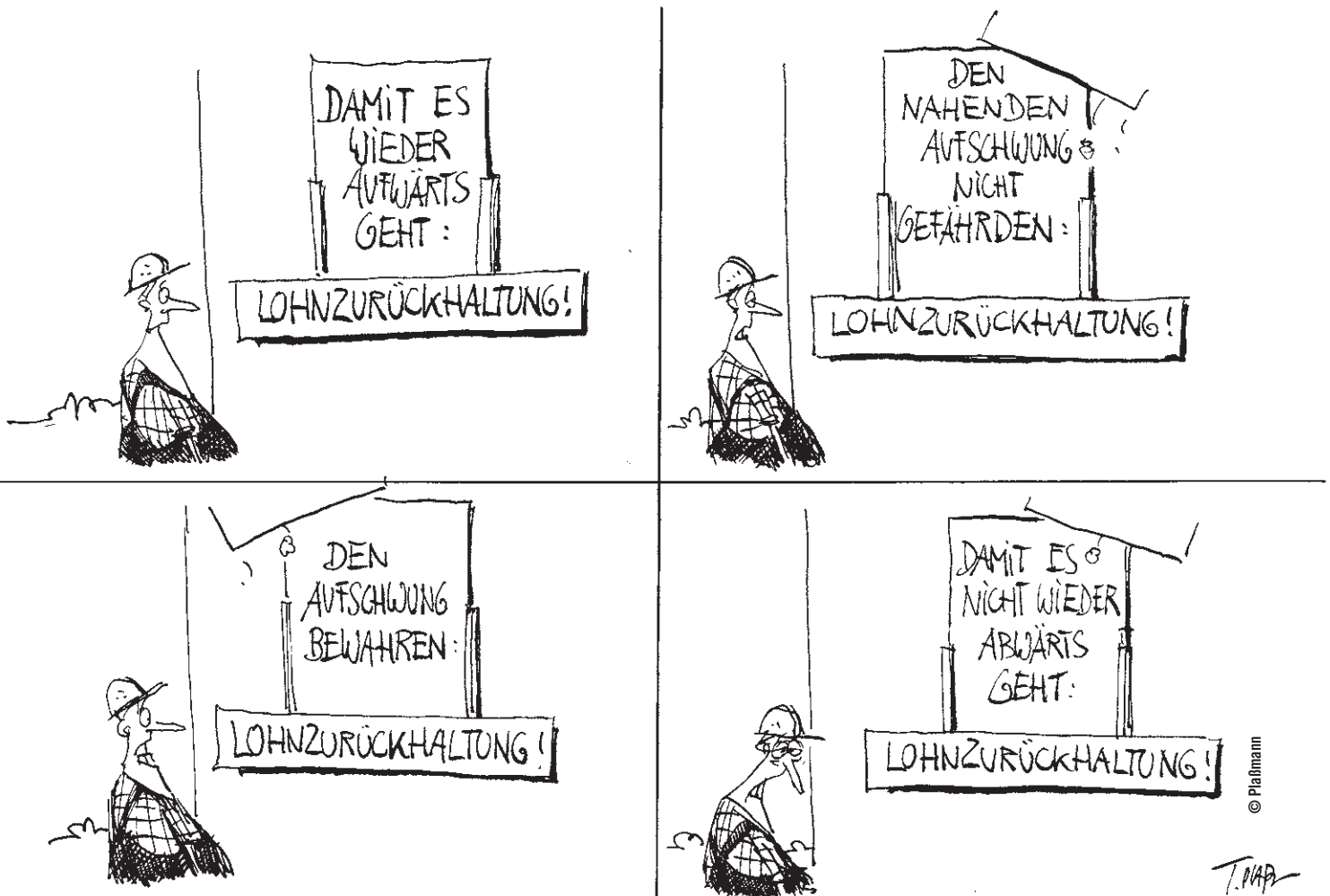
Er befürwortet eine langfristige Umstellung auf ein bedingungsloses Grundeinkommen. Sein Argument: »Die Einkommenssicherung zwingt uns zur Arbeit, aber dieser Zwang ist als Motivation denkbar ungeeignet, er leitet letztlich die Arbeit fehl.«

### Paradoxon

Das Paradoxon, dass Armut und Reichtum gleichzeitig wachsen, sei einfach zu erklären, meint Andreas Gjecaj, Bundessekretär der Fraktion Christlicher Gewerkschafter im ÖGB (siehe A&W Jänner 2007, »Geld ohne Arbeit«, Seite 32-37): Reichtum besteht zum Großteil aus Vermögenseinkommen, das weit

stärker als die volkswirtschaftliche Gesamtleistung steigt. Laut Sozialbericht 2003/2004 sind über eine Million Menschen in Österreich armutsgefährdet. (In Österreich liegt die Grenze zur Armutsgefährdung in einem Zwei-Personen-Haushalt bei 1178 Euro pro Monat.)

Die Forderung nach einem Systemwechsel, um unser soziales Netz »armutsfest« zu machen, kommen von verschiedensten Seiten. Auch die Modelle sind durchaus unterschiedlich und reichen von der bedarfsorientierten Mindestsicherung, die im SP/VP-Regierungsübernehmen im Jänner 2007 festgelegt wurde, der lebenslangen und bedarfsorientierten Grundsicherung der Grünen, über die bedingungslose Grundsicherung des Liberalen Forums bis zum bedingungslosen Grundeinkommen von Armutskonferenz und der Katholischen Sozialakademie.



© Pfaffmann

T. NAPP

WIRTSCHAFTSKREISLAUF

## Etikettenschwindel

Die »bedarfsorientierte Mindestsicherung« der Regierung, die bis 2009 umgesetzt werden soll, sei – so die Experten der Armutskonferenz (siehe [www.armutskonferenz.at](http://www.armutskonferenz.at)) – nichts anderes als »eine Sozialhilfereform, deren Eckpunkte noch sehr unklar sind«. Beibehalten werden soll auch die Bedarfs- und Vermögensprüfung und die Voraussetzung der Arbeitswilligkeit. Langzeitarbeitslose sollen zu Weiterbildung bzw. gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden.

»Die Erhöhung der Richtsätze bei Einrechnung von bisher extra gewährten Heiz- und Wohnkostenzuschüssen führt nicht unbedingt zu Verbesserungen«, gibt die Armutskonferenz zu bedenken. »Wenn es keine flexiblen Schonvermögen gibt, werden neue Armutsfallen geschaffen. Wer Hilfesuchenden die letzten Ressourcen nimmt, verfestigt Armut statt sie zu bekämpfen. Auch das Kärntner Mindestsicherungsgesetz, das im Juli 2007 in Kraft treten soll, sei nur eine Reform des

Sozialhilfegesetzes, das mit 480 Euro pro Person (plus vier Sonderzahlungen zu 50 Prozent pro Jahr) noch besonders knapp bemessen ist, kritisieren ArmutsexpertenInnen. Auch hier ist Bedarfsprüfung vorgesehen. Bei Verstößen gegen »Arbeitswilligkeit« oder bei »mangelnder Sparsamkeit« sind Sanktionen vorgesehen. »Bei einem Betrag von 480 Euro mutet die Prüfung von Sparsamkeit schon komisch an«, kommentierte die Politologin Margit Appel.

Die Grünen schlagen ein Modell vor, bei dem nach Bedarfsprüfung 60 Prozent des Medianeinkommens (2005 rund 834 Euro) an alle, legal in Österreich lebenden Personen ausbezahlt werden sollen. Sie fordern eine Verbesserung der Zumutbarkeitsbestimmungen für Menschen im erwerbsfähigen Alter.

## Bedarfsorientierte Begriffe

Begriffsklärungen sind dringend nötig, denn nicht immer haben die Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle mit dem

Wunsch nach einer gerechteren Umverteilung zu tun. »Wir haben keine andere Wahl«, propagiert etwa Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), der als »Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« gilt.

Sein Argument für ein bedingungsloses Grundeinkommen, das er bei rund 770 Euro im Monat pro Person (inklusive Krankenversicherung) ansetzt: »Es dient dazu, dass der Gutverdienende und Kapitalist in Ruhe seine Arbeit machen kann.« Die Rechnung könnte aufgehen, schließlich wollen die Protagonisten der materiellen Grundversorgung der Gesamtpopulation auch die ersatzlose Streichung aller Sozialleistungen und Versicherungen und Kostenpflicht aller staatlichen Leistungen von Studium bis Straßenbau.

## Besitz Arbeitsplatz

Gäbe es die Transferleistungen des Sozialstaates nicht, wären rund 42 Prozent der österreichischen Bevölkerung ar-





mutsgefährdet, errechnet der Sozialwissenschaftler Emmerich Talos. Viele sind aber von sozialstaatlichen Leistungen ausgeschlossen, weil sie die jeweiligen Anforderungen nicht erfüllen. Und, so Talos: »Das gesellschaftspolitische Potential der bedarfsorientierten Grundsicherung ist begrenzt.« Die wirtschaftliche Abhängigkeit verheirateter oder in Lebensgemeinschaft lebender Frauen etwa ist damit nicht gelöst.

»Der Mainstream der sozialpolitischen Diskussion kreist immer noch um die Erwerbsarbeit«, meint die Politologin Margit Appel, Koordinatorin des österreichischen Netzwerkes Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt. Bedarfsorientierte Modelle übersehen, dass wesentliche soziale Rechte an den Besitz eines Arbeitsplatzes gebunden sind. Nur bestimmte Formen gerade marktfähiger Arbeit führen zu sozialer Sicherheit. Wichtige Arbeiten zum Funktionieren der Gesellschaft, wie Pflege von Angehörigen, Obsorge und Erziehung der Kinder, wird umsonst getätigt. Das Modell der bedarfsorientierten Mindestsicherung wie sie in Österreich zur Diskussion steht, erfordert Bedarfsprüfung, Kontrolle und den Nachweis der Arbeitswilligkeit.

### Paradigmenwechsel

Der Name des im Oktober 2002 in Wien gegründeten Netzwerkes »Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt« ist »ein politisches Manifest«, wie Liselotte Wohlgenannt, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Katholischen Sozialakademie Österreichs, sagt, »denn es geht um mehr als um Armutsbekämpfung. Es geht um den sozialen Zusammenhalt«.

Die gesellschaftsbezogene Erwerbsarbeit, die personenbezogene Eigenarbeit und die gemeinschaftsbezogene Öffentlichkeitsarbeit, so das Credo des Netzwerkes, tragen gemeinsam zur gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung bei. Umso wichtiger ist es daher, allen drei Bereichen die gleiche Anerkennung zukommen zu lassen und die Durchlässigkeit zwischen den Bereichen zu erhöhen.

### Grundsatzdiskussion

»Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ist nicht die Lö-

sung von Prekarisierung, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit. Aber sie ist ein Vehikel, um über den globalen Krisenprozess und mögliche Auswirkungen zu kommunizieren«, heißt es in der Einleitung zum Buch »Grundeinkommen – In Freiheit tätig sein«, in dem die Beiträge zum ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongress im Oktober 2005 in Wien gesammelt sind. Den BefürworterInnen eines bedingungslosem Grundeinkommens – ohne Sozialabbau, Lohn dumping und anderen Deregulierungsmaßnahmen – geht es primär um eine ernsthafte Diskussion aller Gesellschaftsgruppen darüber, wie ein allmählicher Umbau der Erwerbsgesellschaft in Richtung einer Tätigkeitsgesellschaft gestaltet werden könnte, welcher der Realität nicht nur angepasst ist, sondern sie auch verbessert.

»Das Wirtschaftssystem ist auf irrealer, spekulative Geldvermehrung ausgerichtet. In dieser Krise ist eine zentrale Institution des gegenwärtigen Wirtschafts- und Lebensstils betroffen: der Arbeitsmarkt«, meint der Sozialwissenschaftler Erich Kitzmüller. »Wer sich heute bereichert, hat es nicht mehr nötig, mittels politischer und wirtschaftlicher Institutionen auch alle anderen Mitglieder der Gesellschaft teilhaben zu lassen.«

### Geld

Darüber, dass jeder Schritt dringend nötig ist, um die Lage der »Einkommenschwachen« und »Armen« zu verbessern, gibt es natürlich keinen Richtungsstreit unter den mit der Thematik Befassten. Langfristig geht es aber um eine grundsätzliche Umorientierung der Diskussion, die an die Realität der Arbeitswelt angepasst ist, meinen die Vertreter eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle.

Zum Beispiel der Tatsache, dass das Ziel der Vollbeschäftigung in nächster Zeit kaum zu erreichen sein wird. Und der Tatsache, dass die »Entkoppelung von Arbeit und Einkommen bereits jetzt in vielfältiger Form stattfindet«, wie der Soziologe Georg Vobruba meint.

Nicht nur die »Erwerbsarbeit« zieht sich aber als roter Faden durch die Diskussion um die Grundsicherung. Immer wieder ins Treffen geführt wird auch das

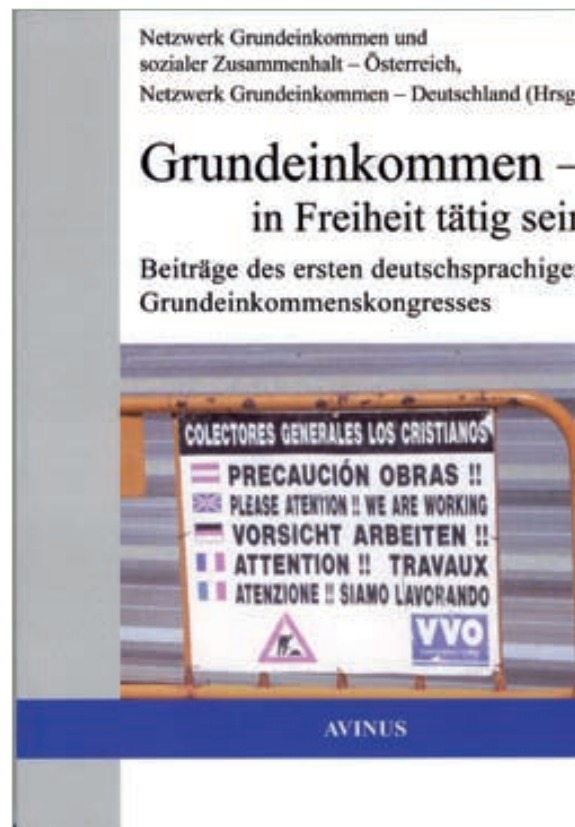
Argument der Unfinanzierbarkeit.

»Finanziert werden könnte das Modell zum Großteil durch Einsparung des Verwaltungsaufwandes und zum Beispiel durch die Besteuerung des Verwaltungsaufwandes und von Finanztransaktionen«, meint die Lehrbeauftragte der Wirtschaftsuniversität Wien, Christine Jelinek-Bauer.

Laut Weltreichumsbericht sind die größeren Vermögen in Österreich in den letzten Jahren im Schnitt um fünf bis acht Prozent gewachsen, während die Arbeits-einkommen sogar gesunken sind. So fordert das globalisierungskritische Netzwerk Attac endlich einen Schritt in Richtung Steuergerechtigkeit und eine Besteuerung der reichsten zehn Prozent in Österreich mit einem Prozent.

»Die Einnahmen in der Höhe von rund sechs Milliarden Euro könnten für eine steuerliche Entlastung der Arbeits-einkommen, eine Bildungsoffensive und eine Grundsicherung verwendet werden, die diesen Namen auch verdient«, meint die Attac-Steuerexpertin Sybille Pirklbauer.

AVINUS-Verlag, Berlin 2006, 294 Seiten, ISBN 3-930064-73-1, € 20,60



Schule:

## Nachteile durch neues Aufnahmeverfahren

**Das Semesterzeugnis soll für die Aufnahme an der Wunschschule ausschlaggebend sein. Wer sich bis zum Schulschluss noch verbessert, schaut durch die Finger.**

**Vor allem für** BewerberInnen an berufsbildenden Schulen kann das neue Aufnahmeverfahren zu Nachteilen führen, befürchtet die Arbeiterkammer. Aber schon der Ansatz ist für die Arbeiterkammer rechtlich fragwürdig, da nach Schulunterrichtsgesetz das Jahresabschlusszeugnis für die Aufnahme in eine weiterführenden Schule ausschlaggebend ist und nicht das Semesterzeugnis. Denn wer erst im Abschlusszeugnis die Aufnahmebedin-

gungen erfüllt, der hat nach dem neuen Verfahren die schlechteren Chancen.

Deshalb wird ein Recht auf einen Schulplatz in einer berufsbildenden Schule gefordert, wenn die Bewerber die Aufnahmebedingungen erfüllen. Allerdings seien dazu mindestens 4000 zusätzliche Schulplätze nötig.

Allein in Wien mussten letzten Herbst laut Stadtschulrat rund 1200 BewerberInnen abgewiesen werden – bei rund

6400 Schulplätzen. »Für Wien konkret müssen mindestens zwei neue berufsbildende Schulen vom Bund finanziert werden, vor allem im Bereich der wirtschaftlichen Berufe sowie regional in den Bezirken nördlich der Donau. Die Planungen dafür gibt es schon, allerdings ist die Umsetzung aufgrund der angespannten Budgetlage bei den Bundes-schulen offen«, kritisiert die Arbeiterkammer. *W. L.*

vida-Vorsitzender Kaske:

## »Eindruck trügt nicht, weniger im Börssel«

**»Während die Managergehälter in den letzten Jahren rasant gestiegen sind, spüren viele Beschäftigte schmerzhaft, dass ihnen Jahr für Jahr weniger im Börssel bleibt«, erklärte Rudolf Kaske, Vorsitzender der Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft vida anlässlich der Veröffentlichung des Rechnungshof-Einkommensberichts.**

**Kaske weiter:** »Die Ergebnisse sind traurig für ein reiches Land wie Österreich: Die Löhne steigen – aber nur scheinbar – die Kaufkraft sinkt und die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen klafft immer weiter auseinander.«

Das Besondere an diesem Bericht: Der Rechnungshof hat in seinem aktuellen Einkommensbericht erstmals die Entwicklung der Einkommen über mehrere Jahre hinweg im Detail beschrieben. »Und da wird es plötzlich offensichtlich: Das mittlere Einkommen der österreichischen ArbeitnehmerInnen ist seit 1998 zwar nominal von 19.430 auf 21.604 Euro brutto jährlich gestiegen. Die Inflation hat aber die Lohnsteigerungen weggefressen.

Und so ist die reale Kaufkraft um zwei Prozent gesunken,« ergänzt der vida Vorsitzende: »Von 2000 bis 2005 hatte jeder dritte Arbeiter Einkommenszuwächse unter der Inflationsrate.«

Rudolf Kaske empört sich, dass auch in diesem Fall jene besonders betroffen sind, deren Einkommen an und für sich schon sehr niedrig sind: »Ich denke an unsere Mitglieder, an ArbeiterInnen und an Frauen. Deren Einkommen liegt noch häufiger unter der Inflationsrate als das ihrer männlichen Kollegen.« Frauen verdienen in allen Beschäftigungsgruppen weniger als Männer und erreichen im Durchschnitt nur 60 Prozent des mittleren Männereinkommens – das ist eine mittlerweile alt bekannte Tatsache. Der Rechnungshof hat nun herausgefunden, dass sich diese Quote seit 1998 sogar leicht verschlechtert hat. Während Männer im Mittel 26.630 Euro Jahresbrutto verdienen, sind es bei Frauen nur 15.877. Der vida-Vorsitzende. »Und das ist nicht ausschließlich auf die reine Teilzeitarbeit von Frauen zurückzuführen. Auch wenn nur Vollzeitbeschäftigte verglichen werden, beträgt das Medianeinkommen der

Frauen nur 78 Prozent des mittleren Männereinkommens.«

### Werden Sie Mitglied!

Kaske abschließend: »Für uns in der Lebensgewerkschaft vida ist das ein deutliches Signal, dass wir in Zukunft auch in Niedriglohnbereichen wie z. B. Tourismus oder FriseurInnen Kollektivverträge noch energischer verhandeln müssen. Um allerdings noch etwas bewirken zu können, brauchen wir in diesen oft durch kleine und mittelständige Unternehmen gekennzeichneten Branchen möglichst viele Mitglieder. Wir laden daher alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, nicht zu jammern, sondern etwas zu tun, damit sie mit dem Einkommen wieder auskommen – werden Sie Mitglied! Gemeinsam können wir viel bewegen!« *(kk)*

**Wir bewegen Menschen.  
Menschen bewegen uns.**

# Allianz für den freien Sonntag

## Sonntags-Liberalisierer spielen auf Dominoeffekt

Die »Allianz für den freien Sonntag« kritisiert neue Anti-Sonntags-Plattform. Lebensqualität und Zeitwohlstand werden durch generelle Ladenöffnung gefährdet.

»Die neue Anti-Sonntags-Plattform spielt auf Dominoeffekt«, kritisiert Generaldirektor Friedrich Macher, Sprecher der Allianz für den freien Sonntag Österreich, die Forderungen der Plattform »offenhaltenduerfen.at«. »Die Forderung, an verkehrstechnisch relevanten Standorten wie Bahnhöfen, Einkaufszentren und Einkaufsstrassen am Sonntag Geschäfte offen halten zu wollen, zeigt schon, was die neue Plattform wirklich will. Es ist jedem klar, dass damit der Sonntag für alle fällt. Sobald Einkaufszentren am Sonntag arbeiten, arbeitet auch der Rest der Geschäfte.«

»Der Großteil der Bevölkerung sieht im freien Sonntag einen wertvollen Zeitanker, der regelmäßige Erholung und verlässliche freie Zeiten für Familie, Freunde und Gemeinschaftsleben bietet«, erinnert die Allianz für den freien Sonntag. »Der freie Sonntag ermöglicht Zeitwohlstand und Lebensqualität in

hohem Maß für breite Teile der Bevölkerung.«

»Bereits jetzt besteht der Trend, dass unter der Woche ein immer höheres Maß an zeitlicher Flexibilität erforderlich ist – siehe das in Begutachtung befindliche Arbeitszeitgesetz mit 12 Stunden Tages- und 60 Stunden Wochenarbeit. Das widerspricht den Erfordernissen nach einer ausgewogenen work-life-balance«, so der Wirtschaftsexperte Macher.

Über 50 Organisationen wie Alpenverein, Bundesjugendvertretung oder ArbeitnehmerInnen-Vertretungen treten in Österreich für den »freien Sonntag« ein, dazu gehören Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie Kardinal Christoph Schönborn (römisch-katholische Kirche), Generaldirektor Friedrich Macher (Wirtschaftsforum der Führungskräfte), GPA-DJP Vorsitzender Wolfgang Katzián (Gewerkschaft), Heinz Mittermayr (attac), Dr. Kunigunde Fürst (General-

oberin der Franziskanerinnen USA, Deutschland und Österreich) oder Landesrat Josef Ackerl (Kinderfreunde). Sie stehen hinter den Anliegen von Lebensqualität und Zeitwohlstand, die durch den freien Sonntag ermöglicht werden.

### Liberalisierer spielen auf Dominoeffekt«

In vielen Bereichen, wie dem Gesundheitswesen, ist Arbeit am Sonntag natürlich unerlässlich. »Das darf aber nicht selbstverständlich sein. Arbeit am Sonntag muss, genau wie Überstunden, Nachtarbeit oder gefährliche Arbeit, fair geregelt und gerecht bezahlt werden,« meint Erich Foglar, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Metall – Textil – Nahrung.

»Nur dadurch wird anerkannt, dass Sonntagsarbeit in wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens die Ausnahme ist und nicht die Regel.«

»... dass unsre Alten nicht mehr betteln gehen!«

# 100 Jahre gesetzliche Pensionsversicherung in Österreich

*Als die Arbeiterbewegung Ende des 19. Jahrhunderts die oben zitierte Forderung erhob, stand am Ende eines langen Arbeitslebens unausweichlich die Altersarmut.*

*Autorin: Naama Magnus*

*Leiterin des Instituts für Arbeiterbildung*

**M**it dem am 1. Jänner 1907 kundgemachten Pensionsversicherungsgesetz für Angestellte begann die Entwicklung zur gesetzlichen Altersversicherung der Arbeitnehmer. Der Rückblick auf die vergangenen 100 Jahre zeigt die Kämpfe, Erfolge und Rückschläge auf dem Weg zum heutigen Pensionsversicherungssystem, das dem größten Teil der Gesellschaft einen von Existenznöten befreiten Lebensabend sichert.

Die für unsere heutige Erfahrungswelt so selbstverständlich scheinende berufsfreie Zeit im Alter bei finanzieller Absicherung ist eine verhältnismäßig junge Errungenschaft. Jahrhundertlang war ein arbeitsfreies Alter nur wenigen Privilegierten vorbehalten. Bei allen anderen beendete erst der Tod das Arbeitsleben. Die Armut im Alter war viele Jahrhunderte hindurch ein Massenphänomen, das der Prozess der Industrialisierung noch verstärkte. Denn der unbeschränkte Wirtschaftsliberalismus dieser Zeit kann-

te keine Altersversorgung seiner unproduktiv gewordenen Arbeitskräfte, und die geringe Lohnhöhe erlaubte es nicht, sich durch Vermögensbildung selbst vor der Gefahr der altersbedingten Erwerbsunfähigkeit zu schützen.

## Armenhäuser

Daher bedeutete das Alter nach einem arbeitsreichen Leben meist Not, Elend – und Entwürdigung. Die Armenfürsorge der Gemeinden war auf Personen mit Heimatrecht beschränkt, das die im Zuge der Industrialisierung in die Industriezentren gezogenen Arbeiter meist nicht hatten. Arbeitsunfähig und arm gewordene alte Arbeiter, die in ihrer Aufenthaltsgemeinde kein Heimatrecht besaßen, wurden daher häufig abgeschoben. Die auf die Armenpflege der Gemeinden angewiesenen alten Menschen wurden in Armenhäusern notdürftig versorgt. Einmal in der »Versorgung« zu landen, war für Generationen von Lohnabhängigen eine Schreckensvision, vor der sie sich ein Leben lang fürchteten.

In den Achtzigerjahren des 19. Jahrhunderts erzwangen die sozialen Spannungen und der Druck der jungen Arbeiterbewegung eine erste Sozialgesetz-

gebung, die sich aber (mit Ausnahme des Bruderladengesetzes von 1889) ausschließlich auf die verwertbare Arbeitskraft bezog, also nur in Arbeit Stehenden betraf.

Zwischen 1901 und 1903 herrschte unter der Arbeiterschaft eine rege Agitationstätigkeit für die Einführung einer Altersversicherung, die von der Gewerkschaftskommission massiv unterstützt wurde. Unter dem Druck dieser Bewegung kam es im österreichischen Reichsrat zu einer Reihe von Anträgen und Gesetzesentwürfen für eine allgemeine Alters- und Invalidenversicherung. Keiner dieser Entwürfe erlangte aber Gesetzeskraft.

## Vom Kaiser sanktioniert

Nur eine Gruppe von Lohnabhängigen konnte noch vor dem Ersten Weltkrieg eine gesetzliche Alterspension erreichen: die der Angestellten. Bereits 1888 hatte die Sektion der Privatbeamten im **Ersten Allgemeinen Beamtenverein der österreichisch-ungarischen Monarchie** eine erste Petition um Einführung einer Pensionsversicherung für Privatangestellte an das Parlament gerichtet, der unzählige weitere Anträge folgten. Am 21. Mai



<p><b>Abonnementpreis</b> mit Postzuschlag:</p> <p>Pro Quartal . . . . . 3.00 = M. - 45 Pro Jahr . . . . . 6.00 = " 90 Einzelne Nummern 6 kr. = 10 Pf.</p>	<p><b>Erscheint alle 14 Tage.</b></p> <p>Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Zeitungsverläge und Colporteurs, sowie direct von der Administration.</p>	<p><b>Redaktion</b> und <b>Administration:</b> Wien, VI. Dampfschiffstraße 4</p>
--	---	--

### Christlichsoziale „Altersversorgung“.



Den „heimischen“ der Bettelstaf!  
Schubwagen für das „fremde“ Pod!

Mittellose Alte wurden im 19. Jahrhundert häufig abgeschoben. Kritik der Zeitschrift »Neue Glühlichter« vom 29. Oktober 1896 an dieser Form der »Altersversorgung«.



Presseunterstützung für das Volksbegehren zur Einführung einer Altersversicherung für Arbeiter 1930 durch die Zeitschrift »Der Kuckuck«

1901 legte die Regierung dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzesentwurf über eine Pensionsversicherung der Angestellten vor, und am 16. Dezember 1906 wurde das »Gesetz betreffend die Pensionsversicherung der in privaten Diensten und einiger in öffentlichen Diensten Angestellter« mit Wirksamkeit per 1. Jänner 1909 von Kaiser Franz Joseph sanktioniert. Die Finanzierung der Versicherungsleistungen erfolgte durch Beiträge der Dienstnehmer und Dienstgeber. Zur Durchführung des Gesetzes wurde 1908 als rechtlicher Träger die Allgemeine Pensionsanstalt für Angestellte geschaffen. Der Vorstand der Anstalt setzte sich aus je zehn Vertretern der Dienstgeber und Dienstnehmer zusammen.

### Arbeiteraltersversicherung

Für die große Gruppe der Arbeiter aber konnte weder in der Monarchie noch in der Ersten Republik eine Altersversicherung erreicht werden. Das in den ersten beiden Jahren der Republik geschaffene Paket an Sozialgesetzen, das unter dem Begriff **Hanusch-Gesetze** in die Geschichte einging, beinhaltete Gesetze von grundlegender sozialer Bedeutung, ein Gesetz zur Altersversicherung der Arbeiter aber war nicht darunter. Im Ressort von Ferdinand Hanusch durchgeführte Vorarbeiten zu einem diesbezüglichen Gesetzesentwurf lagen im August 1920 als Vorentwurf zwar vor, aber im Oktober desselben Jahres zerbrach die seit 1918 bestehende Koalition zwischen Sozi-

aldemokraten und Christlichsozialen. Die ab diesem Zeitpunkt im Amt befindlichen bürgerlichen Regierungen schoben die diesbezüglichen Gesetzesanträge erst einmal auf die lange Bank.

Am 1. April 1927 beschloss schließlich die aus Christlichsozialen und Großdeutschen bestehende Regierung Seipel IV ein Arbeiteraltersversicherungsgesetz, in Kraft treten sollte dieses aber erst, wenn sich die Wirtschaftslage wesentlich verbessern würde. Mit diesem sogenannten »Wohlstandsindex« war das Wirksamwerden des Gesetzes – und damit die Realisierung einer adäquaten Altersversorgung für die Arbeiter – auf unbestimmte Zeit verschoben.

### Revolutionärer Schritt

Die Arbeiterbewegung war zu dieser Zeit als politisch mitgestaltende Kraft in die Defensive geraten, und die bürgerlichen Parteien setzten aus Rücksicht auf die sie unterstützenden Unternehmen sozialen Reformen heftigen Widerstand entgegen. Auch die in den ersten Jahren der Republik gemeinsam beschlossenen Sozialgesetze waren ihnen nun zu weitgehend. Bereits 1924 hatte sie der christlichsoziale Bundeskanzler Prälat Ignaz Seipel als »**revolutionären Schritt**« bezeichnet, der beseitigt werden müsse.

Die Arbeiterbewegung aber kämpfte weiter um die Altersrente und initiierte 1930 ein diesbezügliches Volksbegehren. Das Ergebnis brachte eine Unterstützung von 1,6 Millionen Unterschriften. Dass die Forderung nach einer Altersversicherung für Arbeiter eine breite gesellschaftliche Basis hatte, zeigt auch die Tatsache, dass die Zahl der Unterstützer des Volksbegehrens um 60.000 Personen höher war als die Zahl der sozialdemokratischen Wähler bei den Nationalratswahlen von 1927.

### Weltwirtschaftskrise

Aber auch diese von vielen Organisationen getragene mächtige Kampagne blieb erfolglos. Das Einsetzen der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der Dreißigerjahre des 20. Jahrhunderts machte jede Hoffnung auf den Wohlstand zunichte, der nach Ansicht der bürgerlichen Regierungen für das Inkrafttreten des Arbeiterversicherungsgesetzes nötig gewesen



Bilder: Institut für Arbeiterbildung

Massenarbeitslosigkeit prägte die frühen dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts. Arbeitslosenunterstützungsstelle in Steyr im Jahre 1932

wäre. Die alte Forderung der Arbeiterschaft nach einer Altersversicherung konnte auch in der Ersten Republik nicht verwirklicht werden.

Nach der Ausschaltung des Parlaments 1933 und dem blutig niedergeschlagenen Aufstand der österreichischen Arbeiter gegen das autoritäre Ständestaat-Regime im Februar 1934 wurden die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die freien Gewerkschaften verboten und auch in den Sozialversicherungsträgern die sozialdemokratischen Funktionäre entfernt.

Die Sozialgesetzgebung des Ständestaates war von einem massiven Sozialabbau geprägt. Das 1935 verordnete **Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz (GSVG)** beinhaltete ein hohes Maß an Leistungskürzungen, am gravierendsten im Bereich der Pensionsversicherung der Angestellten. Die Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversiche-

rung für Arbeiter war zwar auch in das GSVG aufgenommen worden, ihre Realisierung wurde aber wieder, wie bereits mit dem »Wohlstandsindex« von 1927, auf bessere Zeiten verschoben. Diese kamen nicht. Die Altersversicherung für Arbeiter sollte erst Wirklichkeit werden, als die Zeiten sehr schlecht waren: mit dem Verlust der Eigenstaatlichkeit Österreichs nach dem Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland.

#### »Reichsdeutsch«

1939 wurde das österreichische Sozialversicherungsrecht durch das reichsdeutsche ersetzt. Für die österreichischen Angestellten galten ab diesem Zeitpunkt die Regelungen des deutschen Angestelltenversicherungsgesetzes. Träger der Pensionsversicherung der Angestellten war ab 1. Jänner 1939 die **Reichsversicherungsanstalt für Angestellte** in Berlin. Damit

kam das Ende des österreichischen Pensionsversicherungsträgers der Angestellten, der **Angestelltenversicherungsanstalt**. Sie wurde aufgelöst, alle Aufgaben, Rechte und Verbindlichkeiten gingen an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte über, ebenso ihr Vermögen.

Mit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung am 1. Jänner 1939 wurde auch für Österreich die in Deutschland schon seit 1891 bestehende allgemeine Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wirksam, also eine bis dahin in Österreich nicht realisierte Altersversicherung für Arbeiter. In Wien, Linz, Salzburg und Graz wurden Landesversicherungsanstalten für diese Versicherung geschaffen. Die Selbstverwaltungsstruktur der Sozialversicherungsträger hatte schon der autoritäre Ständestaat weitgehend eingeschränkt, die nationalsozialistische Herrschaft brachte die gänzliche Beseitigung der Selbstverwaltung.

## Selbstverwaltungsstruktur

Im Frühjahr 1945 beendeten die Alliierten die nationalsozialistische Herrschaft, die Tod, Leid und Zerstörung über Europa gebracht hatte. Die von den Nationalsozialisten aufgelöste Angestelltenversicherungsanstalt wurde wieder errichtet, die Landesversicherungsanstalten für die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter wurden unter provisorische Verwaltung weitergeführt. Trotz der enormen organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten der unmittelbaren Nachkriegszeit gelang es den Pensionsversicherungsträgern, bald nach Kriegsende die Rentenzahlungen, wenn auch eingeschränkt, wieder aufzunehmen.

Mit dem **Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz von 1947** wurden die Selbstverwaltungsstruktur bei den Sozialversicherungsträgern wieder eingeführt und die vier auf österreichischem Gebiet bestehenden Landesversicherungsanstalten der reichsdeutschen Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter in drei neue Versicherungsträger umgewandelt: die **Land- und Forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt**, die **Eisenbahnversicherungsanstalt** und die **Allgemeine Invalidenversicherungsanstalt**, aus der später die **Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter** wurde.

## ASVG

Schon ab 1945 liefen Bestrebungen, das österreichische Sozialversicherungsgesetz zu vereinheitlichen, neu zu regeln und zu kodifizieren. Sowohl zwischen den Regierungsparteien der großen Koalition von ÖVP und SPÖ als auch zwischen den Sozialpartnern herrschte Konsens über die Notwendigkeit der Kodifizierung des österreichischen Sozialversicherungsrechts. Dennoch entbrannte über die Inhalte eine Reihe von Konflikten zwischen den verschiedenen Interessenvertretungen. Schließlich kam nach langen Verhandlungen ein Kompromiss zustande, und am 9. September 1955 beschloss der Nationalrat das **Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG)**, das per 1. Jänner 1956 in Kraft trat. Es umfasst eine Regelung der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung für alle unselbstständig Erwerbstätigen mit Ausnahme



Die Karikatur zum Volksbegehren für eine Alterspension im Jahr 1930 nimmt jene aufs Korn, die an einer Altersvorsorge kein Interesse haben. Das Kleine Blatt, 30. September 1930

des öffentlichen Dienstes und der Notariatskandidaten. Im Bereich der Pensionsversicherung brachte das neue Gesetz wesentliche Leistungsverbesserungen.

Das gesellschaftliche und politische Einverständnis über die Ausgestaltung des Sozialsystems, das dem europaweiten Trend zum Wohlfahrtsstaat folgte, hielt in den Sechziger- und Siebzigerjahren des 20. Jahrhunderts an und führte zu einer Vielzahl von Novellierungen des ASVGs, die stetige Leistungsverbesserungen

brachten. Die guten Wirtschaftsdaten dieser Epoche hatten für den Ausbau des Sozialstaates eine geeignete Basis und einen gewissen Verteilungsspielraum geboten. In der Anfang der Achtzigerjahre beginnenden Wirtschaftskrise verengte sich dieser Verteilungsspielraum zusehends. Die Rezession führte zu einer Reihe von Firmenzusammenbrüchen.

Die Regierung Kreisky versuchte mit allen Mitteln, getreu ihrer keynesianischen Wirtschaftspolitik und wohl





Links: Das sozialdemokratische Wahlplakat zur Nationalratswahl 1927 bezieht sich auf die Verschleppung eines Gesetzes zur Altersversicherung für Arbeiter durch die bürgerliche Regierung. Mitte: Die Figur auf dem Wahlplakat der SPÖ zur Nationalratswahl 1953 ging als »Rentenklaue« in die österreichische Nachkriegsgeschichte ein. Rechts: Wahlplakat der SPÖ 1962. Das Plakat wurde wegen des Vogels oft belächelt, die darauf dargestellte Rentner-Idylle entsprach aber durchaus den Zielvorstellungen eines großen Teils der älteren Bevölkerung.

auch in Erinnerung an die Auswirkungen der furchtbaren Arbeitslosigkeit in den Dreißigerjahren, die Arbeitslosigkeit niedrig zu halten. Dadurch stieg das Budgetdefizit. 1982 sah sich Kreisky veranlasst, ein erstes Sparpaket auszuarbeiten, das als »Mallorca-Paket« große Bekanntheit, aber geringe Beliebtheit erlangte.

Mitte der Achtzigerjahre begann eine Trendwende in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, die schließlich das »goldene Zeitalter des Sozialstaats« beenden sollte. Es begann die Zeit der Sparpakete – und auch der Pensionsreformen, die, zum Unterschied von bisher, in zunehmendem Maße Leistungseinschränkungen beinhalteten.

### Risiken individualisieren?

Die vorherrschende Ideologie des Neoliberalismus ist bestrebt, Risiken wieder zu individualisieren und fordert mehr Eigenvorsorge. Dabei wird ignoriert, dass diese den schlechter Verdienenden heute ebensowenig möglich ist wie vor 100 Jahren.

Bei den Betroffenen und in den Gewerkschaften begann sich Unmut über die laufenden Leistungseinschränkungen zu regen, der anlässlich der Pensionsreform von 2003 zu einem Widerstand von seit Jahrzehnten nicht mehr gekannter Heftigkeit anwuchs. 200.000 Menschen gingen am 13. Mai 2003 trotz Regen, Sturm und Hagel auf die Straße, um gegen die geplante Reform, die massive

Pensionskürzungen und die Abschaffung der Frühpension vorsah, im Rahmen einer vom ÖGB organisierten Massendemonstration zu protestieren.

Dieses große Ausmaß an Protestbereitschaft, das auch in anderen europäischen Ländern bei geplanten Pensionskürzungen zu beobachten war und ist, demonstriert den hohen Stellenwert, den die soziale Sicherheit im Alter im gesellschaftlichen Bewusstsein einnimmt.

Vor 100 Jahren begann die Entwicklung zu dieser bedeutenden sozialen Errungenschaft. Erst in der Rückschau erschließt sich, wie groß der Schritt war, der in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit zurückgelegt wurde. In nur 100 Jahren wurde – trotz zweier Weltkriege, politischer Katastrophen und wirtschaftlicher Krisen – der größte Teil unserer Gesellschaft von der über Jahrhunderte bestehenden Altersarmut befreit. Diese Entwicklung verlief nicht geradlinig. Es gab Fortschritte und Rückschläge. In ihrer Gesamtheit betrachtet aber ist die Geschichte der gesetzlichen Altersversicherung eine Erfolgsgeschichte in der sozialen Entwicklung unseres Landes, deren Errungenschaften es zu verteidigen gilt.

*Der Artikel basiert auf dem Beitrag der Autorin in dem von der Pensionsversicherungsanstalt herausgegebenen Band »Zur Geschichte der gesetzlichen Altersversorgung in Österreich 1906–2006«.*



Karikatur zu den »Abfederungsmaßnahmen« zur Pensionsreform 2003 im Kurier vom 27. April 2003



Demonstration gegen die Pensionsreform am 13. Mai 2003

# Falsche Signale

*Eine Reihe sozialpolitischer Herausforderungen wartet auf die neue Bundesregierung. »Interessante Zeiten«, meint Christoph Klein, Bereichsleiter für Soziales in der AK Wien.*

**Arbeit&Wirtschaft:** *Das Thema Öffnung für Facharbeiter aus den Beitrittsländern hat heftige Diskussionen ausgelöst. Was ist dran an der Sache?*

**Christoph Klein:** In jedem einzelnen Fall, in dem ein Unternehmen eine offene Stelle meldet, müssen wir genau darauf schauen, ob da nicht eine Person in- oder ausländischer Staatsbürgerschaft, die bereits in Österreich lebt und Arbeit sucht, auf diese Stelle vermittelbar ist. Manchmal werden dafür zusätzliche Schulungen erforderlich sein, aber in aller Regel wird eine offene Stelle aus dem Inland besetzbar sein. Wir haben 11.000 Arbeit suchende Metallfacharbeiter mit Lehrabschluss in Österreich, und es ist wohl mehr als plausibel, dass die grundsätzlich schweißen, drehen und fräsen können. Wenn es Qualifikationsdefizite gibt, können die meistens in Kursen von 6 bis 8 Wochen behoben werden.

**Wer ist schuld an diesem plötzlich aufgebrochenen angeblichen Facharbeitermangel?**

Die Unternehmen dürfen sich nicht wundern, wenn die eine oder andere Fachqualifikation fehlt, weil sie selber die Lehrlingsausbildung immer weiter zurückgeschraubt haben. Wir haben in den letzten zwei Jahrzehnten circa 50.000 Lehrplätze in Österreich verloren und die Betriebe investieren auch zu wenig in die betriebliche Aus- und Weiterbildung ihrer Leute. In Skandinavien, aber auch in Großbritannien, wird zirka doppelt soviel von den Unternehmen selbst weiter geschult und qualifiziert wie in Österreich. Jetzt einfach nur ausländische Arbeitnehmer herein holen, ist das Signal an die

Unternehmen: »Bildet weiterhin nicht aus. Es lohnt sich. Ihr kriegt dann die billigen Arbeitskräfte aus den osteuropäischen Ländern.«

**Werden in absehbarer Zukunft – wenn die Übergangsfrist für den Arbeitsmarkt ausläuft – diese Kräfte nicht ohnehin nach Österreich kommen?**

Die Übergangsfrist läuft zunächst noch bis 2009. Wenn Österreich aber Probleme auf dem Arbeitsmarkt darlegen kann – und wir müssen davon ausgehen, dass der Arbeitsmarkt bis dahin nicht auf Vollbeschäftigung gedreht haben wird – kann Österreich eine Verlängerung bis 2011 beanspruchen. Das sind immerhin noch etwas mehr als vier Jahre, in denen der Stand von 350.000 Arbeit suchenden Menschen, wie wir sie Ende Jänner 2007 hatten, gesenkt werden kann, indem vor allem neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir müssen damit rechnen, dass aufgrund der Bevölkerungsentwicklung weitere 70.000 Arbeitsplätze erforderlich sein werden, unter anderem auch für Migrantenkinder der zweiten und dritten Generation. Diese von fertig ausgebildeten Fachkräften aus den Beitrittsländern von den Lehrstellen und Arbeitsplätzen verdrängen zu lassen, würde gesellschaftspolitischen Sprengstoff schaffen. 50.000 Arbeitsplätze werden wir brauchen, um die Effekte der Pensionsreformen 2003 und 2004, nämlich das steigende Pensionsalter, auf dem Arbeitsmarkt zu verkraften. Das heißt wir brauchen diese vier Jahre, um noch möglichst viel von den ohnehin in Österreich Arbeit suchenden Menschen unterzubringen. Wir brauchen diese vier Jahre

auch, um uns schrittweise auf die Ostöffnung umzustellen, z. B. durch die Initiierung grenzüberschreitender Wirtschaftsräume. Dann wird es immer noch schwierig genug sein, die Arbeitsmarktöffnung 2011 zu verkraften. Bis dahin sollten wir die Zeit nutzen.

**Wie kann man das Problem mit den Lehrstellen wirklich angehen, wenn die Unternehmer offensichtlich nicht wollen oder wenn es ihnen zu teuer ist?**

Dazu finden sich interessante Antworten im Regierungsprogramm. Statt des derzeitigen eher provisorischen Auffangnetzes für Lehrstellen suchende Jugendliche mit aneinander gestoppelten 10-Monats-Kursen soll ein System aus neuen Ausbildungsangeboten geschaffen werden: Auf der einen Seite so etwas wie eine Berufsfachschule für die Jugendlichen, die weiter in eine Schule gehen und einen Beruf bis zum Abschluss erlernen wollen.

Auf der anderen Seite sollen die so genannten »Paragraph 30-Berufsausbildungsgesetz-Einrichtungen« – das sind Einrichtungen, die betriebsersetzend eine Lehre bis zum Abschluss bieten – flächendeckend dafür sorgen, dass das Zuwenig an Ausbildung durch die Unternehmen von öffentlicher Seite ersetzt wird. Das heißt, wenn die Betriebe weiterhin nachlassen, muss dieses System, das quasi das duale System mit schulischen Teilen und praktischer fachlicher Ausbildung nachbildet, eben die Lücken schließen. Wenn die Betriebe selbst nicht mehr ihre Ausbildungsverantwortung wahrnehmen, werden sie eben in dieses System einzahlen müssen.



Christoph Klein: »Es erwarten uns jetzt sehr spannende Zeiten. Es gibt das umfassende Sozialpartnerpapier zu Wachstum und Beschäftigung, das zum großen Teil ins Regierungsübereinkommen übernommen wurde. In diesem Papier haben die Sozialpartner zu verschiedensten Feldern der Arbeitswelt zu zukunftsweisenden, auf Ausgleich der Interessen beruhenden Lösungen gefunden, und das wird in der nächsten Zeit in klassischen Sozialpartnerverhandlungen abzuarbeiten sein. Von der Modernisierung des Arbeitszeitrechts über besseren Schutz atypisch Beschäftigter bis hin zu wirksamen Maßnahmen gegen den organisierten Sozialbetrug enthält dieses Papier spannende Herausforderungen, die im Detail sehr schwierig zu verhandeln sein werden.«

### ***Bis jetzt wird das aus Steuergeldern finanziert?***

Bis jetzt wird das teils aus AMS-Geldern, also aus Beiträgen im Rahmen der Arbeitslosenversicherung bezahlt, aber es steuern auch die Länder und – soweit die Arbeitslosenversicherung angesichts der Arbeitslosigkeit ein Defizit hat – auch der Bund bei, also auch der Steuerzahler, was richtig ist: Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist schließlich ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Zusätzlich gibt es riesige Förderungen an die Betriebe, den so genannten Blum-Bonus, die Lehrlingsausbildungsprämie und reduzierte Sozialversicherungsbeiträge. Wenn aus der Wirtschaft trotzdem zu wenig sinnvolle Ausbildungen kommen, muss man diese Ausgaben zurückfahren und in das neue Ausbildungsangebot umlenken.

### ***Die Förderungen greifen offensichtlich nicht genug ...***

Richtig, all die hohen Förderungen, die an die Betriebe gehen, stimulieren teils keine zusätzlichen Lehrplätze, teils zu wenige. Da muss man eben diese Gießkanne weniger großzügig befüllen und verstärkt in alternative Ausbildungsangebote investieren.

### ***Warum funktioniert die betriebliche Bildung und Weiterbildung aber z. B. in Skandinavien oder bei britischen Unternehmen?***

Da gibt es eine nachhaltige, betriebs- und volkswirtschaftlich kluge Personalpolitik der Unternehmen. Sie wissen, dass Hochlohnländer in erster Linie von der Qualifikation ihrer Beschäftigten leben und nicht von niedrigen Löhnen, und sind daher auch bereit, in das Humankapital zu investieren.

### ***Österreichische Unternehmen überlassen das dem Steuerzahler und dem Ausgleich durch die öffentliche Hand?***

Viele sehen dem schleichenden Qualifikationsabbau tatenlos zu. Wenn wir heute vom Problem älterer Arbeitnehmer sprechen, so ist das ja nur zum Teil ein gesundheitliches oder körperliches Leistungsproblem. Zu einem sehr hohen Teil geht es um veraltete, nicht up to date gehaltene Qualifikationen. Die bekannte Folge der schleichenden Erosion von

Qualifikationen und Gesundheit ist, dass wir im Bereich der älteren Generationen, also zwischen 45 und 64 Jahren, ungefähr die Hälfte der Beschäftigungsquote wie in den nördlichen Ländern haben. Dort bleiben die Leute beschäftigungsfähig, bei uns verlieren sie die Beschäftigungsfähigkeit durch zu geringes Engagement der Unternehmen.

### ***Bei dem Kontingent der 800 Facharbeiter wird also versucht, längerfristig diese Arbeitsplätze mit österreichischen bzw. in Österreich lebenden Arbeitskräften zu besetzen?***

Ich halte das auch im Kontext dieses Regierungskompromisses durchaus für machbar. Teil dieses Deals ist ja auch, die Facharbeiterausbildungen des AMS für Arbeitsuchende zu verdoppeln. Und auf das Kontingent, der 800 kann nur zurückgegriffen werden, wenn sich für diese Arbeitsstellen keine Facharbeiter und Facharbeiterinnen im Inland finden. In der Regel wird es aber möglich sein, innerhalb von wenigen Wochen einen oder eine der Arbeit suchenden Metallarbeiterinnen und Facharbeiter, die es hier in Österreich in hoher Zahl gibt, zu schulen und so auf die spezielle betriebliche Anforderung zu reagieren. Auf das vereinbarte Kompromisskontingent von 800 sollte nur zurückgegriffen werden, wenn es nicht möglich ist, den Bedarf aus dem Inland zu decken. Und das muss in jedem Einzelfall in der zuständigen AMS-Geschäftsstelle geprüft werden und damit ist das dortige Sozialpartnergremium, sprich der Regionalbeirat, zu befassen. Die Arbeitnehmerseite im Beirat muss auf den von den Unternehmen angemeldeten Bedarf konsequent mit den entsprechenden Anforderungen an die Schulungspolitik der AMS-Geschäftsstelle reagieren.

### ***Weiß man, welche Unternehmen diesen Bedarf haben?***

Es sind zu einem großen Teil Leiharbeiter. Von den gesuchten Schweißern z. B. werden 80% von Leiharbeitsfirmen gesucht, die tendenziell natürlich nicht die stabilen Arbeitsbedingungen und hohe Ist-Löhne anbieten, sondern nach den Minimalstandards entlohnen. Das heißt nicht nur Mindestlohn laut KV statt betrieblicher Überzahlung, sondern auch das Bestreben, die ausländischen Fach-

kräfte nicht als Facharbeiter, sondern – mit dem Argument des fehlenden österreichischen Lehrabschlusses! – als angelehrte Arbeiter zu bezahlen.

### ***Es ist also ein bestimmter Bereich bestrebt, möglichst billige Arbeitskräfte auch aus dem Ausland zu bekommen?***

Richtig. Und man muss auch eines sagen: Die Anzahl an fehlenden Fachkräften wird durch diesen hohen Anteil an Leiharbeitskräften überschätzt. Warum? Weil sich mehrere Leiharbeitsfirmen oft um die Besetzung einer offenen Stelle in einem Unternehmen konkurrenzieren. Das heißt dann schreiben drei oder vier Leiharbeiterfirmen dieselbe Stelle als unbesetzt aus und das erzeugt den Eindruck von deutlich mehr unbesetzten Stellen als tatsächlich der Fall ist.

### ***Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeitslosen ist das wohl ein kleineres Problem. Aber es scheint symptomatisch, dass man gerade hier auf ausländische Arbeitskräfte zurück greift und der Arbeitsminister so vehement für diese Öffnung des Arbeitsmarktes eintritt ...***

Ja, von der Zahl her sind diese 800 ja nicht wirklich so bedeutsam für den österreichischen Arbeitsmarkt. Aber von der Signalwirkung her muss man sorgfältig aufpassen, dass das nicht zum Freibrief für die österreichischen Unternehmen wird: »Ihr braucht jetzt nicht mehr selbst auszubilden.« Es ist jeder Fall sorgfältig anzuschauen, ob er nicht aus dem Inland zu besetzen ist und ob die Entlohnung korrekt ist und nicht das österreichischen Facharbeitern zustehende Lohnniveau unterläuft.

### ***Die Arbeitslosigkeit samt Qualifikationsmangel ist sicher nicht das einzige brennende Problem ...***

Es erwarten uns jetzt sehr spannende Zeiten. Es gibt das umfassende Sozialpartnerpapier zu Wachstum und Beschäftigung, das zum großen Teil ins Regierungsübereinkommen übernommen wurde.

In diesem Papier haben die Sozialpartner zu verschiedensten Feldern der Arbeitswelt zu zukunftsweisenden, auf Ausgleich der Interessen beruhenden Lösungen gefunden, und das wird in der nächsten Zeit in klassischen Sozialpartnerverhandlungen abuarbeiten sein. Von

der Modernisierung des Arbeitszeitrechts über besseren Schutz atypisch Beschäftigter bis hin zu wirksamen Maßnahmen gegen den organisierten Sozialbetrug enthält dieses Papier spannende Herausforderungen, die im Detail sehr schwierig zu verhandeln sein werden.

### Welche Kompromisse wurden da eingegangen?

Zum Beispiel ist es uns einerseits gelungen, einen Zuschlag für die Mehrarbeit von Teilzeitbeschäftigten hineinzuverhandeln. Immer mehr Vollzeit Arbeitsplätze werden in Teilzeitarbeitsplätze gesplittet, weil es für die Unternehmen günstiger ist. Das soll jetzt durch einen Zuschlag analog dem Überstundenzuschlag ausgeglichen werden, und das ist ein riesiger Fortschritt für die Teilzeitbeschäftigten und den Schutz von Vollzeit Arbeitsplätzen.

Auf der anderen Seite gibt es mehr Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Arbeitszeit für die Unternehmen, allerdings ohne Lohnklausel. Das heißt, der Ausgleich von Mehrarbeit durch Zeitausgleich im Verhältnis 1:1 in Bandbreitenmodellen bleibt Sache des Kollektivver-

trags mit seiner Möglichkeit, solche Modelle nur zuzulassen, wenn es – etwa für die Konkurrenzfähigkeit der Branche – erforderlich ist und ein entsprechender Preis erzielt werden kann. Aber es werden flexible Arbeitszeitformen im beidseitigen Interesse – wie die Gleitzeit – großzügiger gehandhabt, und es dürfen zusätzliche Überstunden – mit Zuschlag! – geleistet werden, um zum Beispiel einen Großauftrag nicht zu verlieren.

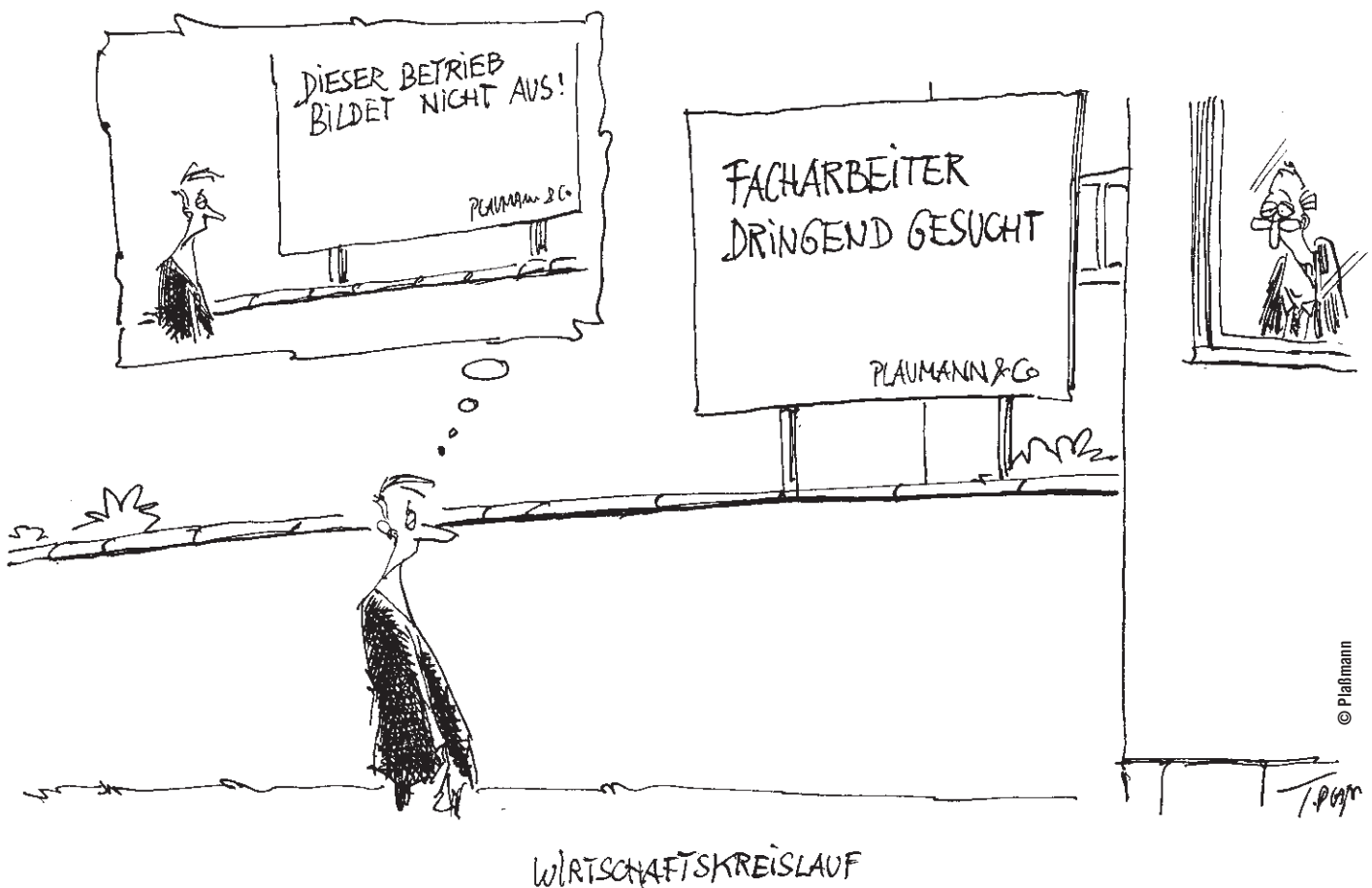
Das wird jetzt alles im Detail in Gesetzestext umzugießen sein. Ebenso die Maßnahmen gegen den organisierten Sozialbetrug, insbesondere dass Beschäftigte vor Arbeitsantritt gemeldet werden müssen. Das tritt der Ausrede der Schwarzbeschäftigten entgegen, der Arbeiter habe gerade erst angefangen und er würde ihn im Laufe der nächsten Tage ohnehin melden. Weiters die Haftung der Generalunternehmer für diese Schwindelfirmen, die ihre Arbeitnehmer zwar anmelden aber ein paar Monate später in Konkurs gehen, ohne dass sie auch nur einen Cent an Sozialversicherungsbeiträgen gezahlt haben, obwohl die von ihnen an die Generalunternehmer verleasten Bauarbei-

terpartien fest auf den Baustellen der Generalunternehmen gearbeitet haben. Oder die arbeitsrechtliche Umsetzung der 24-Stunden-Betreuung, sprich die Legalisierung der ausländischen illegalen Betreuungskräfte in Arbeitsverhältnissen, die auch den Bedürfnissen mancher Pflegebedürftiger nach einer Rund-um-die-Uhr-Anwesenheit einer Betreuungsperson entgegenkommen.

Durch die Ermöglichung legaler Beschäftigung in diesem Modell soll auch die Dumpingkonkurrenz der Arbeitsplätze in den Sozialorganisationen eingedämmt werden. Die eigentliche Herausforderung liegt dann aber darin, das um den Baustein der 24-Stunden-Betreuung zu Hause ergänzte Pflegeangebot. Insgesamt leistungsfähig – vor allem in den mobilen Diensten und Tagesbetreuungsangeboten zur Entlastung der Angehörigen – und leistbar zu machen.

**Das ist eine lange Liste. Ich hoffe, wir können bald den Lesern und Leserinnen positive Ergebnisse berichten. Danke für das Gespräch.**

Mit Christoph Klein sprach Siegfried Sorz



# Völkermord an Bauern

100.000 indische Bauern haben sich schon das Leben genommen, sagt die Alternativ-Nobelpreisträgerin Vandana Shiva.

Schon vor zwei Jahren hatte Vandana Shiva in »Arbeit&Wirtschaft« über die Folgen der Globalisierung in Indien gesprochen, wo Tausende Bauern durch die rücksichtslose Politik global agierender Konzerne in die Schuldenfalle gerieten und den Selbstmord als einzigen Ausweg sahen. Trotz weiterem Anstieg der Suizidrate sind auch Erfolge im Kampf gegen die Ausbeutung der Naturressourcen zu verzeichnen.

**Arbeit&Wirtschaft: Gratulation zum Sieg im Prozess um das Neem-Baum-Patent. Warum ist dieses Urteil für Entwicklungsländer so wichtig?**

**Vandana Shiva:** Es war die erste gerichtliche Anfechtung in einem Fall von Biopiraterie, also der Patentierung von traditionellem Wissen und genetischen Ressourcen. Es war wichtig, dies anzufechten und zu gewinnen, denn ansonsten wäre ein Patent geschaffen worden, das zur langsamen Entrechtung der Menschen in der Dritten Welt geführt hätte. Das sind Menschen mit sehr geringer Kaufkraft, die aber durch ihre genetischen Ressourcen für Gesundheit, Nahrung und Behausung sorgen können. Diese Reichtümer würden zum Monopol von globalen Konzernen und die Neem-Produkte wären dann nur noch in paten-

tierter Form erhältlich. Das würde unser Volk ärmer machen, denn es müsste dann etwas, was in seinem Hinterhof erhältlich ist, käuflich erwerben. Wenn man aber alles, was man zum täglichen Leben braucht, vom Saatgut bis zu den Pestiziden, kaufen muss, dann sprechen wir von Billionen Dollar an zusätzlicher Verarmung der Dritten Welt. Noch entscheidender ist aber das Leugnen der intellektuellen und kulturellen Beiträge der Dritte-Welt-Gesellschaften. Die Kolonialisierung hat sehr schädliche Folgen gehabt, und die Untergrabung der Würde und der Integrität von Kulturen ist ein sehr ernster Übergriff.

**Was sind die weitergehenden Auswirkungen dieses Falles?**

Die weitestgehende Folge ist, dass wir Monopolansprüchen einen Riegel vorschoben konnten. Es gibt noch andere Neem Patente, aber ich denke nicht, dass irgendjemand es wagen wird, diese Patente für eine Klage gegen ein indisches Unternehmen oder einen indischen Bauern zu benutzen. Die andere weitreichende Konsequenz ist, dass Menschen um Erlaubnis gefragt werden müssen. Und wenn jemand einen Gewinn macht, muss dieser Gewinn geteilt werden.

**Das ist eine gewonnene Schlacht in einem andauernden Krieg. Wie steht es bei den anderen Schlachten?**

Wir haben drei Schlachten geschlagen, beim Neem, beim Basmati-Reis und beim Unkraut, und wir haben alle gewonnen. Zum Teil deshalb, weil wir internationale Solidarität geschaffen haben und hartnäckig sind. Wir haben die beste Beteiligung von Bewegungen mit dem besten rechtlichen und wissenschaftlichen Fachwissen zusammengebracht. Biopiraterie ist eine Seuche, und interessanterweise behaupten alle Industrievertreter, dass sie nicht an der Artenvielfalt interessiert sind und keine Vermarktung von Naturprodukten erwägen. Gleichzeitig tun sie aber genau das. Pfizer hat die Hoodia-Pflanze der San (Eingeborene im südlichen Afri-

ka, Anm. d. Red.) patentiert. Wenn Pfizer jetzt hier wäre, würden sie sagen, sie seien nicht an natürlichen Produkten interessiert und behaupten, dass die Moleküle, die in ihren Medikamenten sind, vom Himmel gekommen seien und nicht von der Hoodia-Pflanze.

Das Problem der Biopiraterie kann aber nicht allein durch rechtliche Anfechtungen gelöst werden. Das ist als ließe man zu, dass Diebstahl die Norm wird. Natürlich wird es dem Opfer in Ausnahmefällen gelingen, einige der gestohlenen Güter zurückzubekommen, aber wenn der Diebstahl begonnen hat, braucht man Gesetze, die das Stehlen illegal machen. Deshalb werden internationale Lösungen gesucht, sowohl auf dem Gebiet der Konvention über Artenvielfalt als auch auf dem Niveau der Welthandelsorganisation, um TRIPS (Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums, Anm. d. Red.) zu reformieren.

**Was meinen Sie, wenn Sie von Bioterrorismus sprechen? Was ist das mehr als Biopiraterie?**

Für mich ist Biopiraterie, anderen ihren Reichtum wegzunehmen und zu behaupten, es sei die eigene Kreation und dann mit Hilfe von Blockaden und Ausschlüssen, die durch geistiges Eigentum geschaffen werden, die anderen an der Nutzung ihres eigenen Reichtums zu hindern. Bioterrorismus ist, Verunreinigung auf dem Planeten freizusetzen, nämlich Gentechnik, und so die Wahlmöglichkeit der Biobauern zu zerstören. Wenn Monsanto mit Gentechnik Percy Schmeisers Rapsfelder verunreinigt und dann diese Verunreinigung benutzt, um Percy Schmeiser für Diebstahl geistigen Eigentums zu verklagen – das ist für mich Bioterrorismus.

**Sie verwenden starke Wörter wie Terrorismus, Faschismus, Piraterie oder Mafia. Tum Sie das, weil Sie glauben, im Westen so am ehesten Gehör zu finden?**

## NEEM-PATENT

Im Jahre 1994 hatte das **Europäische Patentamt (EPA)** das Europäische Patentrecht gebrochen und der transnationalen Firma W. R. Grace und dem US-Landwirtschaftsministerium ein Patent auf den Einsatz des Öls vom Neem-Baum verliehen. Gemeinsam mit einer Europa-Abgeordneten von den Grünen und einer anderen Nichtregierungsorganisation hatte die von Vandana Shiva geführte Indische Forschungsstiftung (Indian Research Foundation) im Juni 1995 Einspruch gegen das Patent erhoben. Am 8. März 2005 hat das EPA das Neem-Patent endgültig widerrufen.

Nein, ich verwende diese Wörter nicht, weil ich Gehör finden möchte, sondern weil ich glaube, dass sie das Phänomen exakt definieren. Die Wörter sind angemessen für das, was geschieht.

**Sie bezeichnen die Bauernselbstmorde in ihrem Land als Völkermord. Bei unserem letzten Gespräch vor rund zwei Jahren waren es 25.000 Tote.**

Vor kurzem hat das indische Parlament die Zahl von 100.000 Selbstmorden von Bauern zugegeben.

**Was ist inzwischen geschehen, dass Sie nun vom Bauern-Genozid sprechen?**

Monsanto hat mehr Saatgut verkauft und noch mehr Bauern in Schulden gestürzt. Die Kombination aus der Übernahme der Saatgutversorgung durch Monsanto, dem Verkauf von unzuverlässigen Gentechnikensamen, dem globalen Handelssystem, das zu Dumping und Preisverfall führt, und aggressiven Marketingstrategien hat die Bauern in große Not und Schulden gestürzt. Deshalb nehmen sie sich das Leben. Auch ein paar Selbstmorde sind Selbstmorde. Ein wirtschaftliches Phänomen, teures und unzuverlässiges Saatgut zu verkaufen, ein Handelsabkommen zu schaffen, das die Preise für Bauernprodukte vervielfacht, das ist eine durchdachte Planung. In der Genozid-Definition der Vereinten Nationen steht, dass wenn eine bestimmte Gruppe zum Ziel körperlicher Schädigung oder Auslöschung wird, es sich um Völkermord handelt. Normalerweise wird das Wort nicht für wirtschaftliche, sondern für ethnische oder religiöse Gruppen verwendet. Aber die Bauern sind eine besondere Gruppe.

**Ihre Organisation kämpft, um diesen Trend zu stoppen. Hat sie versagt?**

Nein, denn wo immer wir tätig sind, gibt es keine Bauernselbstmorde und keine Schulden. Bauern, die ihr eigenes Saatgut anbauen, ihre eigenen Samen aufbewahren und organischen Landbau betreiben, kommen nicht in Schulden, da sie nichts von außen kaufen. Ich bin vor kurzem zwei Wochen lang in der Region der Bauernselbstmorde herumgereist und habe eine Pilgerfahrt des Samens unternommen, um den Bauern Hoffnung zu bringen und Saatgut zu verteilen. Das hat ei-

nen großen Unterschied bewirkt und wir werden das weiterhin tun.

**Eine Zeit lang war Corporate Social Responsibility sehr modern. Jetzt ist Fair Trade der letzte Schrei für Unternehmen und Politiker, die ihr Image pflegen wollen und für Mittelschichtverbraucher, die ihr soziales Gewissen beruhigen möchten. Hilft Fair Trade den Entwicklungsländern?**

Fair Trade kann nicht fair sein, ohne ökologisch und nachhaltig zu sein. Fair Trade wird nicht fair sein, wenn es nicht die Schäden rückgängig macht, die Unternehmensmonopole und die Globalisierung verursacht haben. Für mich kann es nie Fair Trade sein, Salat aus Afrika zu bringen und dort eine Dürre zu verursachen. Es kann kein Fair Trade geben, bei dem man Erbsen, Bohnen und Karotten aus Indien bringt und dabei den indischen Bauern ihr Land wegnimmt und es dem Agrarbusiness gibt, das dieses Gemüse exportiert. Und nur weil es aus dem Süden exportiert wird, bekommt es ein Zertifikat.

**In der gegenwärtig praktizierten Form wird Fair Trade Ihrer Meinung nach seinem Namen also nicht gerecht?**

Ich weiss, dass es sehr korrupte Unternehmen gibt, die zum Beispiel Basmati-Reis exportieren. Wir haben in unserer Organisation sehr viele Mitglieder, die Basmati anbauen. Ich kenne diese Unternehmen, die Bauern ausbeuten, bei der Qualität betrügen, organischen Reis mit nichtorganischem vermischen und Fair Trade-Zertifikate bekommen. Wann immer ein Prozess über die demokratische Beteiligung gewöhnlicher Bürger hinausgeht und man Türhüter hat, die keiner Regulierung unterstehen, wird man keine Korrektur und demokratischer Prozesse erreichen.

**Man kann den Fair Trade-Etiketten also nicht vertrauen?**

Nicht genug. Fair Trade-Kennzeichen müssen durch gewöhnliche Bürger überwacht werden.

**Ein neuer Trend sind Mikrokredite. Wie interessant ist das für Dritte Welt-Länder?**

Ich habe Mikrokredite immer als Vorbereitung für den globalen Konsumenten

gesehen. Mein Bauchgefühl hat sich bestätigt als letztes Jahr Unilever Frauen-Mikrokreditgruppen übernommen hat, die als kleine Produzentengruppen begonnen hatten. Heute sind diese Mikrokrediteinheiten zu Marketingarmen von Unilever geworden. Das vor Ort gesammelte Kapital wird verwendet, um die Vermarktung von minderwertigen Produkten durch ein globales Unternehmen zu subventionieren. Die Alternative ist, dass die Mikrokreditgruppen vor Ort ihre eigenen Produzenten sind. Und wenn sie müssen, dann sollen sie vermarkten, was sie selber produzieren. Denn ein echter Wert wird durch Produktion geschaffen, nicht durch Konsum. Übrigens sprechen globale Konzerne von einem Markt von 13 Billionen Dollar an der Basis der Pyramide, also davon, 13 Billionen Dollar an den Armen zu verdienen. Und um an die Armen heranzukommen, brauchen sie die Mikrokredite.

*Das Gespräch mit Vandana Shiva führte Tansel Terzioğlu in Brüssel.*



## ZUR PERSON

Die 54-jährige Inderin **Vandana Shiva** ist Mitbegründerin des Weltsozialforums und eine Ikone der Antiglobalisierungsbewegung. Mit 32 Jahren gab sie ihre internationale Karriere als Quantenphysikerin auf, um für die Umwelt und gegen die negativen Auswirkungen der Industrialisierung und der Globalisierung zu kämpfen. Sie gründete Navdanya, eine Organisation, die den verarmten Bauern ihres Landes helfen soll, zum biologischen Landbau zurückzukehren und aus dem Teufelskreis von Kunstdünger, Pestiziden und Verschuldung auszubrechen. 1993 erhielt Vandana Shiva den »Right Livelihood Award«, der als »Alternativer Nobelpreis« für Ökologie gilt.

# »Welfare Mix« auf neuen Pfaden?

*Wie machen es die anderen? Der Vergleich von Sozialsystemen führt zu Aha-Erlebnissen! Diesmal betrachten wir Kanada ...*

*Autor: Martin Bolkovac*

*Politischer Sekretär der GPA-Grundlagenabteilung, Universitätslektor am Institut für Staatswissenschaften Wien*

Ist Kanada eine monarchistische Kopie seines südlichen Nachbarn USA? Oder vielmehr ein europäischer Sozialstaat auf dem amerikanischen Kontinent? Weder noch.

Das flächenmäßig zweitgrößte Land der Erde stellt seit jeher ein besonders spannendes Untersuchungsfeld für sozialpolitisch Interessierte dar. Mischt es doch auf einmalige Art und Weise universale Ansätze wie die skandinavischen Alters- und Gesundheitsansätze mit klassisch (neo)liberalen Modellen von »Welfare to Work«-Programmen bis zu einem durch hohe Studiengebühren finanzierten Universitätssystem.

Diese ideologische Mixtur zwischen nordeuropäischem und angloamerikanischem Denken erschwert schon seit jeher sozialpolitische Reformbestrebungen kanadischer Regierungen, egal in welche Richtung sie gehen sollen. Auch die seit einem Jahr amtierende konservative Minderheitsregierung unter Premierminister Stephen Harper scheint bei der angestrebten Privatisierung von Teilbereichen der universalen Gesundheitsversorgung, die Teil der nationalen Identität ist, auf unüberwindliche Hürden zu stoßen.

Eines der strukturell größten Probleme scheint aber der Rückzug des Bun-

desstaates bei der Finanzierung provinzgesteuerter Leistungen zu sein. Die wirklich teuren Programme, Bildung und Gesundheit, sind nämlich in provinzieller Verantwortung. Die Provinzen haben zwar die Aufgabe, wichtige Sozialmaßnahmen durchzuführen, besitzen aber nicht die nötige Steuerkompetenz, um diese zu finanzieren. Sie verlangen daher mehr Geld vom Bund. Die kanadischen Sozialdemokraten erreichten bei den letzten Wahlen 17,5 Prozent der Stimmen, die frankokanadische Regionalpartei Bloc Québécois, die auch zum linken Parteienspektrum gezählt wird, vereinigte 10,5 Prozent der Stimmen auf sich. Der Organisationsgrad der kanadischen Gewerkschaften befindet sich darüber hinaus auf mitteleuropäischem Niveau. Machtpolitisch haben wir es also mit deutlich anderen Voraussetzungen zu tun als beim südlichen Nachbarn USA.

## Garantiertes steuerfinanziertes Grundeinkommen

Der gesellschaftliche und soziale Umbruch der Sechzigerjahre erfasste Kanada früher als vergleichbare Industriestaaten. Kurz nach der Machtübernahme der Liberal Party unter Premierminister Lester Pearson 1965 wurden Programme wie ein garantiert steuerfinanziertes Grundeinkommen im Alter oder eine 50-prozentige Kostenübernahme des Bundes für alle Sozialhilfeprogramme der Provinzen eingeführt.

Der charismatische Frankokanadier Pierre Trudeau übernahm 1968 die Re-

gierungsgeschäfte und blieb abgesehen von einer kurzen Unterbrechung im Jahre 1979 bis 1984 Premierminister. Mit seiner für einen Regierungschef recht langen Haarpracht und seiner um 30 Jahre jüngeren Freundin an seiner Seite wirkte der neue Premier auch optisch moderner als seine Vorgänger und versprühte viel deutlicher den Geist der 68er als die vergleichsweise etwas grau wirkenden Herren Bruno Kreisky und Willy Brandt in Europa. Inhaltlich nahm Trudeau ein rapides Ansteigen der Staatsschulden in Kauf, um sozialpolitische Maßnahmen nachhaltig finanzieren zu können. 1971 wurde das bis heute als Kernstück der kanadischen Sozialpolitik angesehene Gesundheitssystem »Medicare« geschaffen, das zum ersten Mal bundesweit **freie Arzt- und Krankenhausbehandlung für alle Einwohner** garantierte.

Die weltweiten Phasen von Sozialabbau und Umstrukturierung bestehender Sozialprogramme in den 80er- und 90er-Jahren erfassten auch Kanada. Vor allem Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger waren davon betroffen. Die Leistungsdauer wurde reduziert und die Zugangsbarrieren verschärft. Heute kann sich nur mehr jeder dritte Arbeitslose für Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung qualifizieren.

## Pensionssystem in Verfassung verankert

Schwieriger gestalteten sich Änderungen im Bereich der Alterssicherung. Das Pensionssystem ist in der Verfassung verankert. Strukturelle Änderungen würden



eine Mehrheit von zwei Drittel der Provinzen, die zwei Drittel der Bevölkerung repräsentieren, erfordern.

Für den Zugang zur vollen steuerfinanzierten Grundpension (Old Age Security), einst ja als Grundeinkommen im Alter definiert, wurde ein Einkommenstest eingeführt, allerdings bloß auf sehr hohem Niveau, so dass heute nur fünf Prozent der kanadischen Pensionisten betroffen sind. Für Alleinstehende beträgt diese Grundpensionssäule ca. 330 Euro. Eine zweite Säule mit ca. 400 Euro (Alleinstehende) kommt dann ins Spiel, wenn man neben dieser Grundpension nicht mehr Jahreseinkommen als 10.000 Euro hat. Ansonsten wird die Pension schrittweise gekürzt. Anspruch auf die volle Grundpension hat jeder der seit mindestens zehn Jahren in Kanada lebt, unabhängig von individuellen Erwerbsarbeitszeiten.

Diese werden erst von der dritten staatlichen Säule (Canadian Pension Plan/CPP) anerkannt. Die Finanzierung erfolgt im Gegensatz zu den ersten beiden Säulen durch Beiträge (9,9 Prozent des Lohnes, aufgeteilt zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite). Nach 35 Erwerbsjahren wird ein Anspruch von 25 Prozent des Durchschnittseinkommens erworben, zur Zeit 560 Euro.

### Geringere Armutsquote

Wegen der relativ moderaten Leistungshöhen des öffentlichen Systems beziehen kanadische Pensionisten durchschnittlich 50 Prozent ihrer Pension aus privaten Betriebspensionen oder anderen privaten Vorsorgemodellen. Auf der anderen Seite ist die Grundsäule hoch genug, um Altersarmut weitgehend zu verhindern und Bezieher von Niedrigeinkommen Einbußen im Alter zu ersparen. Die Armutsquote unter Pensionisten ist folglich in Kanada geringer als etwa in Österreich.

Hauptziel des steuerfinanzierten kanadischen Gesundheitssystems ist es, sicherzustellen, dass alle Einwohner Kanadas ohne Direktzahlungen über einen angemessenen Zugang zu Gesundheitsleistungen verfügen. Private Krankenversicherungen sind immer noch weitgehend unbedeutend und auf Leistungen limitiert, die vom staatlichen System nicht abgedeckt werden. Für Grundleis-



Armut in Kanada

tungen gibt es in der Regel wenig bis gar keine Selbstbehalte, um eine Health Insurance Card, die kanadische e-card, zu erlangen, reicht ein dreimonatiger Aufenthalt im Land. Im Gegensatz zur USA, wo fast 16 Prozent der Bevölkerung nicht krankenversichert sind, ist das kanadische System universal. Manche Provinzen heben zusätzlich kleine Versicherungsbeiträge ein, um die Finanzierungsbasis sicherzustellen.

Krankentransporte, Zahnbehandlungen und Arzneimittel werden darüber hinaus in Kanada nicht abgedeckt. Die Arzneimittel kosten aber in der Regel um 50 Prozent weniger als in den USA, weil die kanadische Regierung die Preise direkt mit den Pharmakonzernen verhandelt, anstatt sie, wie die US-Regierung, völlig freizugeben.

### Arbeitslose und »Workfare«

Während eine klare Mehrheit der Kanadier sich zum öffentlichen Pensions- und Gesundheitssystem bekennt, herrscht bezüglich der Unterstützungen für Arbeitslose die Auffassung vor, jeder müsse sich so bald wie möglich einen Job suchen, egal welchen. Auch seien Betroffene für Armut und Arbeitslosigkeit aufgrund moralischer Mängel oder schlechter Motivation eher selbst verantwortlich.

Das kanadische »Workfare«-Programm, das auf ähnliche Initiativen in den USA zurückgeht, will daher statt So-

zialhilfe im klassischen Sinne (Welfare) die Beschäftigungslosen so rasch wie möglich wieder in den Arbeitsmarkt zurückschicken. Der Begriff »Workfare« steht also für eine aktive Sozialhilfepolitik, die Leistungen an die Arbeitsbereitschaft koppelt. Das heißt konkret, es sollen nur jene unterstützt werden, die sich aktiv an Maßnahmen beteiligen, die es ihnen ermöglichen sollen, so rasch als möglich wieder ein Jobangebot zu bekommen. Statt längerfristiger und nachhaltiger beruflicher Qualifizierung steht dabei vielmehr das Üben von Bewerbungsgesprächen und die sofortige Jobsuche im Vordergrund. Oder man wird gleich in Arbeitsmaßnahmen gesteckt. Die vorherrschende Philosophie heißt »Jeder Job ist besser als kein Job«. Schlechte Jobs sollen dem Wiedereinstieg dienen und danach automatisch zu besseren Anstellungsverhältnissen führen.

Mittlerweile kommen fast alle Studien übereinstimmend zum Schluss, dass der Zwang, rasch Arbeit anzunehmen, die Qualität der Arbeitsplätze für die Betroffenen auch langfristig niedrig hält. Das heißt, eine klare Mehrheit der von »Workfare«-Programmen Betroffenen haben nach Absolvierung dieser Programme einen weitaus schlechteren Job als früher.

### Bildungssystem als Paradebeispiel

Weitaus erfreulicher hören sich da die Meldungen aus dem kanadischen Bil-

## Gesundheit Kanada–USA–Österreich

(Daten 2003)

	Kanada	USA	Österreich
Anteil der Gesundheitsausgaben (in % des BIP)	9,9%	15%	7,6%
Davon öffentliche Ausgaben	70%	44,4%	69,9%
Deckungsgrad der Krankenversicherung	100%	84%	98%
Lebenserwartung im Länderranking der OECD	8. Stelle	23. Stelle	13. Stelle
Kindersterblichkeit	5,6 von 1000	7,8 von 1000	4,66 von 1000

Quelle: Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung – [www.voegb.at](http://www.voegb.at)

dungssektor an: Aufmerksamen Lesern der PISA-Leistungsstudie wird aufgefallen sein, dass neben dem Siegerland Finnland auch Kanada in allen Kategorien die oberen Ränge besetzt.

Tatsächlich gilt das kanadische System als ein Paradebeispiel für ein erfolgreiches Gesamtschulsystem mit allen dazu gehörenden Indikatoren: gemeinsame Schule der 6- bis 15-Jährigen, keine Klassenwiederholungen, individuelle Förderstunden mit Assistenzlehrern, Ganztages-

unterricht ohne Hausübungen und Beurteilung sozialer Kompetenz wie Konfliktlösungspotential, Kommunikation und Kooperation.

Differenzierter muss das universitäre System betrachtet werden. Zwar ist die Rate der Universitätsabschlüsse in Kanada die höchste der Welt (45 Prozent der 25- bis 64-Jährigen haben einen Abschluss), doch stellen die Studiengebühren von ca. 3000 Euro pro Studienjahr ein nicht zu unterschätzendes Problem dar.

Staatliche Kredite helfen nur beschränkt. Es stimmt durchaus optimistisch, dass sich manche im Budgetnotstand befindende europäische Regierungen nicht mehr ausschließlich von den nordamerikanischen »Workfare«-Modellen beeinflussen lassen, sondern auch universalen Pensions- und Krankenversicherungsregelungen, wie es sie in Kanada gibt, immer größere Beachtung schenken. Und auch das Modell »Gesamtschule« ist ja derzeit in aller Munde.



**Australien:**

## Letztrangig

**Australien ist mit seiner Arbeitsgesetzgebung weit unter dem weltweit anerkannten Niveau.**

Ein Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) zeigt die negativen Folgen der australischen Gesetze für die ArbeitnehmerInnen. Besonders kritisiert werden die Gesetze, die unter der Bezeichnung »Arbeitsoptionen« den Arbeitgebern das Recht einräumen, Verhandlungen mit den Gewerkschaften abzulehnen. Australien ist der einzige Industriestaat der Welt, in dem diese »Vorgangsweise« rechtlich verankert ist.

Grundsätzlich ist es in Australien nicht einfach, einer Gewerkschaft beizutreten.

Auch die Kollektivverträge sind äußerst dürftig und entsprechen nicht den Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die von Australien unterzeichnet wurden, urteilen die ExpertInnen des IGB. »Die australische Regierung irrt, wenn sie meint diese Einschränkungen wären nötig, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Andere Industriestaaten investieren in die Qualifizierung oder Infrastruktur, anstelle mit Schwellenländern auf der Ebene niedriger Löhne konkurrieren zu wollen«, kommen-

tierte IGB-Generalsekretär Guy Ryder. Eine Studie zeigt, dass die Reallöhne der Frauen seit Einführung der neuen Gesetzgebung um zwei Prozent gesunken sind, die der Männer um 1,2 Prozent. »Australien ist mit seiner Arbeitsgesetzgebung weit unter dem weltweit anerkannten Niveau. Aus Erfahrung wissen wir, dass in Ländern, die diesen Weg beschreiten, die Ungleichheit und Ausbeutung unweigerlich ansteigen.« Rund 1000 Menschen werden in Australien jährlich Opfer von Menschenhandel. *G. M.*

**Europäische Union:**

## Im öffentlichen Interesse

**Öffentliche Dienstleistungen sind kein Privatzweck. Der freie Markt ist kein Garant der Grundversorgung.**

Gute Schulen und Krankenhäuser, sauberes Wasser, sichere öffentliche Verkehrssysteme und verlässliche Energieversorgung müssen für alle Menschen in Europa leistbar sein. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat daher für den Schutz der Qualität öffentlicher Dienstleistungen die Initiative »Hochwertige öffentliche Dienstleistungen für alle« gestartet. In einer Petition wird die Europäische Kommission aufgefordert, gesetzliche Initiativen zum Schutz öffentlicher Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu setzen. Die Eu-

ropäische Kommission verfolgt seit mehreren Jahren eine Politik der Marktöffnung. Schlagworte wie »Freier Markt« und »Förderung des Wettbewerbs« begleiten die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen, durch die bisher funktionierende Staatsmonopole ersetzt werden. Ergebnisse waren oft der Abbau von Qualität dieser Leistungen oder im schlimmsten Fall, dass der Zugang zu diesen Leistungen nur mehr beschränkt möglich war. So verabschiedete die Europäische Kommission beispielsweise eine ganze Reihe von Maßnahmen zur schritt-

weisen Liberalisierung der Post. Mit der Öffnung dieser Dienste für den freien Wettbewerb ab dem 1. Jänner 2009 hat sie gerade einen weiteren Schritt zur vollständigen Liberalisierung unternommen – ohne sich darum zu bemühen, einen »für alle« zugänglichen Universaldienst aufrecht zu erhalten. In Österreich haben der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) und die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) die Internet-Plattform [www.unterschreiben.com](http://www.unterschreiben.com) ins Leben gerufen, um die Initiative zu unterstützen. *G. M.*

**Venezuela:**

## Chávez verstaatlicht Ölindustrie

**Venezuelas Präsident Hugo Chávez setzt seinen Plan zur vollständigen Verstaatlichung der Ölindustrie um.**

Venezuelas Staatspräsident Hugo Chávez hat ein Dekret zur Verstaatlichung der Ölindustrie unterzeichnet. Er will damit die Öffnung der Ölindustrie für ausländisches Kapital aus den Neunzigerjahren zurücknehmen. Damit setzt er neben amerikanische auch europäische Unternehmen unter Druck, die in den Hoheitsgebieten des fünftgrößten Rohölproduzenten der Welt das schwarze Gold fördern.

Arbeiter und Angestellte der ausländischen Firmen sollen auf keinen Fall in

Mitleidenschaft gezogen werden, versprach Chávez. Die Unternehmen, die mit den neuen Gesetzen einverstanden seien, könnten in Venezuela bleiben. Die Ölindustrie für ausländische Unternehmer zu öffnen sei unheilvoll gewesen, sagte der venezolanische Präsident bei Unterzeichnung des Dekrets. Von diesem letzten Schritt zur vollständigen Verstaatlichung der venezolanischen Ölindustrie sind die Fördergebiete im Orinoko-Streifen betroffen, wo extraschweres Öl liegt. Chávez will

die Ölfelder militärisch besetzen lassen. Geplant ist die Übernahme für den 1. Mai. Gemäß des Dekrets müssen ausländische Unternehmen, die im Orinoko-Streifen aktiv sind, akzeptieren, dass ihr Engagement in Joint-Ventures umgewandelt wird, an denen der venezolanische Staat die Kapitalmehrheit halten wird. Der Schritt trifft die amerikanischen Gesellschaften Exxon Mobil, Chevron und Conoco-Phillips sowie die französische Total, British Petroleum und Statoil aus Norwegen. *G. M.*

# Friedensfreund Fried

**Ein österreichisches Schicksal: Es geht nicht um den großen Lyriker Erich Fried, sondern um den 1864 geborenen Alfred Hermann Fried. 1911 durfte er den Friedensnobelpreis in Empfang nehmen. Als er nur zehn Jahre später verarmt in Wien starb, war er bereits vergessen.**

**N**un schrieb Walter Göhring die Biographie dieses Mannes. Sie stößt den Leser mitten hinein in die geistigen Kämpfe einer Zeit, in der das Wort Frieden bloß die Pause zwischen zwei Kriegen bezeichnete.

Es dürfte wenige so gründlich verdrängte Nobelpreisträger geben. Fried wird in zahlreichen Büchern mehr oder weniger ausführlich erwähnt und es wurden, im Abstand von 80 Jahren, auch zwei Doktorarbeiten über ihn geschrieben. Doch Walter Göhrings Werk ist, so erstaunlich dies klingt, die erste Biographie in Buchform.

Dabei wirkte Fried weit über seine Zeit hinaus. Er war in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg neben Bertha von Suttner, mit der er eng zusammenarbeitete, Wortführer der verfolgten und lächerlich gemachten Friedensbewegung. Seine Gedanken über Friedenspolitik wurden Allgemeingut und spielten nicht nur im Vorfeld des Völkerbundes, sondern auch noch bei der Gründung der Vereinten Nationen und der EU eine wichtige Rolle. Doch dies ist kaum bekannt.

## Zwei Fotos weisen den Weg

Er stammte aus einer jener jüdischen Familien, die im 19. Jahrhundert nach Wien strömten, weil ihnen die industriellen Umwälzungen und der Antisemitismus die Lebensbasis in der Heimat raubten. Der Vater hatte bis 1858 als Handwerker in der ungarischen Grenzgarison Szigetvar zivile Hüte und Schulterstücke für die k.u.k. Offiziere hergestellt und konnte sich in Wien eine neue Existenz aufbauen.

Am 9. Mai 1873, genau eine Woche nach der Eröffnung der großen Weltausstellung durch Kaiser Franz Joseph, kam es zur Börsenkatastrophe.

Auch Papa Fried verlor alles, was er sich in Wien aufgebaut hatte. Sein neunjähriger Sohn musste die Privatschule verlassen.

Der am 11. November 1864 geborene Alfred Hermann Fried war ein wissbegieriges, lesehungriges Kind. Nach dem »Schwarzen Freitag« war es mit dem Studium Essig, daher absolvierte der junge Mann mit den literarischen Neigungen eine Lehre als Buchhändler. Zwei Bilder des berühmten Fotografen Wereschtschagin in einer Ausstellung im Künstlerhaus im Herbst 1881 wiesen dem Siebzehnjährigen die Richtung. Das eine hieß »Alles ruhig am Schipkapass« und zeigte einen Popen beim Einsegnen Gefallener des russisch-türkischen Krieges. Die »Apotheose des Krieges« zeigte eine Pyramide von Totenschädeln mit Raben drauf. Fried hat die Empörung, die diese Bilder in ihm auslösten, niemals vergessen.

## Brennpunkt einer Bewegung

Sein Weg zum führenden Mann der damals als exotisch, befremdend und gefährlich empfundenen Friedensbewegung und an die Seite Bertha von Suttners hatte viele Stationen, die Walter Göhring lebendig nachzeichnet: Angestellter einer Buchhandlung in Berlin, die er mit 23 Jahren kauft. Verleger und Journalist mit wechselndem Erfolg. Unglückliche erste Ehe, turbulentes Privatleben. Fast immer, in Berlin wie in Wien, kämpft er gegen Geldnot. Er versucht sich als Erfinder und startet allerlei Projekte, verliert aber nie seine Ziele, den Frieden, die Emanzipation der Frau und den Einsatz für die Armen, aus dem Auge.

Sein Leben ist ein ständiges Auf und Ab, es gleicht einer Achterbahn. Begegnung und enge Zusammenarbeit mit Bertha von Suttner. Frieds Zeitschrift »Die Friedens-Warte« wird zum Brennpunkt einer internationalen Bewegung. Die zweite Frau, Therese Fried, bewährt sich als Mitstreiterin. Sie trägt tapfer alle Lasten mit und kann 1950 noch an der großen Suttner-Fried-Ausstellung im Wiener Rathaus mitwirken.

## Geplatzter Kongress

Der für September 1914 geplante große Friedenskongress, der in Wien stattfinden und in einer Ehrung der 70-jährigen Bertha von Suttner gipfeln sollte, hätte auch zum Höhepunkt in Frieds Leben werden können. Doch Bertha von Suttner starb am 21. Juni – Fried stand an ihrem Bett –, und genau eine Woche später fielen in Sarajevo die Schüsse auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand und seine Frau, die zum Startschuss für den Ersten Weltkrieg wurden. Fried ließ die »Friedens-Warte« zunächst noch weiter erscheinen, doch immer mehr Freunde erlagen der Kriegsbegeisterung oder kümmerten sich nur noch um ihre eigenen Probleme und wandten sich von ihm ab.

Nur wenige, darunter der Völkerrechtler und spätere Ministerpräsident Heinrich Lammasch, der spätere deutsche Träger des Friedensnobelpreises Ludwig Quidde und der Dichter Stefan Zweig hielten noch zu ihm. Seine Bücher werden verboten. Ein Prozess wegen Hochverrats soll ihm angehängt werden. In der Nacht des 18. Oktober 1914 flieht er mit wenigen Habseligkeiten in die Schweiz. Einen großen Teil des Nobelpreisgeldes hat er für soziale Projekte gespendet. Das meiste von dem, was noch übrig ist, bleibt zurück.

## Der Wurm im Apfel

Nach der Niederlage Deutschlands und Österreichs im November 1918 brachen zwar alle Vernünftigen in den Ruf »Nie wieder Krieg!« aus. Doch ausgerechnet nun, da der Friede da war, geriet der Friedensfreund Fried sowohl den deutschen als auch den alliierten Revanchisten in die Quere. Ein Mann der diplomatischen Gangart war er noch nie gewesen. Plötzlich saß er zwischen allen Stühlen. Auf der einen Seite die nach Rache schreienden Deutschnationalen, auf der ande-

ren die gigantische Reparationszahlungen fordernden Westmächte, vor allem die Franzosen. Für die Stimme der Humanität und Vernunft war plötzlich noch weniger Platz als vor dem Wahnsinn des Ersten Weltkrieges mit seinen 13 Millionen Toten. In Berlin wird Fried als Franzosenfreund beschimpft, in München gerät er in den großen Rechtsrutsch und wird ausgewiesen.

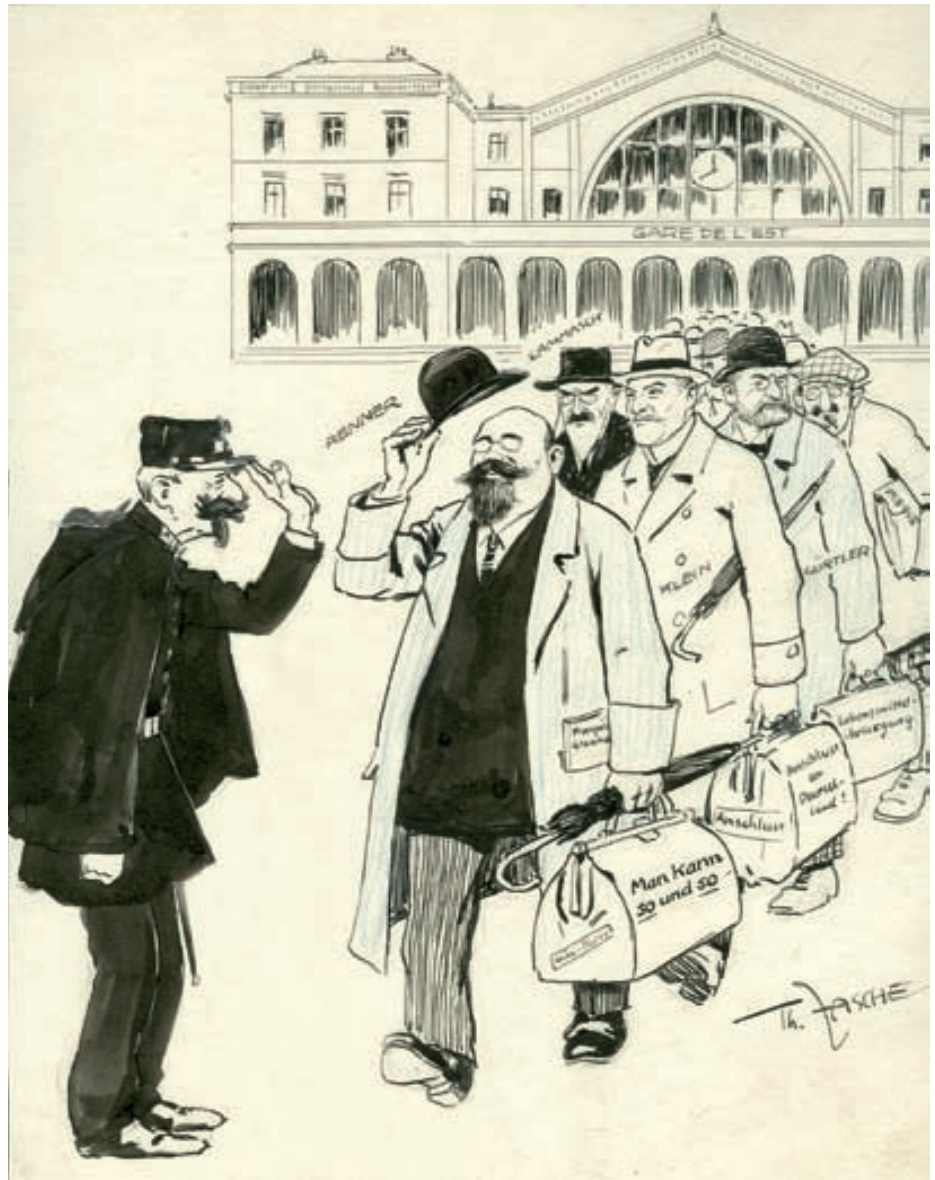
Die Idee eines Völkerbundes war eines seiner wichtigsten Anliegen. Sie begegnet uns bereits 1795 im Buch »Zum ewigen Frieden« von Immanuel Kant. Doch als die Friedenskonferenz von Versailles am 28. April 1919 die Satzung des Völkerbundes beschloss, war Fried einer jener Weitblickenden, die erkannten, dass in diesem Apfel bereits der Wurm hauste.

### Keim des nächsten Krieges

In seinen Schriften »Der Völkerbund« und »Mein Kampf gegen Versailles und St.-Germain« sammelte er Stimmen aus aller Welt, auch ehemaliger persönlicher Gegner, um den Friedensgedanken von Rache und Revanche zu befreien. Mitten im Nachkriegschaos ertönte seine Forderung, Deutschland und Österreich nicht aus der Weltgemeinschaft auszuschließen, sondern in sie hineinzuführen. Ebenso wie der Nationalökonom John Maynard Keynes befürchtete auch er, dass das unbarmherzige »Friedens«-Diktat der Alliierten bereits den Keim des nächsten Weltkrieges in sich trug. Genau so kam es denn auch.

Der Fall Österreich wurde von den Alliierten bekanntlich nicht in Versailles, sondern im nicht weit entfernten Saint-Germain abgehandelt. Die österreichische Delegation unter Karl Renner konnte die Einzelheiten des Vertrages, den man ihr dort zum Unterschreiben hinknallte, bereits im Zug lesen: Österreich und Ungarn zerstückelt, Südtirol und Teile der Südsteiermark von Österreich abgetrennt. In der Zwischenzeit hat man sich an die neue Landkarte gewöhnt. Doch damals waren die Gebietsverluste ein gewaltiger Schock.

»Unseren Willkommgruß, meine Herren Boches aus Vienne, haben Sie wohl schon während der Fahrt gelesen?« stand am 14. Mai 1919 unter einer höhnischen Karikatur in der Abendausgabe



### Die Demütigung von St-Germain in der zeitgenössischen Karikatur:

»Unseren Willkommgruß, meine Herren Boches aus Vienne, haben Sie wohl schon während der Fahrt gelesen?« stand am 14. Mai 1919 unter einer höhnischen Karikatur in der Abendausgabe der erzkonservativen »Reichspost«. Hinter Renner ist Heinrich Lammasch zu sehen, der die Delegation als juristischer Berater begleitete.

der erzkonservativen »Reichspost«. Hinter Renner ist Heinrich Lammasch zu sehen, der die Delegation als juristischer Berater begleitete. Lammasch ging als letzter österreichischer Ministerpräsident vor der Abdankung von Kaiser Karl I. am 11. November 1918 in die Geschichte ein. Ganze 16 Tage lang hatte er als Chef des letzten kaiserlichen Kabinetts amtiert. Er war aber auch ein Mann des Friedens und Frieds verlässlicher »Schutzpatron« in schweren Zeiten. Er starb, enttäuscht und verarmt wie Fried, ein Jahr und vier

Monate vor dem Freund am 6. Jänner 1920.

### Fried, der Freimaurer

Frieds Eintritt in eine Freimaurer-Loge war nicht zuletzt deshalb ein logischer Schritt, weil Bertha von Suttners Mann Arthur von Suttner Mitglied war. Walter Göhring arbeitet diesen Aspekt zum Teil anhand interner Quellen heraus, wobei zahlreiche Details der damaligen Logenaktivitäten offengelegt werden. Uner-



Teil eines Entwurfs für ein Fried-Denkmal des renomierten Bildhauers Hubert Flörl

müdig knüpft Fried nach dem Ersten Weltkrieg Verbindungen zu den ausländischen, vor allem den Schweizer und holländischen Logen. Er holt Geldspenden, Erholungsaufenthalte für österreichische Kinder, Lebensmittel und Kleider herein. Interventionen zur schnelleren Rückführung österreichischer Kriegsgefangener werden initiiert.

Der Aufruf vom 6. Juni 1919 »an die Freimaurer der ganzen Erde«, einen Beitrag zum Überleben der österreichischen Bevölkerung zu leisten, verrät Frieds Handschrift: »Was Ihr zu wissen glaubet, weil es unausgesetzt in Wort und Schrift an Euch herantritt, das ist, dass Deutschösterreich von den Siegerstaaten ein strenger, aber gerechter Friede auferlegt wurde.« Tatsächlich, heißt es im Aufruf, sei der Friede von Saint-Germain jedoch »kein Friedensvertrag, sondern ein Todesurteil, an dem das kleine Volk zerbrechen werde, denn ihm werde eine Schuld aufgebürdet, die seiner ehemaligen Monarchie und ihrer Führung entspreche. Hun-

ger und Not seien in Wien so groß, dass tausende Menschen sterben.«

Tausende Wiener überqueren heute täglich auf der Wagramer Straße mit dem Auto die Alte Donau. Unter dieser Brücke konnte man jahrelang über die volle Breite in meterhoher Schrift lesen: »EU = Freimaurerdiktatur«. Sie wurde übermalt. Doch Faktum ist, dass der Aufbau nationenübergreifender Organisationen stets zu den Hauptzielen der Freimaurer zählten, weshalb viele dabei eine aktive Rolle spielten. Walter Göhring stellt Alfred Hermann Fried sowohl mit seinem sozialen Einsatz als auch in seiner führenden Rolle in der Friedensbewegung als typischen Freimaurer dar.

### Aktiv bis zuletzt

Entbehrungen, Selbstaussbeutung, das unermüdliche nächtliche Schreiben von Artikeln um Geld zu verdienen, auch das Rauchen, hatten Frieds Gesundheit untergraben und die letzten Kräfte aufgezehrt. Er konnte die Wiener Wohnung, die ihm Freunde verschafft hatten, nicht mehr beziehen, denn er erlag am 4. Mai 1921 im Spital einer Lungenblutung.

Kein Geringerer als Stefan Zweig schrieb in seinem Nachruf: »Er ist als ein Besiegter gestorben, aufrechten Glaubens an die ihm heilige Sache. ... Er ist verfolgt worden von seinem Vaterlande Österreich in der Zeit, da er es vor Europa in einem höheren Sinne repräsentierte als seine Gesandten und Generäle ... Bertha von Suttner suchte auf das Gefühl zu wirken ... Fried baute ihre Bemühungen ins Wissenschaftliche aus ... Die Dreiheit der Österreicher Fried, Suttner, Lammasch hat als Verbündete des Pazifismus den Gemeinschaftsgedanken der Menschheit verfochten.«

### Nie »den Huat drauf g'haut«

Das Buch des Zeithistorikers, Politikwissenschaftlers und langjährigen Leiters des Historischen Instituts der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien, Professor Walter Göhring, ist eine österreichische Pflichtlektüre. Es ist geeignet, die Frustrierten, Wütenden und Desillusionierten, von denen es derzeit in diesem Lande wimmelt und die zu einem großen Teil eine positive Auslese darstellen, neu

zu motivieren, weil es von Menschen handelt, die gerade unter widrigsten Umständen nicht »den Huat drauf hauten«.

Göhrings Buch zeigt, mit welcher Gewalt die Verfechter unerwünschter Ideen auch in Zeiten niedergebügelt wurden, in denen es noch keine Gestapo und noch kein Auschwitz gab, sondern lediglich die Repressionsmechanismen eines nur halb aufgeklärten Obrigkeitsstaates. Von solchen Verhältnissen sind wir weit entfernt. Wer nicht gerade schwarz und somit automatisch ein Drogendealer ist oder leider nicht umhin konnte, als Verfolgter auf der Flucht in den »sicheren Hafen Österreich« kurzfristig den Boden eines angeblich sicheren Drittlandes zu betreten, der kriegt keinen Polizeistaat zu spüren.

Er darf die unbequemsten Gedanken äußern. Sie gehen sowieso im Mediengestumm unter, im großen weißen Rauschen, das alles Unerwünschte effizienter ausfiltert als jede Zensur.

Denn auch die Macht hat dazugelernt. Aber in den Spuren eines Alfred Hermann Fried wandeln heute viele, ob sie seinen Namen gehört haben oder nicht.

*Hellmut Butterweck*



**Verdrängt und vergessen.** Friedensnobelpreisträger Alfred Hermann Fried. Von Walter Göhring. Kremayr & Scheriau, Wien 2006. 320 Seiten, gebunden, € 25,-

# Jeder Fünfte wechselt nach der Ausbildung den Beruf

Ein Fünftel der Absolventen wechselt bereits unmittelbar nach der Ausbildung den erlernten Beruf, berichtet das deutsche Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Bei den männlichen Absolventen sei der Anteil der Berufswechsler seit 1977 von 18 auf 26 Prozent gestiegen. Bei den Frauen sei die Wechselquote dagegen von 19 auf 16 Prozent gesunken.

Hinter den gegenläufigen Tendenzen stehe vor allem die unterschiedliche Berufswahl von Männern und Frauen, so das IAB. Bei vielen typischen Männerberufen, beispielsweise den Tischlern oder Rohinstallateuren, habe die Wechselhäufigkeit im Zeitverlauf eher zugenommen. Bei typischen Frauenberufen, zum Beispiel den Steuerfachgehilfen oder Bürofachkräften, sei sie zurückgegangen.

## Berufswechselrisiko

Laut IAB-Studie bestimmen die erlernten Berufe in hohem Maße die Wahrscheinlichkeit, in eine neue Tätigkeit zu wechseln. So finde zum Beispiel in Lehrberufen mit geringen Kosten für die Betriebe häufig eine Ausbildung über Bedarf statt, da die Azubis (Lehrlinge) dort in der Regel als preisgünstige Arbeitskräfte eingesetzt werden können. In der Folge stünden den

Absolventen nicht genügend Arbeitsplätze im erlernten Beruf zur Verfügung und Berufswechsel seien deshalb unausweichlich. Sei die Ausbildung eher kostenintensiv und auf den Fachkräftebedarf des jeweiligen Betriebs ausgerichtet, werde das Berufswechselrisiko von vornherein verringert.

»Jugendliche, die vom Ausbildungsbetrieb nicht übernommen werden, verlassen mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit den erlernten Beruf als übernommene Absolventen«, schreibt IAB-Arbeitsmarktforscher Holger Seibert in der Studie. Verstärkt werde dieser Effekt, wenn die Absolventen nach dem Verlassen des Betriebs nicht nahtlos eine neue Beschäftigung finden, denn jeder Monat Arbeitslosigkeit entwerfe ihren Ausbildungsabschluss.

## Entberuflichung

Die Folgen eines Berufswechsels seien in den letzten drei Jahrzehnten im Wesentlichen unverändert geblieben: Je weiter der erlernte vom aktuell ausgeübten Beruf inhaltlich entfernt sei, desto höher sei das

Risiko »unterwertig« beschäftigt zu sein – also nicht als Facharbeiter, sondern als Un- und Angelernter. Dies zeige, dass der deutsche Arbeitsmarkt nach wie vor in hohem Maße beruflich gegliedert sei. Die These einer zunehmenden »Entberuflichung« bestätige sich zumindest für den Übergang von der Ausbildung in die erste Beschäftigung nicht, so Seibert. Es falle aber auf, dass seit Ende der Neunzigerjahre unterwertige Beschäftigung nach der Ausbildung deutlich zugenommen habe – und zwar unabhängig davon, ob der Ausbildungsberuf verlassen wurde oder nicht. Eine Ursache dafür sei der Beschäftigungsrückgang in zahlreichen gewerblichen Berufen, insbesondere in der Metall- und Baubranche sowie im Handwerk.

Der IAB-Kurzbericht »Berufswechsel in Deutschland: Wenn der Schuster nicht bei seinem Leisten bleibt ...« steht im Internet unter <http://doku.iab.de/kurzber/2007/kb0107.pdf>. Analysiert wurden ausschließlich Erwerbsverläufe von westdeutschen Absolventen betrieblicher Berufsausbildungen. (IAB)

## Mexiko/USA:

# Sprit statt Nahrung

Die USA entdecken den Biokraftstoff – und lassen damit den Preis für Mais in Mexiko steigen.

Mehr als hunderttausend Menschen demonstrierten Anfang Februar gegen die Verdreifachung der Preise für Tortillas, dem mexikanischen Grundnahrungsmittel. Grund für die Preiserhöhungen ist die wachsende Nachfrage nach Biosprit in den USA, der auch aus Mais gewonnen wird, und der die Maispreise auf dem Weltmarkt in die Höhe getrieben hat.

Die Empörung richtete sich auch gegen den konservativen Präsidenten Felipe Calderon, der im Vorjahr nur hauchdünn gegen den Linkskandidaten Lopez Ob-

rador gesiegt hat. Die Linke erkennt die Niederlage bis heute nicht an und wirft Calderon Wahlbetrug vor. »Calderon hat die Wahl gestohlen, jetzt stiehlt er Tortillas«, stand auf den Demo-Plakaten.

Zur Kundgebung gegen die dramatisch gestiegenen Lebensmittelpreise und für eine Erhöhung der Mindestlöhne hatten Gewerkschaften, Bauernverbände und die Opposition aufgerufen. Mehr als die Hälfte der rund 103 Millionen Mexikaner lebt in Armut. Die Regierung hob zwar den Mindestlohn von umgerechnet

3,30 auf 3,50 Euro pro Tag an. Dies wird von den Gewerkschaften aber als unzureichend kritisiert.

Neben einer weiteren Erhöhung fordern sie die Herausnahme von Grundnahrungsmitteln wie Mais, Milch und Bohnen aus der amerikanischen Freihandelszone Nafta. Dem Nafta-Abkommen zufolge sollen ab 2008 Preiseinschränkungen für bestimmte Produkte auslaufen. Calderon hat seit seinem Amtsantritt mehrfach betont, er sei gegen staatliche Preiskontrollen. G. M.

# Berlin

## Hauptstadt im Wandel

*Deutschland – Österreich: Ein Vergleich. Das Verhältnis der beiden Nachbarn hat sich verändert.*

*Autor: Günther Sandner*

*Politikwissenschaftler und Publizist  
Lebt derzeit in Berlin*

Seit Deutschland zur Berliner Republik geworden ist, scheint vieles in Bewegung geraten zu sein. Verändert hat sich auch das Verhältnis, das Österreich zu seinem Nachbarstaat hat. Deutschland, das bedeutet heute vieles für uns: Es ist immer noch ein wirtschaftlich überaus potenter Partner und Konkurrent, an den die heimische Ökonomie eng gekoppelt ist und ein immer noch wesentlicher Pool für die Nachfrage nach den Angeboten des heimischen Tourismus. Deutschland, das ist auch ein sprachlich-kulturell nahe verwandtes Land, mit dem wir allerdings eine unheilvolle Geschichte teilen, die trotz der Gemeinsamkeit mehr trennt als sie verbindet. Denn schließlich bedeutete der Nationalsozialismus vor allem die gemeinsame Verantwortung für die Verbrechen, an die immer wieder erinnert werden muss.

### Neuer Blick

Und dennoch: der Blick nach Deutschland war trotz vorhandener Animositäten einer des Respekts, ein Blick von unten nach oben, aus der Perspektive des Kleinen auf den mächtigen Großen. Jahrzehntlang war dies ohne Zweifel die dominante Sichtweise. Doch längst gibt es auch die andere Seite. Denn die deut-

schen Nachbarn, die nach Österreich kommen, sind nicht nur mehr Touristen, die bedient werden wollen. Viele Deutsche haben die Seiten gewechselt. In heimischen Gaststätten treffen wir immer häufiger ostdeutsches Personal, wir gewöhnen uns an Sächsisch auf Almhütten, auf Plattdeutsch am Wörthersee. Die Hintergrundinformationen dazu liefert uns die Wirtschaftsberichterstattung. Wir lesen mit Schaudern die Arbeitslosenzahlen, die in manchen Regionen beinahe epidemische Ausmaße annehmen, und vor allem auch über die sozialen und politischen Folgen. Hat Deutschland tatsächlich sein Gesicht verändert? Um diese Frage zu beantworten, mag ein Blick auf das Zentrum des neuen Deutschland hilfreich sein, in dem sich Ost und West treffen: auf Berlin.

### Ungleiche Beziehungen

Wie asymmetrisch die Beziehung zwischen Österreich und Deutschland sein kann, stellt man beim Lesen der wahrscheinlich renommiertesten Berliner Tageszeitung, dem Tagesspiegel, fest. Die Ökonomie der Aufmerksamkeit ist zwischen den beiden Ländern nämlich äußerst ungleich verteilt. Denn während das politische Geschehen Deutschlands in Österreich stets genau verfolgt wird oder zumindest jenen, die das möchten, Gelegenheit dazu bietet, ist das in Berlin ganz anders. Berichten die großen deutschsprachigen Printmedien wie die Süddeutsche Zeitung (SZ) oder auch die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) immerhin regelmäßig mit Hilfe ihrer in Wien wei-

lenden Korrespondenten über das politische, wirtschaftliche und auch kulturelle Geschehen, kommt im Berliner Tagesspiegel Österreich kaum vor. Das wurde besonders bei der letzten Nationalratswahl im Oktober 2006 deutlich, die in diesem Medium als ein eher randständiges Ereignis erschien. Davor und danach war die Alpenrepublik ohnedies vollständig aus dem Blickfeld geraten. Dass wir uns – im Gegensatz dazu – über Deutschland so gut informiert fühlen, kann natürlich auch in die Irre führen. Denn zumeist ist uns das politische Geschehen auch nur in groben Zügen bekannt, auf der Ebene der Politik auf Bundesebene oder der Außenpolitik etwa, oder auch wenn sich etwas Besonderes, Aufregendes oder Skandalträchtiges ereignet. Der gesellschaftliche und politische Alltag, die Routine, geht an uns vorüber. Das ist schade, weil gerade daran einige Besonderheiten Deutschlands deutlich sichtbar werden, aber auch, weil daran allgemeine Trends ablesbar sind, die auch in anderen großen Städten festzustellen sind. Ein kurzer Streifzug durch Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Berlins soll dies veranschaulichen.

### Soziale und wirtschaftliche Lage

Der Stellenwert, den Berlin für Deutschland hat, ist nur eingeschränkt mit der Rolle Wiens in Österreich vergleichbar. Die wesentlichen Unterschiede haben mit der jahrzehntelangen Teilung zu tun, durch die die Stadt an der Spree an den Rand der alten BRD gerückt ist. Die Folgen sind bis heute spürbar, und zwar auf





Günther Sandner: »Immerhin liegt die Arbeitslosigkeit bei rund 17%. Jobs in Unternehmen zu schaffen, erweist sich als schwierig, vor allem, wenn es um einigermaßen gesicherte Vollzeitstellen geht. Im Gegenteil herrscht bei vielen die Angst, den vorhandenen Arbeitsplatz bald zu verlieren.«

der mentalen, besonders aber auch auf der wirtschaftlichen Ebene. Berlin, wie Wien übrigens gleichermaßen Land wie autonome Gemeinde, verfügt nach wie vor über keine ausreichend gefestigte Wirtschaftsstruktur, über zu wenige Unternehmen, die der Stadt das nötige Steuergeld und die Abgaben bringen und die vor allem in ausreichendem Maße Arbeitsplätze schaffen. Im Gegenteil: Die Stadt ist heute hoch verschuldet und hatte sich daher (vergebens) zu einer Notlage-Klage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entschieden, um mit der Hilfe von Bundesmitteln aus dem finanziellen Schlamassel wieder herauszukommen.

Die Gründe, warum das Projekt Berlin wirtschaftlich bislang grandios gescheitert ist, haben natürlich mit der Geschichte der deutschen Teilung zu tun, sie sind aber zum Teil auch selbst gemacht. Wie groß der Anteil der eigenen Schuld an der Misere aber genau ist, das ist naturgemäß immer wieder Gegenstand parteipolitischer Kontroversen.

### BAWAG-Skandal an der Spree

Gänzlich ungeeignet für eine Externalisierung der Schuld ist etwa das Fiasko der Bankgesellschaft Berlin, die aus dem Zusammenschluss mehrerer Finanzinstitute hervorgegangen ist. Ein enormer Betrugsskandal, der aus dem Zusammenspiel von Politik und Finanzkapitalismus resultierte und die deutsche Hauptstadt erschütterte, stand am Ende dieser Geschichte. Immobilienspekulationen, Scheingeschäfte und Bilanzierungstricks, Leistungen für ranghohe Politiker, die von Sonderfonds bis zur kostenlosen Villenanierung reichten, ein Aufsichtsrat, der viel wusste, aber nichts sagte, das alles führte das als Vorzeigeprojekt geplante Unternehmen in den Abgrund. Haftbar dafür war – Berlin, das ohnedies nicht gerade mit besonderer Liquidität gesegnet war. Es musste Soforthilfen von zwei Milliarden zuschießen und für die Übernahme von über 21 Milliarden Schulden gerade stehen. Dem regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) kostete dies im Juni 2001, als er durch ein Misstrauensvotum gestürzt wurde, das Amt. Der Sozialdemokrat Klaus Wowereit (SPD) folgte ihm nach. Er wurde zu-

nächst von den Grünen unterstützt und von der PDS geduldet, die dann später zu seinem Koalitionspartner wurde. Dieser Wechsel war auch dringend notwendig, um die tief in die Machenschaften verwickelte Berliner CDU von der Regierungsbank zu drängen.

Sicher ist dieser Skandal aber nur ein Teil der Berliner Finanznöte, die sich auch an millionenschweren Projekten mit unklarem Ausgang, wie etwa dem Abriss des Palastes der Republik zeigen, der durch das Land Berlin und den Bund finanziert wird.

### Schiefe Symbolik

Ein Unterfangen, dessen Sinnhaftigkeit und politische Symbolik (ein DDR-Bau soll durch das Berliner Schloss, eine Reminiszenz an das Kaiserreich, ersetzt werden) von vielen in Frage gestellt wird. Die Schulden sind jedenfalls von 10,8 Milliarden im Jahr 1991 auf bis dato etwa 62 Milliarden Euro gestiegen. Das zwingt zu einem Sparkurs, den nach der Wahl im September 2006 erneut die rot-rote Koalition aus SPD und PDS durchsetzen muss. Während die SPD sogar leicht gestärkt aus der Abstimmung hervorging, hatte dies für die Linkspartei empfindliche Stimmenverluste, vor allem in den Bezirken Ostberlins, zur Folge. Viele fühlten sich um ihre Hoffnungen betrogen, die sie in die »ostdeutsche« Partei gesetzt hatten.

Immerhin liegt die Arbeitslosigkeit bei rund 17%. Jobs in Unternehmen zu schaffen, erweist sich als schwierig, vor allem, wenn es um einigermaßen gesicherte Vollzeitstellen geht. Im Gegenteil herrscht bei vielen die Angst, den vorhandenen Arbeitsplatz bald zu verlieren. Dies zeigten etwa die Ereignisse rund um das Waschmaschinenwerk Bosch-Siemens in Berlin-Spandau im Vorjahr. Siemens hatte seine Handysparte in Deutschland (in Bayern und Nordrhein-Westfalen) an Benq abgestoßen. Das taiwanische Unternehmen setzte diese Betriebe in den Sand und Siemens, dessen Management nicht gerade zu den unterbezahlten zählt, errichtete einen Hilfsfonds für die Beschäftigungslosen, um sein Image aufzupolieren. In diese prekäre Konstellation platzte nun die Botschaft vom Aus für den Berliner Hausmaschi-

nen-Standort. Hunderte Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter mussten um ihren Job bangen.

### Ost und West

Ist es nach wie vor der Gegensatz von Ost und West, der das Berliner Geschehen bestimmt? Statistisch betrachtet wird der Kontrast geringer. 16 Jahre nach der Wiedervereinigung ist Berlin zwar immer noch eine mental geteilte Stadt, aber die Grenzen werden in manchen Regionen und Bereichen immer durchlässiger. Manches gleicht sich immer mehr an. West- und Osthaushalte etwa sind mittlerweile annähernd gleich groß, sie bestehen aus jeweils rund 1,8 Personen. Doch bei genauerem Hinsehen enden die Gemeinsamkeiten oft rasch. So gibt es im Westen nach wie vor wesentlich mehr Platz für die Bewohner, was natürlich an den Einkommen, aber auch an der Architektur und Bauweise liegen mag. Villa sticht eben Platte(nbau). Die Westler haben auch die größeren Autos. Zwar gibt es in Berlin kaum mehr Trabis (die man z. B. in Brandenburg, wenn man durchs Land fährt, immer wieder einmal sieht) und immer mehr Ferraris. Aber, schreibt der liberal-konservative Tagesspiegel, »wenn wir unsere Mercedes-Audi-BMW-Flotte an der in Südwestdeutschland messen, sind wir irgendwie alle Osis«. Auch die Grundstückspreise sind im Westen doppelt bis vier Mal so hoch wie im Osten. Und der Westen schrumpft und altert, während der Osten sich verjüngt. Die »allgemeine Fruchtbarkeitsziffer« (das ist die Zahl der lebend Geborenen je tausend Frauen) steigt im Osten kräftig, im Westen sinkt sie. Und mehr Westler ziehen in den Osten als umgekehrt.

### Chice Viertel

Das Musterbeispiel dafür ist der Bezirk Prenzlauer Berg, der sich zu einem belebten, chicen Viertel für nunmehr etablierte Alt-68er entwickelt hat, aber auch für viele Jüngere, vor allem Paare mit kleinen Kindern. Oder Friedrichshain: Es bildet seit der Neustrukturierung der Bezirksgrenzen vor einigen Jahren eine gemeinsame Einheit mit dem berühmt-berühmtesten Kreuzberg und ist somit das



## Die Quadriga vom Brandenburger Tor in Berlin

einziges Beispiel für die administrative Zusammenführung eines einstigen Ost mit einem Westbezirk. In manchen Straßenzügen haben sich zahllose Studierende angesiedelt, das Straßenleben, die Lokalszene und überhaupt die Infrastruktur zeugen davon. Ein eindeutiger Ost-West Gegensatz entlang der Bezirksgrenzen ist somit nicht mehr ganz so einfach festzustellen. Auch die Wahlen haben das gezeigt, z. B. daran, dass in manchen Ostbezirken die lange Zeit als reine Westpartei geltenden Grünen erheblich stärker geworden sind.

### Kampf der Kulturen?

Berlin ist eine multikulturelle Stadt, das galt schon lange vor der Wende. Türkisch geprägte Bezirke, in denen auch die Infrastruktur an den Zuwanderern orientiert ist, Stadtparks, in denen an schönen Wochenenden Großfamilien picknicken, orientalisches Essen und exotische Musik. Viele leben seit Generationen hier, haben Kinder, die in Deutschland geboren sind. Doch die Tage, an denen dies gefeiert wur-

de (wurde es denn jemals wirklich gefeiert?), scheinen längst vorbei zu sein. Eine ganze Reihe von Kontroversen, etwa um die zunehmende Gewalt von (übrigens ausschließlich männlichen) Schülern »mit Migrationshintergrund«, oder auch die mitunter aggressive Gegnerschaft zum Neubau von Moscheen zeugen von einem enorm gestiegenen Konfliktpotenzial. Die Betreiber einer Schule in Berlin-Neukölln schrieben etwa Ende März 2006 an den Schulsenator einen Brief, in dem sie ihn um nichts Geringeres baten als ihre Schule aufzulösen. Die Lehrenden, beklagten sie, könnten in manchen Klassen nicht mehr unterrichten. Oft gingen sie nur mehr mit Handys in die Klassen, um rechtzeitig Hilfe holen zu können. Verantwortlich für die Misere gemacht wurde der hohe Anteil von Schülern türkischer und arabischer Herkunft. Bald meldeten sich andere Schulen mit ähnlichen Problemen zu Wort – während die Behörden ungläubig staunten und so taten, als hörten sie dies alles zum ersten Mal.

Stärker handlungsmotiviert zeigte sich die Intendantin der Deutschen Oper

Berlin, Kirsten Harms. Ende September 2006 wurde bekannt, dass sie die Mozart-Oper *Idomeneo*, deren Wiederaufnahme in der Inszenierung von Hans Neuenfels geplant war, vom Spielplan genommen hatte. Wegen einer Szene, bei der die abgetrennten Köpfe von Poseidon, Jesus, Mohammed und Buddha gezeigt werden, bestanden Sicherheitsbedenken. Es könnten sich islamistische Aktivisten provozieren lassen, lautete die Befürchtung, die sich allem Anschein nach auf einen einzigen anonymen Anrufer gründete. Wer den Innensenator der SPD, Erhart Körting, gehört hat, der meinte er könne zwar die Berliner schützen, nicht aber deutsche Einrichtungen im Ausland (in Analogie zu den Krawallen um die dänischen Mohammed-Karikaturen), ist zunächst einmal einigermaßen fassungslos. Denn damit wurde genau das Motto bestätigt, das der Spiegel-Journalist und Autor Henryk Broder in einem sehr polemischen, anregenden, aber zum Teil auch sehr ungeordneten Buch der deutschen Gesellschaft unterstellt hatte: »Hurra, wir kapitulieren!« Das wäre jedenfalls die falsche Stra-



## HEDGEFONDS-MANAGER KÄFFCHEN

tegie – nicht nur gegenüber dem Islamismus. Ein mindestens ebenso ernsthaftes Problem ist der immer offensiver auftretende Neonazismus. Im Juni bei der Fußball-Weltmeisterschaft wurde noch die friedliche Begegnung aller möglichen Völker und Nationen gefeiert, doch gleichzeitig kamen Warnungen auf: »No-Go-Areas« wurden Regionen genannt, vor allem im ehemaligen Ostdeutschland und Ostberlin, wo Menschen, die keine weiße Hautfarbe haben, um ihre körperliche Unversehrtheit, vielleicht sogar um ihr Leben fürchten müssen.

Tatsächlich kann einem einigermaßen aufmerksamen Beobachter nicht entgehen, dass etwa in Berlin und Brandenburg mit einer unglaublichen Beständigkeit dunkelhäutige Menschen zu Zielen rassistisch motivierter Gewalt werden. Das ist ein beträchtlicher Unterschied zur Situation in Österreich. Dort schlug einem von den Wahlplakaten von FPÖ und BZÖ offener Rassismus in der Form von Aussagen entgegen, zu denen in Berlin nur die NPD und die Republikaner fähig gewesen wären. Der Vergleich verdeutlicht, dass FPÖ und BZÖ eindeutig rassistisch und rechtsextremistisch sind, sie können nicht als Populisten verharmlost werden, die der Demokratie angeblich

gut tun. Der Rechtsextremismus in Deutschland ist an den politischen Rand gedrängt, aber er ist gewalttätiger, militanter. In Österreich ist er stärker in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen – wozu die abgewählte Mitte-Rechts-Regierung nicht wenig beigetragen hat.

### Offenes, lebendiges Berlin

Doch zurück zu Berlin. Solche Bilder liefern nur ein Bild der Stadt, nur die halbe Wahrheit gewissermaßen. Denn Berlin, das ist auch Bewegung, Initiative, lebendige Kultur. Es ermöglicht vielen Menschen, hier zu leben und gerade im kreativen Bereich neue Wege zu gehen. Dazu trägt auch bei, dass Berlin relativ billig ist. In vielen Bezirken sind etwa die Mietpreise deutlich unter denen nahezu aller europäischen Metropolen. Das schafft auch Möglichkeiten für Initiativen. Und die Stadt will ihren Menschen auch etwas bieten. Die ohnedies relativ günstige Kita-Betreuung (Kindertagesstätte) etwa soll kostenfrei werden, wenn die SPD ihr Wahlversprechen hält. In manchen Bezirken entstehen Initiativen, um die Lebensqualität zu erhöhen, den Autoverkehr zu beschränken oder die Infrastruktur zu verbessern. Die neue Regierung

plant, gezielt mehr Menschen aus Migrantenfamilien in die öffentliche Verwaltung aufzunehmen, was ein wichtiger Schritt wäre. Und in der Stadt entsteht auch viel, ohne dass die Politik dies eigens anstoßen müsste.

### Politisches Modell

Mit Klaus Wowereit verfügt sie über einen Bürgermeister, der einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel auch als Person verkörpert. Er deklarierte offen seine Homosexualität und trat in den vergangenen Jahren immer wieder am Christopher Street Day auf, um sich für die gesellschaftliche Akzeptanz und die Rechte von Schwulen und Lesben einzusetzen. Der Bürgermeister, der seine sexuelle Orientierung nicht versteckt, der ausgesprochen kommunikativ und umgänglich wirkt und dennoch sein Privatleben weitgehend privat sein lässt: Ein politisches Modell, das einer mitunter absurden Privatisierung des Politischen vielleicht als Korrektiv entgegengehalten werden kann. Trotz teils enormer Probleme ist Berlin heute auch eine Stadt der Dynamik, der Bewegung, der Veränderung, die das Potenzial hat, mit ihren Schwierigkeiten fertig zu werden.

**Arbeitsplätze:**

# Protest gegen Massenentlassungen

**Durch Fusion der Konzerne Alcatel und Lucent sollen 12.500 Arbeitsplätze in zwei Jahren eingespart werden.**

Rund 4500 Beschäftigte des französisch-amerikanischen Netzwerkausrüsters Alcatel-Lucent demonstrierten im März in Paris gegen die Vernichtung tausender Arbeitsplätze im Konzern. Die Beschäftigten (aus Frankreich, Spanien, Italien, Belgien, den Niederlanden und Deutschland) protestierten gegen die Pläne zur Produktionsverlagerung nach Asien. Mit der Kundgebung sollte ein Zeichen gesetzt werden, dass sich die Belegschaften in den einzelnen Ländern nicht gegeneinander ausspie-

len lassen. David Hollis von der IG Metall: »Nicht die Kollegen in Shanghai oder Bombay sind die Gegner. Der Gegner ist ein schlechtes Management.« Die Fahnen und Abzeichen der verschiedenen Gewerkschaften im Konzern prägten das Bild des Protestzuges, der große Aufmerksamkeit erzielte. »Auf der gesamten Strecke kamen Menschen aus den Häusern oder öffneten ihre Fenster, viele applaudierten uns«, berichtete ein Teilnehmer. Nach der Fusion der Konzerne Alcatel und Lucent sollen

insgesamt 12.500 Arbeitsplätze in den nächsten zwei Jahren wegfallen. In Europa sind 4000 Arbeitsplätze, davon 2000 in Frankreich gefährdet. Weltweit beschäftigt der Technologiekonzern 79.000 MitarbeiterInnen in 130 Ländern. Statt das Potential der 2006 erfolgten Fusion zu nutzen und darauf den transatlantischen Konzern aufzubauen, wurden monatelang Synergien gesucht und vorrangig Managementposten verteilt, werfen BelegschaftsvertreterInnen dem Konzern vor. G. M.

**Metaller:**

# Neues Werkzeug für Beschäftigte

**Die MitarbeiterInnen von General Motors Europe bloggen für ihre Interessen.**

Seite Ende März nutzen die Beschäftigten von General Motors-Europe (GM-Europe) ein Werkzeug im Internet, das beim GM-Management bereits zum gängigen Instrumentarium gehört. Sie bedienen sich des so genannten Blog (englische Wortkreuzung aus Web und Log) - also eines digitalen Buches mit Einträgen, die am Computer geschrieben und anschließend im World Wide Web veröffentlicht werden. Das „General Motors Workers Blog“ (GM-Blog) soll nach den Vorstellungen des Europäischen Metallgewerk-

schaftsbundes (EMB) „als schlagkräftiges Instrument gegen die Strategien von General Motors genutzt werden, die Beschäftigten rein als Werkzeuge zur Produktionssteigerung und Kostensenkung zu verwenden.“ Blogs werden weltweit als Hilfsmittel für den Informationsaustausch und das Kommentieren nachrichtenbezogener Themen genutzt. Im GM-Blog erfahren die Beschäftigten Neues aus den Werken. Die tatsächlichen Probleme der Arbeitnehmerschaft und das eigentliche Geschehen bei General Motors, oh-

ne Verwendung der üblichen Informationsfilter der PR-Abteilung, können mit diesem Werkzeug zur Sprache gebracht werden. Der Europäische Metallgewerkschaftsbund fordert die GM-Beschäftigten auf, das GM-Blog aktiv zu nutzen. Es soll das Gegenstück zu den verschiedenen Blogs der GM-Geschäftsführung sein. Das „General Motors Workers Blog“ wird vom Europäischen Metallgewerkschaftsbund auf einer separaten Internetseite, (die mit der EMB-Seite verknüpft), betrieben. G. M.

**Genf:**

# Netzwerke stärken

**Private Beteiligungsfonds gefährden die gewerkschaftliche Mitbestimmung. Gegenstrategien sind nötig.**

Von 19. bis 22. März 2007 tagte in Genf der 25. Weltkongress der Internationalen Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL). Rund 500 Delegierte trafen unter dem Motto „Stärke organisieren“ zusammen und fassten Beschlüsse über die politische Arbeit der nächsten Jahre. So soll die Frauenquote in allen IUL-Gremien erhöht werden. Gefordert wird weiters ein Verkaufsverbot von auf nanotechnologischer Grundlage hergestellten Nahrungs-

Futtermitteln, bis deren Sicherheit erwiesen ist. Unter den Kernthemen des Kongresses waren auch die privaten Beteiligungsfonds („Private Equity Fonds“), die weltweit neue Spielregeln bringen und gewerkschaftliche Mitbestimmung massiv gefährden. Ein aktuelles Beispiel aus dem Nahrungsmittelbereich ist der Konzern Unilever, der die Iglo-Marke und somit sämtliche Betriebe an die britische Investmentgesellschaft Permira verkauft hat. Genannt wurden auch Konzerne wie Coca Cola Enterprises, Chiquita, Club Medi-

terrané und große Fluglinienanbieter, darunter Gate Gourmet. Diese Konzerne eint, dass sie über einen längeren Zeitraum systematisch die Rechte der ArbeitnehmerInnen verletzen. Der Abschluss von Internationalen Rahmenvereinbarungen durch die IUL, gemeinsam mit den betroffenen Gewerkschaften, ist daher Teil der Gegenstrategie. Ziel der IUL ist, die Beschäftigten im jeweiligen Konzern auf Grundlage der Rahmenvereinbarungen besser zu organisieren und ihre Netzwerke zu stärken. G. M.

# Teuflische Prozente

»Statistiken sind Argumente«, sagen wir immer.

Aber die Tricks, Irreführungen und Schwindeleien sind in diesem Bereich enorm.  
Zwei Experten zeigen uns das.

*Autorin: Eva Maria Nesvadba  
Leiterin der Abteilung Zahlungsbilanz  
der Oesterreichischen Nationalbank*

*Autor: Thomas G. Lachs  
Pensionist in Wien, war Direktor  
der Oesterreichischen Nationalbank*

Jeder weiß sicher, was Prozente sind. Mit Prozent (zu Deutsch: »vom Hundert«) gibt man an, wie viele hundertstel Teile eine bestimmte Größe von einer Gesamtheit hat. Oder, um es mit einem Beispiel zu erklären: Eine Fabrik hat 200 Arbeiter, davon sind 80 Frauen, die Frauen machen daher 40 Prozent der Belegschaft aus (denn ein Hundertstel von 200 ist 2. Zwei ist damit ein Prozent der gesamten Belegschaft und 80 sind demnach 40 Prozent). Das schaut recht einfach aus und scheint in der Anwendung durchaus unproblematisch. In der Praxis ergeben sich jedoch ungeahnte Schwierigkeiten.

Das fängt oft schon damit an, dass nicht genau festgelegt wird, welche die Gesamtheit ist, von der die Prozente berechnet werden. Ein Beispiel: »Das Unternehmen hat im vergangenen Jahr einen Gewinn von 4 Prozent erwirtschaftet.« 4 Prozent wovon? Vom Umsatz wäre das eine durchaus respektable Zahl. Von der Wertschöpfung (Umsatz abzüglich Kosten der Vorprodukte) des Unternehmens wäre es schon wesentlich weniger. Und wenn gar 4 Prozent des Kapitals gemeint sind, dann ist das schon eine ganz andere Aussage (und bei mög-

licherweise 6 Prozent Zinsen für Geldkapital noch dazu eine nicht gerade erfreuliche). Ohne genau zu sagen, von welcher Basis, von welchen 100 Prozent ausgegangen wird, ist die Aussage über den vierprozentigen Gewinn völlig inhaltslos.

## Welche Basis?

Ein anderes Beispiel: 40 Prozent aller Amerikaner besitzen Wertpapiere, davon haben 20 Prozent Aktien. Auf welche Basis beziehen sich die 20 Prozent Aktienbesitzer? Auf alle Amerikaner oder auf jene Amerikaner, die Wertpapiere besitzen. Ist unter »allen Amerikanern« nur die erwachsene Bevölkerung gemeint, oder sind hier auch die Kinder dabei? Geht es nur um den persönlichen Wertpapierbesitz oder wurde festgestellt, ob irgendjemand in der Familie Wertpapiere besitzt?

Fragen über Fragen. Daher gilt der Grundsatz: **Bei Prozenten muss man vorerst darauf achten, von welcher Gesamtheit ausgegangen wird und ob diese Gesamtheit ebenso wie ihre Teile auch genügend exakt definiert wurde.**

Prozente werden aber nicht nur verwendet, um Anteile an einer Gesamtheit wiederzugeben, sondern vor allem auch, um Veränderungen von Größen zu beschreiben. Man sagt zum Beispiel: »Die Preise für Waschmittel sind um 10 Prozent gestiegen.« Auch diese Aussage erscheint (zu Recht) einfach. Ein Waschmittel, das 2 Euro gekostet hat, kostet jetzt um 10 Prozent, das sind 20 Cent, mehr, es kostet also jetzt 2,20 Euro.

## Prozent von oben oder von unten?

Aber nun beginnen die Schwierigkeiten, die an einem Beispiel gezeigt werden sollen: Der Lohn eines Arbeiters betrug  
im Jahr 1995 900,- Euro  
im Jahr 2005 1200,- Euro

Man kann nun sagen, dass der Lohn des Arbeiters von 1995 bis 2005 um  $33\frac{1}{3}$  Prozent gestiegen ist. Man kann aber ebenso gut sagen, dass der Lohn im Jahre 1995 um 25 Prozent niedriger war als 2005. Beide Behauptungen stimmen. Es hängt nur davon ab, ob man von unten oder von oben rechnet. Doch der Eindruck, der entsteht ist ganz unterschiedlich.  $33\frac{1}{3}$  Prozent hört sich eben doch nach wesentlich mehr an als 25 Prozent.

Ähnlich ist es bei der Angabe von Handelsspannen. Ein Händler kauft beispielsweise eine Ware um 90 Euro und verkauft sie um 135 Euro. Er wird vermutlich sagen, dass seine Handelsspanne  $33\frac{1}{3}$  Prozent beträgt, denn Händler rechnen meist ihre Handelsspanne von ihren Verkaufspreisen. Der Kunde wird allerdings feststellen müssen, dass der Händler auf seinen Einkaufspreis 50 Prozent aufgeschlagen hat, wodurch die Handelsspanne schon in einem ganz anderen Licht erscheint.

Aus diesen Beispielen kann man bereits eines sehen: Wird der Unterschied zwischen zwei Zahlen in Prozenten angegeben, so wird der Prozentsatz größer erscheinen, wenn man von der niedrigeren Zahl ausgeht, und kleiner erscheinen, wenn man von der höheren Zahl ausgeht. Und damit kann man auch schon den einen oder anderen Eindruck bei der Argumentation erzielen.



Es ist alles Obst. Trotzdem sollte man gerade bei der Statistik darauf achten, was da eigentlich zusammengerechnet wird. Sonst werden Äpfel und Birnen vermischt ...

## Ein »lustiges« Beispiel

Recht »lustig« kann sich das in folgendem Beispiel auswirken: Ein Unternehmer erklärt sich bereit, seinem Arbeiter den Lohn für die Dauer von drei Monaten um 20 Prozent zu erhöhen, wenn er ihn dann wieder um 20 Prozent senken kann. Doch Vorsicht! Denn nach der Senkung hat der Arbeiter nicht mehr den gleichen Lohn wie vor der Erhöhung, sondern weniger: War der Lohn zum Beispiel vorher 15 Euro, macht die 20prozentige Erhöhung 3 Euro aus, so dass der Lohn dann 18 Euro beträgt; eine 20prozentige Senkung von 18 Euro sind 3,60 Euro, so dass der Lohn am Schluss nur 14,40 Euro ausmacht.

## Journalistischer Unsinn

Häufig kommt es auch vor, dass behauptet wird, irgendeine Zahl habe um mehr als 100 Prozent abgenommen. Da hieß es nach der Einführung strengerer Vorschriften für die Gurteanlegepflicht in einer Zeitung beispielsweise: Die Zahl der Unfalltoten hat um 120 Prozent abgenommen. Tatsächlich gab es in den beiden Vergleichszeiträumen in der ersten Periode 110 und in der zweiten Periode 50 Verkehrstote, die Abnahme betrug 60. Richtig hätte es heißen müssen, dass die Zahl der Todesopfer um 55 Prozent (60 ist von 110 nämlich 55 Prozent) abgenommen hat. Der Journalist stellte aber auf die 50 Verkehrstoten in der zweiten Periode ab, setzt sie als 100 Prozent und berechnete – mathematisch richtig, 60 ist 120 Prozent von 50, aber statistisch unsinnig – einen Rückgang um 120 Prozent. Eine Zahl kann nicht um mehr als 100 Prozent zurückgehen.

## Prozente von Prozente

Ein übertriebenes Bild von der Wirklichkeit kann man vermitteln, wenn man in Prozente von Prozente rechnet. Das sei wieder an einem Beispiel vorgeführt:

In einem Land steigen die Preise im ersten Jahr um ein Prozent und im zweiten Jahr um 1,5 Prozent an. Der Interpret kann dann behaupten, die Preise seien im zweiten Jahr um 50 Prozent stärker gestiegen als im ersten Jahr. Tatsächlich ist eine jährliche Preissteigerung von 1,0

## Budgetentwicklung der Gemeinde M

	2002	2003
Ausgaben in Euro	103.000.000	110.000.000
Einnahmen in Euro	102.500.000	109.000.000
Defizit in Euro	500.000	1.000.000

Prozent oder 1,5 Prozent in beiden Fällen nicht sehr viel. Aber wenn man von einer Steigerung von 50 Prozent spricht, macht das schon einen gewaltigen Eindruck.

Dieser Eindruck wird allerdings umso geringer sein, je höher die Prozentzahlen sind, von denen aus gerechnet wird. Wenn die Preise im ersten Jahr um 5 Prozent und im zweiten Jahr um 7 Prozent gestiegen wären, könnte nur noch behauptet werden, sie seien im zweiten um 40 Prozent stärker gestiegen als im ersten Jahr. Sind die Preise gar im ersten Jahr um 5 Prozent, im zweiten Jahr um 5,5 Prozent gestiegen, so war der Anstieg im zweiten Jahr nur noch um 10 Prozent stärker, und es lohnt sich kaum mehr, mit dem Trick der »Prozente von Prozente« zu schwindeln.

## Anteile

Ein ähnliches Beispiel lässt sich auch mit Anteilen wiedergeben (Anteile sind ja auch Prozente). Im Laufe von 10 Jahren ist beispielsweise der Anteil der Angestellten an der Belegschaft einer Fabrik von 20 auf 30 Prozent gestiegen. Man kann dann natürlich sagen, der Anteil der Angestellten sei nunmehr um 50 Prozent höher als vor zehn Jahren. Ist allerdings der Anteil der Angestellten von vornherein hoch gewesen, wirkt der Unterschied nicht mehr so krass: Steigt der Anteil von 50 Prozent auf 60 Prozent, so ist er »nur« um 20 Prozent höher als vorher.

## Zeitungstricks: Aufschwung oder Flaute

In Zeitungsberichten stand die Meldung, das Bruttonationalprodukt eines Entwicklungslandes sei im zweiten Halbjahr um 100 Prozent stärker gestiegen als im ersten Halbjahr. Dahinter steckte allerdings kein Industrieaufschwung, sondern eher eine Flaute. Nachdem das Bruttonationalprodukt dieses Landes in vorher-

gehenden guten Jahren jährlich um 5 bis 10 Prozent gestiegen war, hatte es im ersten Halbjahr des letzten Jahres nur mit einer Steigerungsrate von 2 Prozent zugenommen; im zweiten Halbjahr stieg dann die Produktion um 4 Prozent: Das war zwar wirklich um 100 Prozent mehr als im ersten Halbjahr, aber durchaus kein besonders starker Anstieg. Hätte es im ersten Halbjahr nur einen Anstieg von 1 Prozent gegeben, hätte die Zeitung sogar behaupten können, die Produktion sei im zweiten Halbjahr um 300 Prozent stärker gestiegen als im ersten Halbjahr.

## An den Haaren herbeigezogen

Das ist alles an den Haaren herbeigezogen und kommt in der Praxis nicht vor? Nun: In einem Land war das Wirtschaftswachstum (als solches bezeichnet man gern den Anstieg des Bruttonationalproduktes) 2004 doppelt so hoch wie 2003. So etwas liest man doch öfters. Was heißt es aber? Wenn das Wirtschaftswachstum 2003 nur 0,4 Prozent war und 2004 auf 0,8 Prozent steigt, dann stimmt zwar die Aussage, dass es um 100 Prozent zugenommen hat, aber in Wirklichkeit gab es in beiden Jahren eine Rezession. Wenn das Wirtschaftswachstum dieses Landes allerdings 2003 schon 3 Prozent betragen hatte und es steigt 2004 auf 6 Prozent, so wäre das eine fulminante Konjunkturbelebung.

Man muss also haargenau aufpassen, wenn einem Prozente von Prozente (oder Prozente von Anteile) als statistische Beweise vorgelegt werden. Ebenso kritisch muss man allerdings auch bei Prozente von Differenzen sein. Wieder ein Beispiel:

Zwei Angestellte in einem Betrieb, die ungefähr die gleiche Tätigkeit ausüben, haben auch ungefähr das gleiche Gehalt. Der Angestellte A verdient 1620 Euro, der Angestellte B 1580 Euro. Die Differenz zwischen ihren Gehältern beträgt



## Budgetentwicklung der Gemeinde P

	2002	2003
Ausgaben in Euro	100.000.000	102.000.000
Einnahmen in Euro	90.000.000	90.000.000
Defizit in Euro	12.000.000	12.000.000

demnach 40 Euro. Nun macht der Angestellte A einen Biennalsprung, wodurch sich sein Gehalt um 70 Euro (das sind rund 4,3 Prozent) erhöht. Der Abstand der beiden Gehälter beträgt danach 110 Euro. Der Angestellte B ist allerdings empört und weist darauf hin, dass der Abstand zwischen den beiden Gehältern um fast 200 Prozent gestiegen sei (denn 110 Euro ist um 175 Prozent mehr als 40 Euro)!

Ein anderes Beispiel für denselben Trick: In der gut verwalteten Gemeinde M schaut die Budgetentwicklung folgendermaßen aus: (siehe Tabelle 1: »Budgetentwicklung der Gemeinde M«).

Das Budgetdefizit betrug demnach im Jahre 2002 0,5 Prozent des Ausgabenrahmens und im Jahre 2003 0,9 Prozent des Ausgabenrahmens. Österreichs Finanzminister wäre froh, wenn ihm solches einmal beim Bundeshaushalt gelänge. Trotzdem kann die Opposition in dieser Gemeinde darauf hinweisen, dass das Budgetdefizit innerhalb eines einzigen Jahres um 100 Prozent gestiegen ist (nämlich von 500.000 Euro um weitere 500.000 Euro auf 1.000.000 Euro). Das hört sich sehr gefährlich an. Tatsächlich muss man bedenken, dass das Defizit ein Differenzbetrag (aus Einnahmen und Ausgaben) ist und die absoluten Zahlen

in beiden Jahren nicht sehr ins Gewicht fallen.

### Irreführung mit Prozenten

Bei der weniger sparsamen Gemeinde P sieht die Situation folgendermaßen aus: (siehe Tabelle 2: »Budgetentwicklung der Gemeinde P«).

In dieser Gemeinde P beträgt das Defizit im ersten Jahr 10 Prozent und im zweiten Jahr rund 12 Prozent des Ausgabenrahmens. Das Defizit ist zwar um 2.000.000 Euro gestiegen (in der Gemeinde M waren es 500.000 Euro Steigerung), das bedeutet aber »nur« eine Steigerung um 20 Prozent. Selbst die 20 Prozent erwecken natürlich einen übertriebenen Eindruck, doch da bereits von größeren Grundzahlen ausgegangen wird, ist die Übertreibung nicht so arg wie bei der Gemeinde M. Und Defizite in dieser Größenordnung gemessen am gesamten Haushaltsrahmen sind in beiden Jahren ein Problem. Diese Beispiele zeigen recht



## Buchhaltung eines Unternehmens

Kostenart	Anteil an den Gesamtkosten 1	Kostensteigerung 2	Auswirkung auf Gesamtkosten 3 (=1 mal 2)
Personal	42%	10%	4,2%
Vormaterial	30%	8%	2,4%
Werbung	5%	10%	0,5%
Kapital	8%	25% (Zinsen von 12% auf 15%)	2,0%
<b>Gesamt</b>			<b>9,1%</b>

deutlich, wie irreführend Prozente von Differenzen sein können.

### Prozente oder Prozentpunkte

Wie drückt man sich aus, wenn die Produktion eines Unternehmens in einem Jahr um 3 Prozent und im nächsten Jahr um 5 Prozent gestiegen ist? Oft wird man hier die Behauptung finden: »Die Produktionssteigerung war im zweiten Jahr um 2 Prozent größer als im ersten Jahr.« Das ist natürlich falsch. Die Produktionssteigerung war im ersten Jahr 3 Prozent, das heißt 2 Prozent mehr als 3 Prozent wäre 3,06 Prozent, wobei man dann erst recht wieder auf 3 Prozent runden müsste. Die richtige Aussage hätte daher zu lauten: »Die Produktionssteigerung war im zweiten Jahr um 2 Prozentpunkte stärker als im ersten Jahr.«

**Prozentpunkte beziehen sich also nicht auf den Prozentsatz als Gesamtheit, sondern auf die ursprüngliche Gesamtheit selbst.** Wenn die Preise somit im Land A um 5 Prozent und im Land B um 10 Prozent steigen, so sind sie im Lande B um 100 Prozent stärker gestiegen als im Land A (was allerdings nicht allzu viel aussagt), die Preissteigerung war aber im Land B um 5 Prozentpunkte stärker als im Land A – eine verständliche und durchaus brauchbare Aussage.

### Addieren von Prozenten

Ganz besonders teuflisch wird die Sache natürlich, wenn man anfängt, Prozente falsch zu addieren: Da klagt ein Unternehmer, dass seine Lohnkosten gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent gestiegen sind, die Vormaterialpreise um 8 Prozent, die Werbekosten um 10 Prozent

und die Bankzinsen um 3 Prozent. Abgesehen davon, dass es sich bei den Bankzinsen vermutlich nicht um Prozent, sondern um Prozentpunkte handelt, kommt nun die überraschende Schlussfolgerung des Unternehmers: Er zählt die vier Positionen zusammen und behauptet kühn, seine Kosten seien damit um 31 Prozent gestiegen.

Addieren kann man natürlich nur Prozente von der gleichen Basis. Sagt man also zum Beispiel, die Lohnkosten machen 30 Prozent der Gesamtkosten aus, die Sozialabgaben 10 Prozent und die freiwilligen Sozialleistungen 2 Prozent, so ist es durchaus richtig, zu addieren und dann festzustellen, die Personalkosten machen insgesamt 42 Prozent aus. Es geht um die gleiche Basis: die Gesamtkosten.

### Äpfel und Birnen

Aber in dem vorigen Beispiel war die Gesamtheit einmal die Lohnsumme, einmal die Vormaterialkosten, einmal die Werbeausgaben und einmal gar die Zinssätze. Es ist doch offensichtlich, dass man diese verschiedenen Prozentsätze von unterschiedlichen Gesamtheiten nicht addieren darf. Trotzdem geschieht es immer wieder.

Schaut man sich die Buchhaltung des Unternehmens im Detail an, ergibt sich folgendes Bild: (siehe Tabelle 3: »Buchhaltung«).

Richtig müsste also die Rechnung des Unternehmers lauten:

Seine Kosten sind um 9,1 Prozent gestiegen – arg genug, aber immerhin weniger als die behaupteten 31 Prozent!

Ebenso problematisch sind Statistiken, in denen steht:

»Unsere Produktion der Ware X hat sich im Laufe der letzten vier Jahre verzehnfacht.« Absolute Zahlen werden allerdings nicht angegeben. Es liegt nämlich dann der Verdacht nahe, dass die Produktion im gewählten Ausgangszeitraum extrem niedrig war und somit eine Steigerung auf ein Vielfaches leicht möglich gewesen ist.

Wer daher Statistiken dieser Art zur Hand nimmt, soll sich nie mit prozentuellen Steigerungen allein begnügen, sondern immer auch einen Blick auf die absoluten Zahlen werfen. Wer die Veröffentlichung der absoluten Zahlen verweigert und lediglich die prozentuellen Steigerungen bekannt gibt, wird wohl wissen, warum er dies tut. Er wird sich aber auch gefallen lassen müssen, dass man solchen Statistiken mit äußerstem Misstrauen begegnet.

## RESÜMEE

**Teuflich sind sie** also schon, die Prozentberechnungen. Absichtlich oder unabsichtlich kann man mit ihnen falsche oder zumindest irreführende Eindrücke erwecken. Man muss daher bei ihrer Handhabung und bei ihrer Anwendung recht überlegt und vorsichtig zu Werke gehen. Doch deswegen auf die Prozentrechnung verzichten zu wollen, wäre weit gefehlt. Denn um Entwicklungen miteinander zu vergleichen, gibt es keinen objektiveren Maßstab als die Prozentzahl. Das gilt sowohl für Entwicklungen der gleichen Einheit über längere Zeit (zum Beispiel die Entwicklung der Bevölkerung in einem Land über mehrere Jahre) als auch für den Vergleich der Entwicklung verschiedener Einheiten miteinander (zum Beispiel die Entwicklung der Bevölkerung im Vergleich zwischen mehreren Ländern in der gleichen Zeitperiode). Auch um die Aufteilung einer Gesamtheit auf verschiedene Teile verständlich und vergleichbar zu machen, kennen wir kein besseres Instrument als den Prozentanteil.

**In der Statistik** wird man daher immer wieder mit Prozenten rechnen, es wird sogar die am häufigsten verwendete Rechnungsart sein. Das ist auch gut und vernünftig. Man sollte sich nur stets bewusst sein, welche Teufelchen in solchen Prozentrechnungen ihren Unfug treiben können.



# HELP

## FÜR EIN RAUCHFREIES LEBEN

**Europäische Kommission:**

# Hilfe für ein rauchfreies Leben

**EU-Kommission präsentiert neue TV-Spots der Help-Kampagne über Effekte des Passivrauchens auf Kinder.**

Im Rahmen ihrer Kampagne «Help – Für ein rauchfreies Leben» stellte die Europäische Kommission einen neuen Antiraucher-Spot vor, der auf 80 TV-Kanälen in den 22 Sprachen der 27 EU-Länder ausgestrahlt wird.

Schwerpunkt der neuen Werbekampagne sind die negativen Auswirkungen des Passivrauchens auf die Gesundheit.

Der Spot zeigt eine Jugendliche, die im Alltag Atemprobleme hat, und ihre Eltern, die im Wohnzimmer rauchen.

EU-Kommissar für Gesundheit Markos Kyprianou stellt fest:

**«Jedes Jahr sterben in Europa 19.000 NichtraucherInnen an den Folgen des Passivrauchens.»**

Diese neue Werbekampagne möchte die RaucherInnen erinnern, dass ihre

Gewohnheit nicht nur ihren Kindern, sondern auch der eigenen Gesundheit schadet.»

Die TV-Kampagne ergänzt eine E-Mail- und Web-Kampagne, die RaucherInnen Hilfe und Rat anbietet, den Vorsatz, mit dem Rauchen aufzuhören, im neuen Jahr zu verwirklichen.

Die 72 Millionen Euro schwere Help-Kampagne läuft nun gut zwei Jahre. In dieser Zeit, so die Umfragen, haben über 150 Millionen EuropäerInnen die Spots gesehen, darunter 55% Jugendliche, die Zustimmung in der Zielgruppe der unter 25-Jährigen liegt bei 83%.

### Green Paper: rauchfreie Umgebung

Die Kommission will ein Green Paper über rauchfreie Umgebungen herausge-

ben, um einen breiten Diskussionsprozess über den besten Weg der Bekämpfung des Passivrauchens in Europa in Gang zu bringen.

Der Spot ist im Internet abrufbar:

[ec.europa.eu/health/ph\\_determinants/life\\_style/Tobacco/help\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/life_style/Tobacco/help_en.htm)

### HELP – Für ein rauchfreies Leben

Die von EU-Kommissar Markos Kyprianou initiierte Kampagne der Europäischen Kommission «HELP – Für ein rauchfreies Leben» zielt darauf ab, die Menschen in den 27 EU-Staaten mit einer TV-Kampagne und verschiedenen Werbeaktivitäten zu überzeugen, mit dem Rauchen aufzuhören oder gar nicht erst anzufangen.

## Frauenpolitik:

# Risiko Frau sein

**Es ist nicht neu, aber weiterhin ungerecht: Frauen in Österreich haben größeres Armutsrisiko als Männer.**

Durchschnittlich 60 Prozent des mittleren Einkommens von Männern verdienen Frauen in Österreich. Arbeiterinnen sogar nur 45 Prozent. Das geht aus einem Bericht heimischer Nichtregierungsorganisationen (NGOs) hervor, der derzeit von der UNO in New York überprüft wird. Neben der schlechteren Bezahlung ist der hohe Anteil an weiblichen Teilzeit-Beschäftigten ein weiterer Risiko-Faktor für Armut. Der Report beschreibt die Lage der Frauen aus Sicht frauenpolitischer Einrichtungen. Formuliert wird auch der

Wunsch nach verstärkter Zusammenarbeit zwischen regierungsunabhängigen Organisationen und staatlichen Einrichtungen.

Neben der Einkommenssituation nennt Maria Rösslmeier, eine der Bericht-Koordinatorinnen, das Fremdenrecht als weitere Hürde für eine Verbesserung der Lage von Frauen in Österreich. »Migrantinnen, die im Zug der Familienzusammenführung nach Österreich kommen, haben kein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Eine Trennung oder Scheidung ist

für diese Frauen daher kaum möglich.« Das UN-Komitee für die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau verlangt periodische Berichte von allen Ländern, die der Konvention beigetreten sind. Neben dem offiziellen Staatenbericht haben NGOs die Möglichkeit, ihre Sicht in einem eigenen Report darzustellen. Demnächst wird das Gremium ihre Empfehlungen an die österreichische Regierung veröffentlichen, die zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen in Österreich beitragen sollen. G. M.

## Beruf und Familie:

# Auszeit statt Ausbrennen

**»Job und Kind 2007«: ein Pilotprojekt von AK-Vorarlberg und Vorarlberger Gebietskrankenkasse (VGKK).**

Dieses Projekt soll allein erziehenden Eltern eine Auszeit von Beruf, Haushalt und Familie ermöglichen. Der Ruf »Hilfe, ich kann nicht mehr!« soll nicht ungehört verhallen, sagt AK-Präsident Hubert Hämmerle zur Aktion: »AlleinerzieherInnen sollen eine Woche wieder einmal durchatmen können.« Der erste Durchgang startet schon im Sommer 2007. Besondere Zielgruppe sind die allein erziehenden Frauen, weil sie zu 25 Prozent mehr ganztägig

berufstätig sind als verheiratete oder in Lebensgemeinschaft lebende Frauen mit Kindern. Eine diesbezügliche Studie der Uni-Graz belegt zudem, dass für die Hälfte der Befragten am Arbeitsplatz kaum oder gar nicht Rücksicht auf ihre Alleinerzieherituation genommen wird. Nur elf Prozent erlebten eine solche Rücksichtnahme.

Die Leistungen der einwöchigen Erholungsaktion umfassen den Aufenthalt im

Kurhotel Rosshaus in Krumbach auf Basis Vollpension (Doppel- bzw. Einzelzimmer je nach Verfügbarkeit) und Anwendungen nach freier Wahl im Kneippkurhaus bis maximal 100 Euro. Information und Anmeldung: AK Vorarlberg, Brunhilde Jenny, Telefon 05522/306-4216, E-Mail brunhilde.jenny@ak-vorarlberg.at. Interne-Link zur Broschüre:

[vbg.arbeiterkammer.at/pictures/d50/jobundkind2007.pdf](http://vbg.arbeiterkammer.at/pictures/d50/jobundkind2007.pdf)

W. L.

## Niederlande-Asien:

# Netzbetreiber: Herhören

**Die Produktion von Handys ist ein lukratives Geschäft. Die Arbeitsbedingungen sind miserabel.**

Ein Bericht der niederländischen Nichtregierungsorganisation SOMO (Zentrum zur Erforschung multinationaler Konzerne) zeigt nun die Bedingungen zur Herstellung der Mobiltelefone auf. Verglichen wurde die offizielle Politik der fünf größten Hersteller Nokia, Motorola, Samsung, Sony Ericsson und LG mit den tatsächlichen Arbeitsbedingungen in ihren Fabriken, vorwiegend in China, Indien, Thailand und auf den Philippinen.

Das Ergebnis: Die großen Markenfirmen haben kaum Übersicht über die Lie-

ferkette von bis zu einem Dutzend Subunternehmen mit oft erschreckenden Arbeitsbedingungen. Nicht nur bei den Subunternehmen sind Gewerkschaften verboten, oft gibt es keine Arbeitsverträge, ungenügende Schutzkleidung führt zu Vergiftungen mit Chemikalien.

Deutlich unter dem Mindestlohn von rund 2,60 Euro pro Acht-Stunden-Tag wird etwa die Belegschaft der chinesischen Kangyou Electronics entlohnt. Überstunden werden nur zur Hälfte bezahlt. Kangyou fertigt Ladegeräte für Mo-

biltelefone der Marken Nokia, Motorola, Samsung, Sony Ericsson und LG.

Mobilfunk-Netzbetreiber sind die wichtigsten Kunden der Handy-Industrie. SOMO untersuchte mit KPN, Vodafone und T-Mobile die größten Mobilfunkbetreiber der Niederlande. Fazit: Keiner der Netzbetreiber nimmt genügend soziale Verantwortung wahr, um die Bedingungen zu verbessern. Sie betonen, dass ihre Verantwortung bei den direkten Lieferanten ende, obwohl sie deren Erzeugnisse kaufen und weiterverkaufen. G. M.



© Pfaffmann

Attac begrüßt Vorschlag für Vermögensteuer:

## Ängste vor Kapitalabwanderung sind völlig unbegründet

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac begrüßt Sozialminister Buchingers späten Vorstoß für eine Vermögensteuer. »Es ist grundvernünftig, dass Buchinger sich den Forderungen von Attac wie WIFO anschließt und einen minimalen Beitrag der Reichsten für das Gemeinwohl vorschlägt«, so Attac-Steuerexpertin Sybille Pirklbauer. »Bedauerlich ist nur, dass dieser Vorschlag bei den Koalitionsverhandlungen anscheinend kein Thema war.« Buchinger war zuletzt für eine Besteuerung von Vermögen über 500.000 Euro mit etwa 0,5 Prozent eingetreten.

Ängste, wonach die Wiedereinführung der Vermögensteuer zu einem Abwandern von Kapital aus Österreich füh-

ren könnte, sind für Pirklbauer völlig unbegründet. »Österreich ist Schlusslicht bei der Besteuerung von Vermögen, wie OECD-Daten zeigen. Wohin sollten die Vermögen daher abwandern?« fragt Pirklbauer. »Außerdem führt ein halbes Prozent Steuer schon allein durch anfallende Transaktionskosten zu keiner Vermögensabwanderung.«

### Weltreichtum gestiegen, Arbeitseinkommen gesunken

Laut Weltreichtumsbericht sind die größeren Vermögen in Österreich in den letzten Jahren im Schnitt um 5 bis 8 Prozent gewachsen, während die Arbeitsein-

kommen sogar gesunken sind. Attac fordert daher, endlich einen Schritt in Richtung Steuergerechtigkeit zu setzen und die reichsten 10 Prozent Österreichs mit einem Prozent zu besteuern. Die Einnahmen in der Höhe von rund sechs Milliarden Euro könnten für eine steuerliche Entlastung der Arbeitseinkommen sowie eine Bildungsoffensive und eine Grundversicherung, die diesen Namen auch verdient, verwendet werden.

»Ein gerechteres Steuersystem ist dringend notwendig. Die Regierung muss Maßnahmen setzen, damit das Wort Steuergerechtigkeit nicht nur eine leere Phrase bleibt«, so Pirklbauer abschließend.

**Alternativer Nobelpreis:** wird seit 1980 jährlich an vier Personen und/oder Organisationen vergeben, die sich mit praktischen und lösungsorientierten Modellen für menschenwürdige Lebensweisen einsetzen. (Seite 38)

**Apotheose:** Erhebung eines Menschen zum Gott, Verherrlichung (Seite 44)

**Austria 2016:** Deklaration der Sozialpartner (Wirtschaftskammer Österreich, Bundesarbeitskammer, ÖGB, Landwirtschaftskammer Österreich), die anlässlich 60 Jahre Sozialpartnerschaft 2006 in Bad Ischl verfasst wurde. Durch eine nachhaltige Wachstumspolitik (Chancengleichheit für Frauen, verstärkte betriebliche und überbetriebliche Bildungsmaßnahmen, Sicherstellung von Pflege und Pensionen etc. plus Wirtschaftswachstum) soll bis zum Jahr 2016 die Vollbeschäftigung erreicht werden. Geplant sind regelmäßige Evaluierungen beschlossener Maßnahmen; der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen wird sich Spezialfragen annehmen und entsprechende Lösungsvorschläge ausarbeiten. (Seite 10)

**Boches (französisch; sprich:** bosch): abwertende Bezeichnung der Franzosen für Deutsche (Seite 45)

**Börsenkatastrophe 1873:** Am 9. Mai 1873 stürzten die Börsenkurse in Wien ins Bodenlose (Gründerkrach), es folgte eine große Depression und damit das Ende des Vertrauens in die liberale Ära. Auch in Deutschland und den USA kam es zum Börsenkrach. (Seite 44)

**Brandt, Willy:** deutscher SPD-Politiker (1913–1992), emigrierte 1933 nach Norwegen, 1937 Korrespondent im Spanischen Bürgerkrieg, floh nach dem Einmarsch der Deutschen in Norwegen 1940 nach Schweden. Von 1957–66 war Brandt Bürgermeister von Berlin, 1969–1974 Bundeskanzler, 1971 erhielt er für seine Beteiligung an der Entspannungspolitik mit Ostdeutschland den Friedensnobelpreis. (Seite 40)

**Calderón, Felipe:** konservativer mexikanischer Politiker (geb. 1962), 2000–2004 Energieminister, seit 2006 ist der Wirtschaftsexperte Staats- und Regierungschef. (Seite 47)

**diskretionär:** dem Ermessen des Partners überlassend (Seite 11)

**Franzobel:** eigentlich: Stefan Griebel, österreichischer Schriftsteller (geb. 1967), erhielt 1995 den Ingeborg-Bachmann-Preis. Der Künstlervorname des Autors, der ein begeisterter Fußballfan ist, entstand während eines Fußballländerspiels zwischen Frankreich und Belgien: aus Fran2:0Bel wurde Franzobel. Werke: Flugangst, Mayerling, Das Fest der Steine u. a. (Seite 22)

**Freimaurer:** International verbreitete Bruderschaft, die sich der Toleranz und humanitärem Einsatz verschrieben hat. Die in so genannten Tempelarbeiten gewonnene Selbsterkenntnis soll Gewissen und Verantwortungsgefühl des Einzelnen gegenüber Staat und Gesellschaft fördern. Als Loge wurde im 13. Jahrhundert das als Werkstatt und Versammlungsraum dienende Holzgebäude bezeichnet, später auch die dort arbeitenden Mitglieder. Die Freimaurer erregten von Anfang an das Missfallen der Kirche. Erst in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts kam es zum Dialog. Zu den bekanntesten Freimaurern zählen u. a. Goethe, Haydn, Mozart oder Winston Churchill. (Seite 45)

**Fried, Erich:** österreichischer Literat (1921–1988) jüdischer Herkunft, schrieb vor allem politische Lyrik und Essays, in seinen Shakespeare-Übersetzungen kamen dessen Wort- und Sprachspiele erstmals in deutscher Sprache voll zur Geltung. Bekanntestes Werk: Es ist was es ist; 1990 wurde ihm zu Ehren der Erich-Fried-Preis der Republik Österreich geschaffen. (Seite 44)

**fulminant:** großartig, ausgezeichnet (Seite 56)

**Genozid:** Völkermord (Seite 39)

**Green Paper:** Grünbuch, Diskussionspapier der Europäischen Kommission zu bestimmten Themen (z. B. Auswirkungen des Verkehrs auf die Umwelt). Der nächste Schritt ist meist ein Weißbuch, in dem offizielle Vorschläge zusammengefasst sind. (Seite 55)

**Hoodia:** kaktusähnliches Seidenpflanzengewächs in Afrika, die Sprossen einiger Arten werden traditionell als Appetitzügler, Aphrodisiakum sowie gegen Husten und Erkältungen eingesetzt. (Seite 38)

**Joint Venture (englisch; sprich:** tschoint wentscha): Zusammenschluss von Unternehmen zur gemeinsamen Durchführung bestimmter Projekte (Seite 43)

**Kant, Immanuel:** deutscher Philosoph (1724–1804), sein Werk »Kritik der reinen Vernunft« kennzeichnet den Beginn der modernen Philosophie. Kant schuf eine neue, umfassende Perspektive der Philosophie, deren Wirkung bis heute anhält. (Seite 45)

**Kreisky, Bruno:** österreichischer Politiker (1911–1990), 1935 inhaftiert, nachdem er 1934 am sozialdemokratischen Aufstand gegen das Dollfuß-Regime teilgenommen hatte. 1938 nach seiner Freilassung emigrierte Kreisky nach Schweden; 1959 wurde der studierte Jurist Außenminister. 1970–1983 war Kreisky Bundeskanzler, 1980 erkannte Österreich als erstes westliches Land die PLO als legitime Vertretung des palästinensischen Volkes an. (Seite 40)

**NAFTA:** North American Free Trade Agreement, Nordamerikanische Freihandelszone; die USA, Kanada und Mexiko setzten sich damit 1994 das Ziel, die weltweit zweitgrößte Freihandelszone nach dem EWR zu errichten. Derzeit wird vor allem über den Entfall der Zölle auf landwirtschaftliche Produkte verhandelt. Allgemein herrscht die Meinung, dass die NAFTA vor allem zu einer Verlagerung des Handels geführt hat und dass die USA mehr profitieren als Mexiko – dank billiger Standorte und Löhne, die einen Anreiz für US-Firmenansiedlungen darstellen. [www.nafta-sec-alena.org](http://www.nafta-sec-alena.org) (Seite 47)

**NPD:** Nationaldemokratische Partei Deutschlands, gegründet 1964; vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft. (Seite 52)

**Obrador, Lopez:** mexikanischer Politiker (geb. 1953), Gründungsmitglied der Partei der demokratischen Revolution, während seiner Amtszeit als Bürgermeister von Mexiko-Stadt wurde er zu einem der beliebtesten Politiker. Wegen angeblichen Amtsmissbrauchs wurde ihm 2005 die Immunität entzogen. Der damals anklagende Staatsanwalt wurde mittlerweile von Präsident Vicente Fox entlassen. (Seite 47)

**Pearson, Lester Bowles »Mike«:** liberaler kanadischer Politiker (1897–1972), als Präsident der UN-Generalversammlung trug er durch die Entsendung der UN-

Friedenstruppen wesentlich zur Beendigung der Suezkrise bei. Dafür erhielt Pearson 1957 den Friedensnobelpreis; Premierminister (1963–1968). (Seite 40)

**Pope:** Priester der Orthodoxen Kirche (Seite 44)

**Progressives Steuersystem:** Das bedeutet im Unterschied zur vielzitierten Flat Tax, dass wer mehr verdient nicht nur absolut, sondern auch prozentuell mehr Steuer zahlen muss als Menschen mit geringem Einkommen. (Seite 20)

**Protagonist:** Hauptdarsteller, zentrale Person (Seite 24)

**Quidde, Ludwig:** linksliberaler deutscher Historiker, Publizist und Politiker (1858–1941); Aufgrund der Satire »Caligula – Eine Studie über römischen Cäsarenwahnsinn«, einer Anspielung auf Wilhelm II., wurde Quidde zu drei Monaten Haft wegen Majestätsbeleidigung verurteilt. 1927 erhielt er den Friedensnobelpreis für seine Tätigkeit als Initiator verschiedener internationaler Friedenskonferenzen. Quidde emigrierte 1933 in die Schweiz. (Seite 44)

**Trudeau, Pierre (französisch; sprich:** trüdo): liberaler kanadischer Politiker (1919–2000), 1968–1984 Premierminister (Seite 40)

**Schipkapass:** Pass im bulgarischen Balkengebirge, wo während des Russisch-Türkischen Krieges (1877/78) verlustreiche Schlachten stattfanden. (Seite 44)

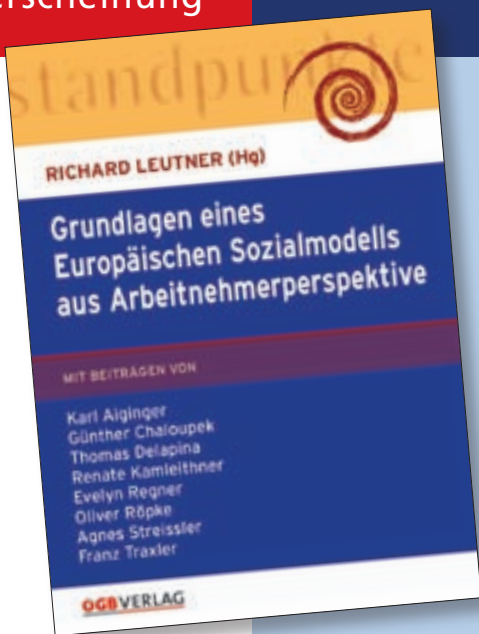
**Suttner, Bertha von:** österreichische Schriftstellerin und Pazifistin (1843–1914), stammte aus böhmischem Adelshaus, verfasste 1889 den pazifistischen Roman »Die Waffen nieder!« und war weltweit an führender Stelle in der Friedensbewegung engagiert. 1905 erhielt Bertha von Suttner den Friedensnobelpreis. (Seite 44)

**Systemische Psychologie:** Systemisch orientierte Psychotherapieformen haben ihren Ursprung in der Familientherapie. Hier wird vor allem die Rolle des Einzelnen innerhalb eines Systems (Familie, Organisation) sowie ihr Einfluss auf dessen Entwicklung betrachtet. Dabei wird eher lösungsorientiert gearbeitet, also im Gegensatz zur Psychoanalyse werden Jahre zurückliegende Ereignisse selten und weniger ausführlich besprochen. (Seite 22)

**Wereschtschagin, Wassili Wassiljewitsch:** russischer Maler und Fotograf (1842–1904), starb zu Beginn des russisch-japanischen Krieges an Bord eines Flaggschiffs, das auf eine Mine gefahren war. (Seite 44)

**Wowereit, Klaus:** deutscher SPD-Politiker, geb. 1953, seit 2001 Berliner Bürgermeister, außergewöhnlich beliebt bei der Bevölkerung, bekannte sich offen zu seiner Homosexualität. (Seite 52)

**Zweig, Stefan:** österreichischer Schriftsteller (1881–1942), Sohn wohlhabender jüdischer Unternehmer, meldete sich 1914 freiwillig zum Heer, als untauglich eingestuft. Mit der Zeit wurde Zweig immer mehr zum Kriegsgegner, 1917 bis 1919 Exil in der Schweiz. 1936 wurden seine Werke verboten, Emigration 1939. Stefan Zweig beging 1942 gemeinsam mit seiner Frau in Brasilien Selbstmord. Werke: Schachnovelle, Sternstunden der Menschheit (Seite 44)



## Grundlagen eines Europäischen Sozialmodells aus Arbeitnehmerperspektive

*Herausgeber: Dr. Richard Leutner, Österreichischer Gewerkschaftsbund*  
*Inhaltliche Koordination: Dr. Günther Chaloupek, Kammer für Arbeiter und Angestellte*

Beiträge unter anderem von:

Dr. Karl Aiginger (WIFO): Das Europäische Modell zwischen Stagnation, Pariser Konsens und proaktiver

Reformpolitik

Dr. Günther Chaloupek (AK Wien): Jenseits der Lissabon-Strategie – Alternativen und Handlungsspielräume für die Beschäftigungspolitik in Europa

Mag. Thomas Delapina (AK Wien): Die Bedeutung des europäischen Sozialen Dialoges und der Sozialpartnerschaft für das Europäische Sozialmodell

Oliver Röpke (ÖGB Europabüro): Arbeitszeitpolitik im europäischen Rahmen

Dr. Agnes Streissler (AK Wien): Gibt es ein Europäisches Sozialmodell?

Univ.-Prof. Dr. Franz Traxler (Institut für Wirtschaftssoziologie, Wien): Der Kollektivvertrag und das Europäische Sozialmodell

*Richard Leutner (Hg)*  
*Günther Chaloupek*  
*(Inhaltliche Koordination)*

### Grundlagen eines Europäischen Sozialmodells aus Arbeitnehmerperspektive

Reihe: Standpunkte  
 2007, 200 Seiten, € 29,80  
 ISBN: 978-3-7035-1285-8

**GARANTIERT GUT INFORMIERT**  
[www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**BESTELLSERVICE**  
 In jeder Buchhandlung  
 oder direkt bei der ...

### Bestellung:

im Web: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)  
 per Mail: [bestellung@oegbverlag.at](mailto:bestellung@oegbverlag.at) oder  
 per Fax: 01/405 49 98-136

### Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Fachbuchhandlung  
 Rathausstraße 21, 1010 Wien

Telefon: 01/405 49 98-132, Fax: DW 136  
 E-Mail: [fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

Ja, ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplar/e von **Grundlagen eines Europäischen Sozialmodells aus Arbeitnehmerperspektive** à € 29,80

Name	
Firma/Institution	
PLZ	Ort
Anschrift	
Telefon, E-Mail	
Datum, Unterschrift	

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten. Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der Besteller. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten. AW 4/07

# Wenn Opfer verlangt werden

Kritisches Denken setzt Kenntnis der ökonomischen Zusammenhänge und politischen Hintergründe voraus. In Arbeit&Wirtschaft analysieren Experten für Wirtschaft und Sozialpolitik die aktuellen Probleme und stellen die Hintergründe dar.

Arbeit&Wirtschaft wurde 1923 gegründet. Seither hat sich viel verändert. Viel von dem, was wir für längst überwunden hielten, kehrt zurück. Daher ist der Geist, in dem diese Zeitung gegründet wurde, heute wichtiger denn je. Diesem Geist ist sie treu geblieben. Ihr ästhetisches Erscheinungsbild

... ist kritisches Denken



## Arbeit & Wirtschaft

**Bestellen Sie jetzt kostenlos 3 Ausgaben!**

Bitte senden Sie mir ohne weitere Verpflichtung kostenlos die nächsten drei Ausgaben von Arbeit&Wirtschaft. Wir fragen anschließend an, ob Sie die Zeitung beziehen wollen. Weitere Werbezusendungen erfolgen nicht.

Vor- und Zuname:

Adresse:

Postleitzahl:

Unterschrift:

Bitte senden Sie diesen Kupon mit Kuvert oder auf Postkarte an die Redaktion  
Arbeit&Wirtschaft,  
Laurenzerberg 2, 1010 Wien, oder  
schicken Sie ein Fax an 01/534 44-595

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW